

Österreichischer Staatsvertrag 1955 und Deutsche Frage Michael Gehlers großes Werk zur europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg¹

Hans-Jürgen Schröder

Als am 15. Mai 1955 die Außenminister der vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs und der österreichische Außenminister Figl den „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ unterzeichneten, wurde dies von vielen Zeitgenossen zu Recht als großer diplomatischer Erfolg der österreichischen Politik gesehen. Genesis und Wirkungen des Staatsvertrages sind vor allem von der österreichischen Geschichtswissenschaft wiederholt thematisiert worden. Zu nennen sind insbesondere die Untersuchungen von Gerald Stourzh. Auftakt war 1975 seine „Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages“ die in erweiterter Form und aktualisierten Auflagen unter wechselnden Titeln in fünf Auflagen erschienen ist, zuletzt im Jahr 2005, fünfzig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung: „Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955.“²

Zehn Jahre nach Kriegsende war es der Wiener Diplomatie gelungen, in langwierigen Verhandlungen mit den vier Besatzungsmächten die volle Souveränität wieder zu erlangen. Das stand in Kontrast zur Teilung Deutschlands. Diese manifestierte sich in der „doppelten Staatsgründung“ des Jahres 1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Zwar hatte die Bundesrepublik ebenfalls im Mai 1955 eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Souveränität zurückgelegt, es handelte sich allerdings lediglich um eine partielle Souveränität für den westdeutschen Teilstaat. Diese divergierenden Entwicklungen in Österreich und Deutschland sind das zentrale Thema der von Michael Gehler, seit 2006 Direktor des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim und Inhaber eines „Jean Monnet-Chair“ sowie seit 2013 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

¹ Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945-1955, Studien Verlag Innsbruck – Wien – Bozen 2015, 1382 Seiten.

² Gerald Stourzh, Kleine Geschichte des Staatsvertrages, Graz-Wien-Köln 1975; 2. neu bearb. u. erw. Auflage 1980 unter dem Titel: Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität; 3. Auflage 1985; 4. völlig überarb. und erw. Auflage 1998 unter dem Titel: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955; 5. Auflage 2005.

in Wien, zum 60. Jahrestag des österreichischen Staatsvertrages vorgelegten umfangreichen Untersuchung. Bereits ein Blick in das detaillierte Inhaltsverzeichnis vermittelt einen Eindruck von der großen Bandbreite der behandelten Fragenkomplexe.³

Im Spannungsfeld von österreichischer Staatlichkeit und deutscher Teilung behandelt Gehler vor allem zwei große Bereiche. Im Mittelpunkt stehen zunächst Genesis und historische Bedeutung des österreichischen Staatsvertrags. Und wie bereits im Buchtitel formuliert, geht er der Frage nach, ob der Staatsvertrag das Potenzial hatte, als eine Art Modell zur Lösung der deutschen Frage zu dienen. Der Autor stützt sich in seinen Analysen auf eine beeindruckend breite Quellenlage aus über 20 österreichischen, deutschen, amerikanischen, britischen, französischen und schweizerischen Archiven. Hervorzuheben sind das Österreichische Staatsarchiv, das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien und das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin. In Ergänzung der staatlichen Akten wurden zahlreiche Nachlässe der jeweiligen politischen Akteure herangezogen. Zu nennen sind beispielsweise die nachgelassenen Papiere von Julius Raab und Karl Gruber.

Gehler skizziert zunächst die grundlegenden Weichenstellungen in der österreichischen und deutschen Politik nach der totalen Niederlage 1945. Parallelen und Unterschiede werden pointiert herausgearbeitet. Beide Länder waren von den vier Hauptsiegermächten besetzt, beide Länder befanden sich an der geostrategischen Nahtstelle des sich herausbildenden Kalten Krieges, beide Länder waren ideologisches „Schlachtfeld“ der Propaganda im Ost-West-Konflikt. Grundlegende Divergenzen ergaben sich in der Frage der nationalen Einheit. Seit 1945 gab es in Wien bereits eine gesamtösterreichische Zentralregierung. Außerdem konnte in Österreich die Wirtschafts- und Währungseinheit dauerhaft etabliert werden, nicht zuletzt auch deshalb, wie Gehler betont, weil die sowjetische Besatzungszone in den Marshallplan einbezogen war.

In Deutschland standen demgegenüber Tendenzen zur Teilung im Vordergrund. Hier führten die Siegermächte in den Jahren 1945 bis 1949 in ihren Besatzungszonen unterschiedliche und tiefgreifende politische und wirtschaftliche Maßnahmen durch. Daher erwies sich die auf der Potsdamer Konferenz Ende Juni Anfang Juli 1945 von den Siegermächten Großbritannien, den USA und der Sowjetunion vereinbarte wirtschaftliche Einheit Deutschlands schnell als Fiktion. Im Gegensatz zu Österreich war der Marshallplan in Deutschland kein Element der ökonomischen Einheit. Weil sich die amerikanische Hilfe

³ Hier angefügt als Anlage I.

zum Wiederaufbau auf Westdeutschland beschränkte, beschleunigte der Marshallplan sogar den Prozess der wirtschaftlichen Teilung Deutschlands.

Detailliert untersucht Gehler die Bemühungen der Wiener Politik, neben der Sicherung der nationalen Einheit, die Emanzipation von den Besatzungsmächten voranzutreiben und die Souveränität zu erlangen. Die österreichische Politik befand sich in der schwierigen Lage, einen Mittelweg zu finden zwischen einerseits einer schematischen Ankoppelung an die deutsche Frage und andererseits der Gefahr einer internationalen Isolierung des Österreichproblems. Zunächst waren die seit 1947 intensivierten Bemühungen um den Abschluss eines Staatsvertrages an gegensätzlichen Positionen der Hauptsiegermächte gescheitert. Die Initiative des amerikanischen Außenministers Byrnes, über einen Staatsvertrag mit Österreich zu verhandeln, wurde im Herbst 1945 vom sowjetischen Außenminister Molotow als „verfrüht“ zurückgewiesen. Als auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 der mit der Wahrnehmung außenpolitischer Fragen beauftragte Karl Gruber auf eine rasche Unterzeichnung des Staatsvertrages drängte, obwohl Moskau hohe wirtschaftliche Forderungen an Österreich stellte, scheiterte dies am Widerstand der Amerikaner. Der amerikanische Chefunterhändler lehnte derartige Konzessionen an die Sowjets ab und verweigerte die Unterzeichnung des Vertrages. Die deutschlandpolitischen Differenzen der Alliierten hatten fraglos österreichpolitische Implikationen. So beklagte Gruber, dass „der Schatten der deutschen Frage auf das österr. Problem gefallen“ sei. (S. 57) Die sowjetische Blockade der alliierten Zufahrtswege nach Berlin 1948/49 machte dies deutlich.

Ungeachtet dieser Probleme haben die österreichischen Regierungen, wie Gehler detailliert herausarbeitet, intensiv und konsequent den Abschluss eines Staatsvertrages angestrebt. „Der Hauptsatz der österreichischen Politik“, so Karl Gruber im September 1947, „der allen Österreichern gemeinsam ist, lautet: Die Besatzungsmächte sollen schnellstmöglich nach Hause gehen und wenn sie dann Lust haben, können sie als zahlende Gäste wiederkommen.“ Der österreichische Staatsvertrag habe „nur den einen Zweck, die Besatzungen schnellstmöglich nach Hause zu bringen“. Wenn allerdings der Staatsvertrag nur dazu dienen sollte, „ein kleines Sowjetrußland, ein kleines Amerika, ein kleines England oder ein kleines Frankreich in Österreich zu schaffen, dann müssen wir auf diesen Vertrag verzichten“. (S. 60)

Gehler betont in diesem Kontext auch die Bedeutung des persönlichen Faktors und das große Verhandlungsgeschick der österreichischen Akteure. Bundeskanzler Julius Raab (von 1953 bis 1961) und Vizekanzler Adolf Schärf haben 1954/55 die Realisierung eines Staatsvertrages für Österreich

entscheidend vorangetrieben. Sie handelten in der Erkenntnis, dass ein solcher Vertrag nicht gegen den Willen Moskaus zu realisieren war und in der Überzeugung, dass für Moskau auch 1955 ein blockfreies Gesamtdeutschland noch auf der Tagesordnung stand. Raab und Schärf, so Gehler, „spielten in diesem Zusammenhang unbewusst ein unabgestimmtes und – retrospektiv betrachtet – geschickt erscheinendes 'Doppelspiel'“. Gegenüber sowjetischen Repräsentanten habe der Bundeskanzler „Modellfall“-Möglichkeiten nicht ausgeschlossen, „ja er nährte diese in Moskau durch sein öffentliches Auftreten und Verhalten bis zu einem gewissen Grad, während er Adenauer gleichzeitig vertraulich die Richtigkeit seines Westkurses versicherte und ihn dazu beglückwünschte“. Dies habe allerdings nicht seiner innersten Überzeugung entsprochen, „sondern war mehr ein gutes Stück schlauer Pragmatik und gezielter Realpolitik“. Die „Lösung der Österreichfrage als 'Modell' für Deutschland im Sinne einer Vier-Mächte-Regelung“ habe Raab aufgrund seiner Einschätzung der sowjetischen Politik für „denkbar“ gehalten, dies „sollte aber erst getestet werden, wenn der Staatsvertrag in trockenen Tüchern war“. (S. 1178)

Im Vor- und Umfeld der Genfer Gipfel- und Außenministerkonferenzen des Jahres 1955 ergab sich für die österreichische Diplomatie die Möglichkeit, die Staatsvertragspolitik zu intensivieren. Dabei waren sich die politischen Akteure immer der Tatsache bewusst, dass ein solcher Vertrag nur in Verhandlungen mit und nicht gegen Moskau zu realisieren war. Die Etappen der österreichischen Staatsvertragsinitiativen der Jahre 1953 bis 1955 werden von Gehler detailliert rekonstruiert und analysiert. Der am 5. Mai 1955 unterzeichnete Staatsvertrag brachte den Österreichern Einheit in Freiheit. „Die Nerven bewahrt, Geduld geübt und die territoriale Einheit des Landes bewahrt zu haben, war das Verdienst der Staatsvertragspolitiker-Generation unter Führung von Julius Raab.“ (S. 1178) Die Neutralität Österreichs ist übrigens nicht Bestandteil des Staatsvertrages. In dem Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 hatte sich die österreichische Regierung verpflichtet, „immerwährend seine Neutralität der Art auszuüben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird“.⁴ Der am 15. Mai 1955 von der vier Alliierten und Österreich unterzeichnete Staatsvertrag⁵ trat nach der Ratifizierung durch alle fünf Vertragspartner am 27. Juli 1955 in Kraft. Nach dem Abzug aller fremden Truppen verabschiedete der Nationalrat am 26. Oktober 1955 das Neutralitätsgesetz. „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes“, so

⁴ Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion, 15. April 1955, abgedruckt in: Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages, 3. Auflage 1985, S. 226-229.

⁵ Vertragstext ebenda, S. 243-301.

Artikel I des Bundesverfassungsgesetzes, „erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität“.⁶

Warum war die sowjetische Führung bereit, ihre Präsenz in Österreich aufzugeben und den Staatsvertrag abzuschließen? Die Beantwortung dieser Frage zieht sich als roter Faden durch die gesamte Untersuchung. Für Gehler stehen hier die bereits in der chronologischen Abfolge der wichtigsten Ereignisse⁷ erkennbaren deutschlandpolitischen Implikationen im Vordergrund. Die sowjetische Führung habe letztlich ihre Bereitschaft demonstrieren wollen, so Gehler, auch in der deutschen Frage mit den drei westlichen Alliierten zu einer Übereinkunft zu gelangen. Zwei Komplexe stehen im Mittelpunkt: Die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 und die Moskauer Politik in der heißen Phase der Viermächteverhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in den Jahren 1954/55. In beiden Fällen bestand aus sowjetischer Sicht Handlungsbedarf. Im Frühjahr 1952 standen die Verhandlungen Bonns über den Generalvertrag, den so genannten Deutschlandvertrag, und den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft kurz vor dem Abschluss. 1955 zeichnete sich der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ab. Im Kern ging es Moskau darum, die politische und militärische Westintegration durch das Konzept eines wiedervereinigten neutralen Deutschlands zu konterkarieren.

Was die Interpretation der Stalin-Noten anbelangt, steht Gehler in der Tradition von Rolf Steininger, Wilfried Loth und eigener Publikationen.⁸ Steininger hatte die negativen Reaktionen des Westens und namentlich Adenauers auf die Initiative Stalins 1952 als „vertane Chance“ zur deutschen Wiedervereinigung interpretiert.⁹ Drei Jahrzehnte danach liefert Gehler jetzt eine Fülle von Belegen, die Steiningers Urteil über die Verweigerungshaltung Adenauers in überzeugender Weise stützen. Auch Gehler kritisiert das bereits von zeitgenössischen Beobachtern beklagte Versäumnis der Regierung Adenauer, Stalins Offerte, über ein neutrales demokratisches Gesamtdeutschland zu verhandeln, nie ernsthaft geprüft zu haben. Im Gegensatz zur österreichischen Politik habe sich die Regierung Adenauer dogmatisch an ihre

⁶ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 4. November 1955, S. 1.

⁷ Zu den Interdependenz der österreichischen und deutschen Entwicklungen vgl. die von Gehler zusammengestellte „Chronik zur Geschichte Deutschlands und Österreichs 1943/45-1955“, hier angefügt als Anlage II

⁸ Vgl. z.B. Michael Gehler, Ein wiedervereinigtes und blockfreies Deutschland mit Nationalarmee und die französischen Kommunisten im Jahre 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 44 (1988) 2, S. 75-104; Ders., Kurzvertrag für Österreich? Die westliche Staatsvertrags-Diplomatie und die Stalin-Noten von 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 243-278.

⁹ Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985, 2. Auflage 1986; Ders., Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985, 2. Auflage 1986.

Politik der Westintegration geklammert und Verhandlungen mit Moskau über die deutsche Frage kategorisch abgelehnt. Die Initiative Stalins hatte die Regierung Adenauer als ein nicht ernst gemeintes Störmanöver gegen die westdeutsche Westpolitik abgetan. Dieses politische Credo hat der Mainstream der westdeutschen Geschichtswissenschaft weitgehend kritiklos übernommen. Als neueres Beispiel ist die Untersuchung von Peter Ruggenthaler mit dem Titel „Stalins großer Bluff“ zu nennen.¹⁰ Diese einseitige Position wird von Gehler in überzeugender Weise auf den Prüfstand gestellt. Zu Recht verweist er auf die schwierige Quellenlage. Bisher seien die Dokumente in den sowjetischen Archiven, die über die Motive Moskaus eindeutige Antworten geben könnten, allenfalls sporadisch und partiell zugänglich gewesen. Die aus westlichen Archiven vom Verfasser beigebrachten Belege stellen jedoch die Bluff-These grundlegend in Frage.

Allerdings bezieht Gehler in seiner differenzierenden Interpretation der beiden Stalin-Noten vom 10. März und 9. April 1952 keine dogmatisch einseitige Position. Vielmehr betont er unter Hinweis auf Stalins Deutschlandpolitik von 1939/41 dessen Vorschläge für ein block- oder koalitionsfreies Deutschland – und dies ist das spezifisch Neue – als „Angebote für alle Fälle“, die „einerseits für die Öffentlichkeit bestimmte Propaganda- und andererseits für Diplomatie und Politik seriöse Verhandlungselemente“ enthielten. „Die Noten Stalins wiesen so gesehen defensive und offensive Elemente auf. Sie weckten Hoffnungen und Erwartungen, beinhalteten aber auch Drohungen, Gefahren und Risiken sowohl für Deutschland als auch für den Westen.“ Mit dieser „mehrdimensionalen Politik“ habe sich Stalin „alle möglichen Optionen“ offen gehalten: „Aufwiegelung, Mobilisierung und Verunsicherung der westdeutschen Öffentlichkeit gegenüber der Regierung Adenauer, Spaltung und Verwirrung im westlichen Lager, Schuldzuweisung an die Bundesrepublik und den Westen für die Teilung Deutschlands, Erleichterung der Ostintegration der DDR, Verhinderung der Westintegration der Bundesrepublik und ihre Herauslösung aus dem transatlantisch-europäischen Verbund, Anfachen antiwestlicher neutralistischer Stimmungen, Schaffung eines einheitlichen blockfreien, neutralen bzw. neutralisierten Deutschlands zur Einbremsung und Zurückdrehung der Aufrüstungsspirale.“ Die Führung der UdSSR habe mit dieser „faszinierenden, ja genialen Strategie gleichzeitig Minimal- und Maximalziele“ verfolgt. Insgesamt handelte es sich „um dynamische, flexible, offene und vieldeutige Angebote, was auch verschiedene Interpretationsvarianten eröffnete“. (S. 212f.)

¹⁰ Peter Ruggenthaler (Hrsg.), *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Noten in Dokumenten der sowjetischen Führung*, München 2007.

Die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Verhandlungsangebots des Jahres 1952 ist auch insofern plausibel, als die sowjetische Führung nach Stalins Tod die deutschlandpolitische Offensive fortsetzte, wie Gehler im Kontrast zu den Staatsvertragsverhandlungen (wo 1953 nichts voranging) deutlich macht. Die Bereitschaft der sowjetischen Führung seit Februar 1955 zur Unterzeichnung des Staatsvertrags habe im Kern immer noch auf eine Lösung der deutschen Frage gezielt. Aus der Fülle der von Gehler beigebrachten Quellen sollen hier folgende Befunde hervorgehoben werden, die die deutschlandpolitischen Dimensionen der Österreichpolitik belegen. So interpretierten die Spitzen der französischen Diplomatie die sowjetische Österreichpolitik in ihrer Stoßrichtung „einzig auf Deutschland gerichtet“. Auch im anglo-amerikanischen Lager habe die Auffassung überwogen, die UdSSR „meine es mit dem Modellfall für Deutschland ernst“. Ähnliche Belege präsentiert Gehler auch für britische und amerikanische Spitzenpolitiker, die von der Ernsthaftigkeit des Modellfalls für Deutschland überzeugt waren. Offensichtlich war sich auch Adenauer dieser „Modellfall“-Wirkungen bewusst. Er sah Moskaus Österreichpolitik ausschließlich als gegen die Westintegration der Bundesrepublik gerichtet und folglich als „große Gefahr“ für seine Westpolitik. „In negativer Weise perzipierte der deutsche Bundeskanzler“ ein für seinen Kurs „bedrohliches Alternativ-Szenario, d. h. ein Präjudiz für die alliierte Deutschlandpolitik“. (S. 1143f.)

Dass die sowjetische Österreichpolitik auf Deutschland zielte, ergibt sich für Gehler nicht zuletzt aus dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis. Mit der Österreichlösung habe Moskau einen „Beweis seines aufrechten Willens zur Ergreifung einer vertrauensbildenden Maßnahme und einen Beitrag zur Entspannung zu liefern“ versucht. Hierbei sei es „nur logisch“ gewesen, dass dabei auch die zentrale Frage sowjetischer Sicherheitspolitik in Europa, die Deutschlandfrage, miteinbezogen und einer in diesem Sinne zu erfolgenden Lösung unterzogen werden musste“. Es lag auf der Linie dieser Politik, dass Moskau im Frühjahr 1955, als sich ein NATO-Beitritt der Bundesrepublik abzeichnete, die Bildung eines 'belt of neutral states' informell ins Gespräch brachte. Dabei verfolgte Moskau eine Doppelstrategie. Die Initiative „zu einer einvernehmlichen Regelung der Deutschlandfrage zwischen Ost und West, um zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems beizutragen“ sei mit der Hoffnung verknüpft worden, die Opposition in der Bundesrepublik anstacheln zu können, um damit die westdeutsche Wiederbewaffnung zu verzögern. In der sowjetischen Führung sei die „Furcht vor den Deutschen tief verwurzelt“ gewesen. „Die Angst vor der deutschen Gefahr war 1955 noch nicht geschwunden, ganz im Gegenteil: die Bedrohung war seit dem Krieg und seinem Ende objektiv wie subjektiv betrachtet weiterhin, ja permanent vorhanden und sie blieb es, wenn sich diese 'deutsche Gefahr' nicht noch zu

steigern drohte: Eine Allianz der Westmächte und der USA mit den Deutschen musste wie ein nie endend wollender Albtraum erscheinen. Dass vor dem Hintergrund dieses Bedrohungsszenarios eine 'Österreichlösung' für die Deutschlandfrage seitens der Sowjetführung als wünschenswertes Ideal-Ergebnis erschien, ist kaum ernsthaft zu bezweifeln.“ (S. 1138f.)

Mit der „Österreichlösung“, so erweitert Gehler die Argumentation von Stourzh um die entscheidende Dimension, sei es der Sowjetführung weniger um eine Verunsicherung des westlichen Lagers gegangen „als um die Demonstration der Glaubwürdigkeit der eigenen Politik am konkreten Beispiel, wie die Blockbildung in Europa überwunden werden“ könne. „'Verunsicherung' als alleiniges und oder maßgebliches Motiv würde die politischen und operativen Bemühungen der Sowjetunion zur Lösung der deutschen Frage auch ausblenden bzw. unterschätzen“. Die sowjetische Führung habe sich „vor allem bei der Genfer Gipfelkonferenz (18. – 23. Juli 1955), allerdings schon weniger bei der Außenministerkonferenz (27. Oktober – 16. November 1955) einem blockfreien wiedervereinten Deutschland gegenüber – trotz aller inneren Vorbehalte und Widerstände – durchaus noch aufgeschlossen und offen“ gezeigt. (S. 1137) Sicherheit vor Deutschland war übrigens kein isoliertes sowjetisches Phänomen. Moskaus Streben nach Sicherheit vor Deutschland war auch ein wesentliches Element der westeuropäischen Integrationspolitik der westlichen Alliierten.

Bis zur Genfer Gipfel- und Außenministerkonferenz, so resümiert Gehler, sei ein sowjet-russisches Interesse „durchaus noch vorhanden“ gewesen, „über Deutschland als Ganzes zu verhandeln und zwar natürlich unter den von der UdSSR wiederholt genannten Bedingungen zur Regelung der deutschen Frage, so wie sie auch am österreichischem Präzedenzfall anschaulich, rasch und glaubhaft in der ersten Jahreshälfte 1955 vorexerziert worden war: militärische Bündnis- bzw. Blockfreiheit/Neutralität, nationale Streitkräfte und freie Wahlen wie sie in Österreich bereits dreimal auf nationaler Ebene 1945, 1949 und 1953 stattgefunden hatten.“ Dass „also mit allen vier Mächten verhandelt werden musste – vorausgesetzt man war an einer integralen Lösung interessiert –, war die Erkenntnis der Österreichlösung von 1955. Dass die Teilung Deutschlands vier Jahrzehnte lang Fortbestand hatte, war zwangsläufig die Folge der Vernachlässigung und Verweigerung der Methodik des Österreichbeispiels durch die bundesdeutsche Politik“. (S. 1139f.)

Die von Adenauer immer wieder propagierte Formel Wiedervereinigung durch Westintegration erwies sich propagandistisch sowohl innen- als auch außenpolitisch fraglos als überaus wirksam, brachte die Wiedervereinigung allerdings überhaupt nicht voran. Zu Recht weist Gehler darauf hin, dass

sowohl London als auch Paris an einer deutschen Wiedervereinigung aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen ungeachtet öffentlicher Bekenntnisse zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht interessiert waren. Wie tief die Furcht vor einer Dominanz eines wiedervereinigten Deutschlands im französischen und britischen politischen Denken verankert war und ist, belegt etwa die verdienstvolle Publikation britischer Akten zur Londoner Außenpolitik der Jahre 1989/90. Mit schonungsloser Offenheit haben die britische Premierministerin Thatcher und der französische Präsident Mitterrand in einem vertraulichen Gedankenaustausch ihre Vorbehalte zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten formuliert.

So erklärte der französische Präsident: “The sudden prospect of reunification had delivered a sort of mental shock to the Germans. Its effect had been to turn them once again into the ‘bad’ Germans they used to be. They were behaving with a certain brutality and concentrating on reunification to the exclusion of everything else. It was difficult to maintain good relations with them in this sort of mood. Of course the Germans had the right to self-determination. But they did not have the right to upset the political realities of Europe. He did not think Europe was yet ready for German reunification: and he certainly could not accept that it had to take priority over everything else. [...] The President said that he drew the conclusion that it would be stupid to say no to reunification. In reality there was no force in Europe which could stop it happening. None of us were going to declare war on Germany.”¹¹

Auch Margaret Thatcher war sich darüber im Klaren, dass die Wiedervereinigungs-Dynamik nicht zu stoppen war. Sie plädierte aber nachdrücklich für eine Verzögerungstaktik. „The Prime Minister continued that she thought that we had a stronger hand on German reunification than President Mitterrand believed. We must try to tie the Germans down on a substantial transitional period as well as on the aspect of East German membership of the Community. [...] The Prime minister said that she and President Mitterrand should stand together on this. The 1990s ought to be a decade of hope. We must not let it become a decade of fear. We must insist the Germans stand by agreements.” Zur Realisierung dieser Verzögerungspolitik sollte man erwägen, die Sowjetunion um Unterstützung zu bitten, fügte Mitterrand hinzu: “...we should perhaps try to persuade the Soviet Union to stiffen East German resistance to reunification.”

¹¹ Letter from Mr Powell (No.10) to Mr Wall, 20.01.1990: Prime Minister’s Meeting with President Mitterrand, in: Documents on British Policy Overseas, Series III, Volume VII, German Unification, 1989 – 1990, hrsg. von Patrick Salmon, S. 215-219, Zitate S. 216f.

Als sich 1989/90 die Chance zur Wiedervereinigung eröffnete, haben von den westlichen Alliierten allein die USA den Kurs der Regierung Kohl nachdrücklich unterstützt und damit ermöglicht. Die enge Zusammenarbeit der USA mit der Bundesrepublik sollte nach der Vereinigung fortgeschrieben werden und zwar als „partners in leadership“, wie Präsident Bush Senior erklärte.¹² Zu dieser Zeit wurde übrigens die von Gehler immer wieder betonte Tatsache, dass eine Wiedervereinigung ohne Verhandlungen mit Moskau nicht zu haben war, bestätigt. Selbst während des Auflösungsprozesses des Sowjetimperiums war Russland ein entscheidender Verhandlungspartner. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterstreicht dies ebenso wie die Verhandlungen über den Abzug russischer Truppen aus der ehemaligen DDR.

Die Bedeutung des Faktors Sowjetunion für die deutsche Frage zieht sich als so genannter Rapallo-Komplex wie ein roter Faden auch durch die amerikanischen Akten. Von amerikanischen Diplomaten wurde wiederholt die Befürchtung zu Papier gebracht, Bonn könne versucht sein, sich mit Moskau bilateral zu arrangieren, um die Wiedervereinigung zu realisieren, denn schließlich übte die Sowjetunion aufgrund ihrer militärischen Präsenz in Ostdeutschland die entscheidende Kontrolle aus. Auch nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde auf amerikanischer Seite ein Ausscheren Bonns aus dem Prozess der Westintegration unter diesem Gesichtspunkt immerhin noch für möglich gehalten.

In diesem Kontext sind auch die um Umfeld des österreichischen Staatsvertrages innerhalb der amerikanischen Regierung angestellten Überlegungen zu sehen, einen Sicherheitsgürtel neutraler Staaten in Europa mit Gesamtdeutschland als zentralem Element zu errichten. Hierfür bringt Gehler eine Fülle interessanter und von der Forschung bisher nicht hinreichend herangezogener Quellen bei, so etwa auch entsprechende öffentliche Äußerungen von Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz am 18. Mai 1955. Dass derartige Pläne nicht aus der Luft gegriffen waren, belegen nicht zuletzt die vom Autor eingehend dokumentierten fast panikartigen Reaktionen Adenauers. „Mir ist Herr Eisenhower da völlig unverständlich. Ich weiß nicht, wie er eine Unterscheidung macht zwischen Neutralisierung und Neutralität“, beklagte der Bundeskanzler in internen Besprechungen. Er formulierte sogar die Befürchtung, Eisenhower könnte aus wahltaktischen Gründen versuchen, „mit Russland zu einem Abkommen zu gelangen“. (S. 894f.)

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, startete Adenauer diplomatische Initiativen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit; Diskussionen über einen

¹² George Bush, Remarks to the Citizens in Mainz, 31. Mai 1989, in: The American Presidency Project, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=17085&st=&st1=>

„Neutralitätsgürtel“ sollten bekämpft werden. Höhepunkt dieser Anti-Neutralitäts-Initiative war die USA-Reise Adenauers im Juni 1955. Auf einem Presseempfang in Washington ging der Bundeskanzler auf die „Frage der Neutralität oder Neutralisierung“ ein. Er verwahrte sich gegen Vergleiche mit Österreich und der Schweiz. Beide Länder seien „in der Tat keine Beispiele, wegen ihrer geographischen Lage, und weil sie kleinere Länder sind“. Was die geographische Lage angehe, „so liegt Deutschland im Herzen von Europa, mit Grenzen, die keinen natürlichen Schutz bieten. Ein Vakuum wie dieses im Herzen Europas würde eine ständige Gefahr für jeden darstellen. Ich nehme an, daß die Fürsprecher dieser Idee nicht in Betracht ziehen, daß es sowohl in Frankreich wie in Italien starke kommunistische Parteien gibt und daß die Sowjetunion uns in einer Art und Weise zu unterminieren versucht, die man sich einfach nicht vorstellen kann. Meiner Meinung nach würde die Neutralität oder Neutralisierung Deutschlands in einer unvermeidlich kurzen Zeit Sowjetrußland gestatten, seine Macht über das ganze Westeuropa auszuweiten. Ich denke nicht, daß die Vereinigten Staaten so etwas wünschen würden.“ (S. 897) Diese Argumente haben ihre Wirkung offenbar nicht verfehlt. Jedenfalls erhielt Adenauer vom amerikanischen Präsidenten am 14. Juni 1955 die schriftliche Zusicherung, dass der „Begriff Neutralität in keiner Weise auf Deutschland anwendbar sei, und dass Deutschland seine Unabhängigkeit nur durch ein kollektives Sicherheitssystem sicherstellen“ könne (S. 891).

Ähnlich wie bei den Stalin-Noten des Jahres 1952 war Adenauer auch 1955 prinzipiell nicht bereit, die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Verhandlungsinitiativen auszuloten. Die Westintegration hatte für ihn absolute Priorität. Angesichts der von Gehler präsentierten Befunde wird man dem von ihm zitierten Freiburger Historiker Josef Foschepoth zustimmen können, der zugespitzt formulierte: Für Adenauer galt „nicht nur ‚Westintegration‘ vor ‚Wiedervereinigung‘ sondern noch mehr ‚Westintegration statt Wiedervereinigung‘“. (S.1231) Nach 1955 hat es keine nennenswerten deutschlandpolitischen Initiativen der sowjetischen Führung mehr gegeben. Und das „noch in weiter Ferne liegende Konzept eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa, welches mit dem Völkerbund in der Zwischenkriegszeit bereits zum Scheitern verurteilt gewesen war, sollte angesichts der Realitäten der sich verfestigenden Fronten des Kalten Krieges der 1950er Jahre schwer vorstellbar sein. Es wurde auch erst mit der KSZE Schlussakte von Helsinki 1975 greifbar – allerdings auf Basis der Festschreibung des territorialen Status quo in Europa und damit auch auf Grundlage der deutschen Teilung.“ (S. 949)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Michael Gehler hat ein in mehrfacher Hinsicht epochales Werk vorgelegt. Zunächst ist die beeindruckende Dar-

stellung von Genesis und Wirkungen des österreichischen Staatsvertrags vom Mai 1955 zu nennen. Bereits die breite archivarische Quellenbasis ist ein Beleg dafür, dass die Forschungsergebnisse über die genannten Arbeiten von Gerald Stourzh weit hinausgreifen. Hinzu kommen die wesentlich erweiterten Fragestellungen. Das gilt insbesondere für die Thematisierung der deutschen Frage im Kontext der österreichischen Staatsvertragspolitik. Sie gipfelt in der im Buchtitel noch mit Fragezeichen versehenen These, dass der Österreichische Staatsvertrag auch als Modellfall zur Überwindung der deutschen Teilung zu sehen sei. Die historische Realität sah freilich anders aus, weil die westliche Politik und namentlich die Regierung Adenauer an einer Lösung nach dem Vorbild Österreichs nicht interessiert waren. Die von der erdrückenden Mehrheit der westdeutschen Historiker vertretene These, zur Priorität der Westintegration unter Zurückstellung der deutschen Wiedervereinigung habe es keine Alternative gegeben, wird von Gehler grundlegend herausgefordert. Er belegt dies in seiner Analyse der Interaktionen amerikanischer, britischer, französischer, sowjetischer und westdeutscher Außenpolitik.

Insofern ist die Publikation weit mehr als eine deutsch-österreichische Parallelgeschichte. Das Buch ist zugleich eine Geschichte der internationalen Beziehungen im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier kommt Österreich ein bisher zu gering veranschlagter Stellenwert zu. Das gilt nicht zuletzt für die von Gehler analysierten subtilen Verhandlungsstrategien der österreichischen Diplomatie. Sie hatten und haben Vorbildcharakter und sind überdies ein Beleg dafür, dass so genannte „kleine“ Staaten über das Potenzial großer Diplomatie verfügen. Insofern hat der Begriff „Modellfall“ auch eine über die Realisierung der nationalen Einheit hinausgreifende prinzipielle Bedeutung. Mithin ist die Publikation Pflichtlektüre für angehende Diplomaten. Für die politischen Entscheidungsträger der Gegenwart sind Gehlers Forschungsergebnisse überdies eine Mahnung, sich nicht vorschnell auf eine vermeintlich „alternativlose“ Politik festzulegen, ohne die Realisierung möglicher Alternativen zuvor intensiv geprüft zu haben.

Das Buch richtet sich natürlich in erster Linie – bereits der Umfang von nahezu 1400 Seiten macht dies deutlich – an die wissenschaftliche Fachwelt. Hier dürften die Thesen Gehlers daher zu allererst ein lebhaftes Echo finden. Allerdings sollten die hoch interessanten Ergebnisse und zum Teil auch provozierenden Thesen einem breiteren historisch-politisch interessierten Publikum leichter zugänglich gemacht werden. Es wäre daher zu begrüßen, wenn sich Autor und Verlag zu einer kompakten Taschenbuchausgabe entschließen könnten. Schließlich erfolgten in den Jahren 1945 bis 1955 sowohl in der österreichischen als auch in der deutschen Politik Grundsatzentscheidungen, die bis heute ihre weltpolitischen Wirkungen entfalten.

Die folgenden Anlagen sind mit freundlicher Genehmigung des Studien Verlags angefügt.

Anlage 1

Inhaltsverzeichnis (S. 5-12)

Anlage II

Chronik zur Geschichte Deutschlands und Österreichs 1943/45 – 1955
(S. 1293-1370)

Michael Gehler

Modellfall für Deutschland?

Die Österreichlösung mit
Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955

StudienVerlag

Innsbruck
Wien
Bozen

Gedruckt mit Unterstützung durch die Alexander von Humboldt-Stiftung/Foundation.

© 2015 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck
E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Buchgestaltung nach Entwürfen von Kurt Höretzeder
Satz: Studienverlag/Karin Berner
Umschlag: Studienverlag/Vanessa Sonnewend, www.madeinheaven.at
Umschlagabbildung: Wiener Walzer, erschienen in: *Daily Mirror*, *L'Express*, 1955, Victor Weisz („Vicky“)
(1913–1966)
Registererstellung durch den Autor

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detail-
lierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-4062-9

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikro-
film oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder
unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	13
I. Österreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – Unterschiedliche Entwicklungen bei wechselseitiger Verbundenheit 1945–1952	19
1. Die Opferthese und Okkupationstheorie als Ausdrucksformen allierter und österreichischer Interessenpolitik.	21
2. Radikale Emanzipation von Deutschland, Adenauers frühe deutsche Weststaatskonzeption und die Anfänge diplomatisch-politischer Beziehungen	36
3. Österreich zwischen Ost und West: Der Staatsvertrag im Schatten der deutschen Frage 1947/48	53
4. Berlin-Blockade, deutsche Weststaatsgründung, blockierter Staatsvertrag und Einigung in der Frage des „deutschen Eigentums“ in Österreich 1948/49	66
5. Erste Integrations Schritte beider Staaten in der Organization for European Economic Cooperation (OEEC) 1948/49–1950.	73
6. Normalisierung und Erweiterung der Handelsbeziehungen seit 1949/50	80
7. Ende der Berlin-Blockade – kein Ende der Staatsvertrags- Blockade: Österreich und der Beginn der bundesdeutschen Westintegration 1950/51	81
8. Erste Kontakte zwischen Bonn und Wien auf höchster Ebene und Adenauers Haltung gegenüber Österreich 1950/51	90
9. Europarat und EGKS: Verschiedene Europa- und Integrationskonzepte 1950–1952	97
10. Die Vorgeschichte des verkürzten Staatsvertragsentwurfs 1951/52	102
11. Erste Befunde	108
II. Vorentscheidungen in der deutschen Frage – statt eines gelungenen Staatsvertrags ein missratener Kurzvertrag für Österreich	111
1. Interdependenz als Problemstellung einer Forschungskontroverse	113
2. Der Staatsvertrag als „Thermometer der internationalen Spannung“; kein „östliches Berchtesgaden“ und „Balance in Österreich“ als „Unikum einer sich immer mehr spaltenden Welt“	116
3. Die Stalin-Note vom 10. März und der Kurzvertrag vom 13. März 1952: Österreich als „Prüfstein“ und Spielball der westalliierten Deutschlandpolitik	120
4. Die Ernsthaftigkeit der Stalin-Note und die Problematik der Herstellung einer Verbindung mit der Österreichfrage in der westlichen Antwort	131

5.	Der Kurzvertrag in der Innenpolitik und die Streichung Österreichs aus dem Entwurf der westlichen Antwortnote auf Veranlassung Adenauers	140
6.	Der Österreichvertrag auf Eis – Verstärkte Annahme der Ernsthaftigkeit von Stalins Vorschlägen zur Deutschlandfrage	149
7.	Die zweite Stalin-Note – Österreichs Befreiungsversuch aus dem Schlepptau der alliierten Deutschlandpolitik	153
8.	Die Stalin-Noten im Urteil der österreichischen Diplomatie: Ernsthafte Versuche zur Lösung der deutschen Frage mit geringem Erfolg	166
9.	Vermeintlicher Sieg in der Notenschlacht und Verstimmung im westlichen Lager – Niederlage für Gesamtdeutschland und Bestätigung der Zweitrangigkeit der Österreichfrage	174
10.	Ungeklärt gebliebene Fragen des „deutschen Eigentums“	185
11.	Westeuropas Christdemokraten, die Österreich- und die Deutschlandfrage 1952	187
12.	Intransigenz der offiziellen sowjetischen Österreichpolitik 1952 und Österreichs geplanter Gang zur UNO als Ultima Ratio?	193
13.	Verspätete Ablehnung des „Kurzvertrags“ durch die Sowjetunion	197
14.	Der UNO-Appell: Grubers letzte Karte – Westeuropas christliche Demokraten verzeichnen keine Fortschritte in Staatsvertrags- und Integrationsfragen	204
15.	Weitere Befunde zur Ambivalenz und Vielseitigkeit der Stalin-Angebote 1952	207

III. 1953 – ein Jahr internationaler Veränderungen:

	Bewegung in der Deutschland- und Österreichfrage	219
1.	Stalins Tod am 5. März 1953, Churchills Gipfelkonferenz-Initiative und die Öffnung der österreichischen Außenpolitik	222
2.	Der Besuch Grubers in Bonn am 19./20. Mai 1953	231
3.	„Unklare Beziehungen sind besser als gar keine“: Österreichs Verhältnis zu Europa und die Suche nach einem <i>Modus Vivendi</i> mit der Montanunion ab 1953	245
4.	Grubers London-Besuch und der Aufstand in der DDR als „put-up-job“? Die kollektive Kreml-Führung entscheidet sich für die Rettung der DDR	250
5.	Die Reaktionen im Westen auf den Volksaufstand in der DDR	259
6.	Die Rolle Adenauers und der westlichen Diplomatie	264
7.	Ein kleiner Modellfall? Empfehlung der Wiener Lösung für Berlin – Ernst Reuter am 17. Juni 1953 in Wien	271
8.	Der 17. Juni 1953 aus der Sicht österreichischer Beobachtungen	274
9.	Grubers Treffen mit Nehru am 20. Juni 1953: Allianzfreiheit als Maximum des Möglichen und die Bürgenstock-Initiative	279
10.	Der 17. Juni 1953 und die Folgen für Österreichs Politik – Empfehlung als Beispiel für die Lösung eines überschaubaren Problems	287
11.	Sowjetische Friedensoffensive in Österreich, Kritik am „Raabismus“ – Westeuropas Christdemokraten und die CDU	290

12. Rücknahme des Kurzvertrags – Deutschland-Noten der Siegermächte – „Neutralistische Versuchungen“ in Österreich?	300
13. Bidault: Kein vollständiger Abzug der französischen Truppen – Moskaus Bedingungen für die Lösung der Deutschland- und Österreichfrage	308
14. Keine „finnische Politik“ oder Finnland als Beispiel? Die außenpolitische Dimension der politischen Demission Grubers und neue Beziehungen zur UdSSR	313
15. Weitere Befunde	326

IV. Fehlgeschlagene Emanzipation von Deutschland 1954:

Die gescheiterte Berliner Außenministerkonferenz und neue Initiativen	333
1. Österreichs Erkenntnisse aus dem Jahr 1953 und bundesdeutsche Neutralisierungspobien	336
2. Österreichs Neutralität als „gefährliches Beispiel“: Felix von Eckardt in Wien, sowjetische Vorbehalte und eine exil-polnische Initiative im State Department	355
3. Unterschiedliches Herangehen: Wien drängt auf ein Gelingen, Bonn dämpft Hoffnungen und erwartet ein Scheitern der Berliner Außenminister-Konferenz	365
4. Nachklänge zur Berliner Konferenz: Ungebrochenes Festhalten an der Einheit in Österreich und Legitimationsbasis für die fortgesetzte Westintegration der BRD	388
5. Die EVG als alternativloses Konzept der Westbindung der BRD und eine selbstbewusste DDR-Führung nach Aufhebung sowjetischer Besatzungsrechte	403
6. Kreiskys Ablehnung einer Allianzfreiheit, Adenauers Scheitern in der Westeuropa-Politik mit Frankreich und der britische Ausweg mit der NATO-Lösung	413
7. Hinweise auf eine flexiblere sowjetische Mitteleuropapolitik	427
8. US-Geringschätzung für Raab, Ungereimtheiten in der Frage des Truppenabzugs in der Koalition – Adenauer braucht (partei-)politische Unterstützung in Frankreich	431
9. Adenauer trotz den sowjetischen Erfolgen mit seiner unbedingten Politik der Westintegration – verschiedene deutschlandpolitische SPD-Denkschulen	438
10. Österreichisches Bedauern über das EVG-Scheitern, Staatsvertragsflexibilität und Drängen auf eine Vier-Mächte-Konferenz in Wien	443
11. Dissonanzen in Wien über den Truppenabzug, Bonns Abhängigkeit von Frankreich und Propagandaerfordernisse zur Neutralisierungsimmunisierung	451
12. Der „Kreisky-Plan“ für einen Truppenabzug aus Österreich – Frankreich sieht darin keinen Präzedenzfall für Deutschland	456
13. Sowjetischer Vorschlag für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und demonstrative integrationspolitische Zurückhaltung Österreichs im Montanbereich	460

14. Sozialistische Befürchtungen vor einem „anderen Anschluss“ in Zukunft, Raabs Besuch in den USA und die Rede von Mendès-France vor den Vereinten Nationen	464
15. Verstimmungen: Bonns zögernde Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs und das strittige Staatsbürger- schaftsurteil des Obersten Verwaltungsgerichts	472
16. Sowjetunion: Souveränität der Bundesrepublik mit Fernziel Nichtangriffspakt für die Aufgabe der „Ostzone“? – Frankreich: Verzicht auf sowjetisches Bündnis	478
17. Weitere Befunde und Ausblick auf das Jahr 1955	483

V. Das Entscheidungsjahr der Deutschland- und Österreichpolitik 1955

1. Einschätzungen aus Belgrad und Warnungen vor einer neuerlichen Anschlussgefahr aus Moskau	495
2. „Dauernde Neutralisierung“ und „Teilung Deutschlands als Dauerzustand“: Beurteilungen in der <i>New York Times</i> und der Londoner <i>Times</i>	498
3. Missstimmung zwischen Moskau und Wien, der „Kampf um Berlin“, Kritik an Raabs Politik und österreichische Proteste wegen der Verhaftung eines Beamten	502
4. Die Reaktionen auf die sowjetische Regierungserklärung vom 15. Januar und die Ablehnung einer Vierer-Konferenz im christdemokratischen „Genfer Kreis“	508
5. Vorbereitungen für eine neue Sicherheitsarchitektur an der Südflanke Westeuropas – Fehleinschätzungen und Neuorientierungen in der Österreichfrage	520
6. Verunsicherung in Bonn über weitere sowjetische „Störmanöver“ und Befürchtungen bezüglich vorzeitiger Freilassung deutscher Kriegsgefangener	525
7. Regierungswechsel in Moskau und Molotows Erklärung vom 8. Februar: Der Anfang vom Ende des Junktims zwischen der Deutschland- und der Österreichfrage	531
8. Die sowjetische Deutschland- und Österreichpolitik aus der Sicht russischer Konfidenten und des US-Hochkommissariats	539
9. Vermeidung von Irritationen aufgrund österreichisch- deutscher Sensibilitäten	542
10. Meinungsumfragen zeigen Popularitätsverluste Adenauers	550
11. Vorbehalte Helmers gegen Raabs Verbindungen zu Bischoff – unkonventionelle Einschätzungen des westdeutschen Diplomaten Hans Kroll	552
12. Französisch-österreichischer und österreichisch-sowjetischer Gedankenaustausch über Molotows Rede vom 8. Februar	556
13. Kommunistische Propaganda via DDR-Politiker in Österreich und verschobene Direktkontakte zwischen Moskau und Wien	559
14. Die Ratifizierung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag und die belgischen Reaktionen	567

15. Intensivierung der Kontakte Bischoff-Molotow: Trotz weiterer Bedenken nimmt Wien den verstärkten Austausch wahr	569
16. Vertrauliche Nachrichten aus Moskau über die Schweiz – Bischoffs Rückversicherung eines Deutschland-Konferenz- Timings und der überraschte Quai d’Orsay	571
17. Washington wartet ab, Bonn nimmt die Gefahr einer vorzeitigen Österreichlösung sowie Entspannungssignale aus Belgrad, Stockholm und Moskau wahr	573
18. Die Österreichlösung als Vorbedingung für Entspannung, eine Territorialgarantie als sowjetische Gegenforderung und die von Moskau befürchtete Kriegsgefahr	576
19. Die Grundsätze Wiens, Distanz zur NATO, Einschätzungen Italiens und Kreiskys Überzeichnung der deutschen Gefahr zur Legitimierung der Mächtegarantie	579
20. Zwei Richtungen sowjetischer Deutschlandpolitik und die Österreichlösung als Hintertür zur Verzögerung der deutschen „Wiederbewaffnung“	584
21. Rückblick auf die Konferenz von Jalta: Süddeutsche Staatenkombination mit Hauptstadt Wien – Österreichs Unabhängigkeit als sowjetisches Langzeitziel	586
22. Befürchtungen und Ungewissheit im State Department wegen des „Modellfalls“ – Misstrauen gegen Raab und Standfestigkeit der SPÖ als Sicherheitsgarantie	590
23. Die USA können die Einladung für Raab nach Moskau nicht verhindern – in Bonn wirkt die geplante Visite als „Sensation“	593
24. Ein Staatsvertrag für Österreich als „Modellvertrag“ für Deutschland – Frankreich befürwortet Raabs Moskau-Besuch	596
25. Frankreich für eine bewaffnete Neutralität Österreichs, London befürchtet Druck auf Raab in Moskau und ein österreichisches Botschaftertreffen in Wien	599
26. Die entscheidende Vorbesprechung der Regierungsvertreter mit der Ballhausplatz-Diplomatie	603
27. Keine Westintegration Österreichs als sowjetische Bedingung, französisches Verlangen nach Trennung von der deutschen Frage und britische Sorgen vor Rückwirkungen auf Deutschland	611
28. Die Ratifizierung der Pariser Verträge im Conseil de la République und die offene Frage der Saarregelung	614
29. Wien ergreift die Initiative, der Westen in Zugzwang, die bundesdeutsche Presse auf offizieller Linie und Maleta rechtfertigt die Moskau-Reise im NEI-Rahmen	615
30. Vorbehalte der Militärs gegen eine „Neutralisierung“ des Alpenraums, die Notwendigkeit eines Heers und die Sorge vor einem „zweiten Berchtesgaden“	620
31. Das Misstrauen des Innenministers gegenüber dem Bundeskanzler – Bonn vermutet einen Wechsel in der Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik	627

32. Die Reaktivierung einer sowjetischen Österreichpolitik wie 1954 – Nüchterne Überlegungen zum Thema „Neutralisierung“ im State Department	629
33. Die deutsche Presse im Bann der Versuchung des „Österreichbeispiels“, Moskauer Eindrücke und ein Ergebnis der „Politik der Stärke“ als neue Lesart	636
34. Schweizer Deutungen und Interessen – amerikanische Bekräftigung der „Politik der Stärke“ zur Kaschierung der eigenen Verunsicherung	645
35. Das Ergebnis der Moskauer Gespräche aus französischer Sicht: eine radikale Kehrtwende sowjetischer Österreichpolitik	649
36. Helmers Verärgerung über voreilige Verlautbarungen aus Moskau – Französische Einschätzungen zum „Miniaturbild“ Österreich	652
37. Das österreichische Kommuniqué und die westlichen Reaktionen – die Garantieforderung bereitet größere Probleme	656
38. US-amerikanische diplomatische und publizistische Reaktionen und wiederkehrende Präzedenzfall-Ängste im State Department	658
39. Rückkehr nach Wien: Bekanntmachung und Kommentierung des Moskauer Memorandums verbunden mit großem Optimismus	660
40. Moskauer Einigung als Entspannungspolitik, die Vorteile freiwilliger Neutralität, die Bonner Abwehr der „Österreichlösung“ und Wiener Beschwichtigungen	667
41. In Erwartung Moskauer Vorschläge für Deutschland: Äußerliche Gelassenheit und Verstärkung des Unvereinbarkeitsprinzips in Bonn	673
42. Der „Modellfall“ Österreich für Deutschland und die internationalen Reaktionen	676
43. Französische Einschätzungen zur sowjetischen Europapolitik: Die Neutralität Österreichs scheinbar im Mittelpunkt, doch das eigentliche Ziel ist Deutschland	687
44. Koalitions- und parteinterne Konflikte in Österreich wegen der eigenen Lösung – SPD-Einschätzungen und Forderungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik	692
45. Kein Staatsvertrag ohne Sicherheitsgarantien, Bischoffs „Faustpfand“-These: Motive sowjetischer Österreich- und Grundlagen österreichischer Neutralitätspolitik	710
46. Sozialistische Einschätzungen – Bruno Pittermann sieht sowjetische Österreich- als Deutschlandpolitik und die Sicherung von Einflusszonen	715
47. Die innere Opposition der CDU auf Adenauer-Linie – „Modellfall“-Empfehlungen des <i>Neuen Deutschland</i> und durch Walter Ulbricht	719
48. Die österreichische Interessenlage und die SPD-Mission von Fritz Heine bei Adolf Schärf in Wien	738
49. Schweizer Einschätzungen zur Deutschlandfrage und Empfehlungen für die Neutralitätsgestaltung	746
50. Österreichs letzte Chance: Vertragsabschluss oder Teilung? Die westlichen Vorbereitungen der Botschafterkonferenz und die definitive Regelung der deutschen Vermögenswerte	750
51. Julius Raab und seine Haltung in der Modellfall-Frage	756

52. Partielle Bestätigung der Befürchtungen Adenauers durch eine „Blitzumfrage“ des Allensbacher Instituts für Demoskopie	769
53. Antoine Pinay glaubt nicht an die Freigabe der DDR durch die UdSSR, das Verhältnis zu Regierungschef Edgar Faure und der Besuch bei Adenauer in Bonn	775
54. Die Londoner Expertengespräche für eine Vierer-Gipfel-Konferenz und US-amerikanische Haltungen zur Neutralität Deutschlands und Westeuropas	780
55. Im Vorfeld der Staatsvertragsunterzeichnung: Der Übergang vom Besatzungsstatut zur (Schein-)Souveränität der Bundesrepublik	788
56. Französisch-russische Annäherung und Kooperation: Botschafter-, Außenministerkonferenz und Staatsvertragsunterzeichnung in Wien	800
57. Schweizer, exilungarische, italienische und belgische Reaktionen – Nachfragen im US-Senat und Präzedenzfall-Furcht vor einem deutschen Neutralismus	820
58. Enttäuschung in deutschnationalen Kreisen der Bundesrepublik, „Martinus Steckenpferd“, das US-Presseecho und SPÖ-Reaktionen auf den Staatsvertragsabschluss	839
59. Die Gründung des Warschauer Paktes, die ostdeutsche Rezeption der „Österreichlösung“ und der Aufbau paramilitärischer Strukturen in der DDR	846
60. Abberufung Mueller-Graafs und Verstimmung wegen des „deutschen Eigentums“ – Krisenlösung im Lichte der Anerkennungsfrage der DDR und des Brentano-Besuchs	858
61. Die Debatte um einen neutralen Staatengürtel in Europa und Verunsicherung im Westen wegen der Vorstellung eines Österreich-Modells für Deutschland	879
62. Die sowjetische „Pilgerfahrt“ nach Belgrad	902
63. „Probleme und Politik eines wiedervereinten und neutralisierten Deutschlands“ – ein bemerkenswertes Memorandum des State Department-Geheimdienstes	912
64. Die SPD nutzt das Österreich-Modell trotz Eisenhowers Empfehlung nicht zu einer wirksameren Opposition gegen die Zementierung der Westintegration	931
65. Vorgeschichte und Verlauf des Vier-Mächte-Gipfels – Zufriedenheit im Westen, Bestätigung für die SPD und Bonner Unbehagen über den „Geist von Genf“	950
66. Kontrastprogramm zu Österreich: Adenauers erzwungener Besuch in Moskau ohne aktive Deutschlandpolitik, die SPD-Vorhersage trifft zu und der Fall Paul Sethe	988
67. Macmillan befürwortet eine Österreich-Garantie, Bedenken wegen unilateraler Interventionsmöglichkeiten der Sowjetunion und das Ende einer Debatte	1034
68. Vorfeld und Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz: Fortsetzung der Westintegration, der Europarat, Status quo in der Deutschlandfrage und Anerkennung der Realitäten durch die SPD	1052

69.	Die ernüchternden Genfer Nachklänge und Adenauers Ablehnung einer handlungsfreien gesamtdeutschen Regierung aus Angst vor den Deutschen	1074
70.	Österreich geistig nicht neutral, sondern westorientiert: Aufrollen der Südtirolfrage, Aufnahme in die UNO und erste Schritte in Richtung institutionalisiertes Europa	1096
VI.	Zusammenfassung und Ausblick auf die folgenden Jahrzehnte	1111
1.	Fragen der Modellfall-Debatte	1113
2.	Zur möglichen und tabuisierten Vergleichbarkeit von Österreich- und Deutschlandfrage sowie ihren Lösungsversuchen	1115
3.	Österreich im Schlepptau der Deutschlandpolitik der Mächte in den Jahren der Ungewissheit 1952–1954	1122
4.	Die Kontroversen um die sowjetische Deutschland- und Österreichpolitik 1952–1955	1126
5.	Von der frühen Befürwortung der Neutralität zur Selbsteindämmung statt „Neutralisierung“ Deutschlands: Adenauers Schlüsselrolle im westlichen Entscheidungskontext	1146
6.	Österreich – in allem und jedem ein Modellfall?	1175
7.	Raab war kein Adenauer – Schärf gegen die SPD-Kritik an Adenauers Westkurs	1177
8.	Verzögerte Entscheidung über den tatsächlichen Status Österreichs 1956	1183
9.	Der Plan von Raab und dessen anhaltende Neigung zur Lösung der Deutschlandfrage 1955–1958	1187
10.	Coudenhove-Kalergis Kritik – Retrospektive Reflexionen von Konrad Adenauer und Bruno Kreisky sowie Norbert Bischoff und Hans Kroll 1958/59–1961	1201
11.	Bruno Kreisky als Kronzeuge für die Unanwendbarkeit des Modells und seine Einschätzung zur deutschen Frage – Ausblick auf die 1980er- und 1990er-Jahre	1220
12.	Fazit	1231
	Abkürzungsverzeichnis	1243
	Archiv- und Quellenverzeichnis	1249
	Literaturverzeichnis	1261
	Chronologie zur Geschichte Deutschlands und Österreichs 1943/45–1955	1293
	Personenregister	1371

Chronologie zur Geschichte Deutschlands und Österreichs 1943/45–1955¹

1943

18.10.–30.10.1943:

Konferenz der Außenminister der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens in Moskau; Einsetzung einer „Europäischen Beratenden Kommission“ („European Advisory Commission“) mit Sitz in London

30.10./1.11.1943:

Die Moskauer Deklaration der Außenminister Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten („Moskauer Erklärung“) über Österreich wird anlässlich des Abschlusses der Außenministerkonferenz in Moskau kundgemacht: der „Anschluss“ gilt als „null und nichtig“, die Befreiung des Landes und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs werden als Ziele von der Anti-Hitler-Koalition propagiert, gleichzeitig aber auf die Verantwortung Österreichs für die Teilnahme am Kriege Hitlers hingewiesen, woraus sich ein eigener Beitrag zur Befreiung ergebe; Beschlussfassung am 30.10., Verlautbarung am 1.11.1943).

16.11.1943:

Erklärung des Französischen Komitees der Nationalen Befreiung in Algier über die Unabhängigkeit Österreichs

1944

12.9.–14.11.1944:

Die Europäische Beratende Kommission tagt in London und beschließt die Aufteilung Deutschlands in Zonen und Großberlins in Sektoren und Errichtung eines Kontrollsystems mit einem Alliierten Kontrollrat.

1945

27.1.1945:

Das Konzentrations- und Massentötungslager Auschwitz wird von der Roten Armee befreit. Über eine Million Menschen, darunter v. a. Juden und Jüdinnen, fanden darin den Tod.

¹ Zahlreiche Informationen entstammen einer Aufstellung „Die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag“ aus dem Österreichischen Staatsarchiv, AdR, BKA/AA, II-pol, einer „Chronologie der wichtigsten Österreich betreffenden Daten vom März 1945 bis Februar 1955“ aus dem Nachlass Friedrich Funder im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, eigens ermittelten Daten aus diversen Archiven sowie aus der relevanten Literatur.

4.–11.2.1945:

Die Konferenz der „Großen Drei“ (Winston S. Churchill, Franklin Delano Roosevelt, Josef W. Stalin) von Jalta auf der Krim findet statt.

13./14.2.1945:

Das mit Flüchtlingen überfüllte Dresden wird durch einen alliierten Luftangriff mit zehntausenden Todesopfern schwer zerstört.

22.3.1945:

Durch ein alliiertes Flächenbombardement wird Hildesheim zu 80–90% zerstört.

28.3.1945:

Truppen der sowjetischen Armee überschreiten bei Güns, südöstlich von Wien, die ungarisch-österreichische Grenze.

7.4.1945:

Truppen der Roten Armee befinden sich in den südlichen und westlichen Vorbezirken Wiens.

21.4.1945:

Karl Renner, der sich in Gloggnitz aufgehalten hatte, trifft in Wien ein, wo er erste Besprechungen mit Vertrauensmännern der ÖVP, SPÖ und KPÖ aufnimmt.

25.4.1945:

Amerikanische und sowjetische Soldaten treffen in Torgau an der Elbe zusammen.

27.4.1945:

Eine provisorische Staatsregierung unter Staatskanzler Karl Renner konstituiert sich in Wien. Es erfolgt eine Proklamation der Vorstände der politischen Parteien über die Wiederherstellung der Republik Österreich und die Einsetzung einer provisorischen Staatsregierung unter Renner; der Regierung gehören Sozialisten (u. a. Adolf Schärf), Christliche Demokraten (Leopold Kunschak) und Kommunisten (Johann Koplenig) an.²

30.4.1945:

Adolf Hitler begeht im Führerbunker in Berlin Selbstmord. Großadmiral Dönitz bildet eine neue deutsche Regierung in Flensburg.

1.5.1945:

Die provisorische österreichische Staatsregierung beschließt ein Verfassungsgesetz über das neuerliche Wirksamwerden der österreichischen Bundesverfassung vom 1.10.1920 in der Fassung vom 7.12.1929.

2.5.1945:

Kapitulation Berlins

² Eva-Marie Csáky, Der Weg zur Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955 (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen 10), Wien 1980, S. 36–41.

3.5.1945:

Einheiten der 103. US-Infanterie-Division der 7. Armee erreichen zwischen 19 und 20 Uhr das selbst befreite Innsbruck und werden dort mit rot-weiß-roten Fahnen empfangen; gegen 14 Uhr hatten Karl Gruber, Anton Hradetzky, Eduard Reut-Nicolussi, Friedrich Würthle, Franz Hüttenberger, Karl Höflinger, Eduard Grünwald, Hans Gamper, Stephan Zechner und Anton Schuler das von den Nationalsozialisten geräumte Landhaus besetzt. Die einrückenden US-Truppen werden von Reut-Nicolussi, der auf Englisch eine kurze Absprache hält, begrüßt.

4.5.1945:

Der Exekutiv- bzw. Ordnungsausschuss der „Österreichischen Widerstandsbewegung“ tritt in Innsbruck zu einer ersten Sitzung zusammen; Gruber leitet den Vorsitz; die *Tiroler Nachrichten* fungieren als erstes Presseergebnis nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Tirol,³ werden aber kurz darauf verboten.

5.5.1945:

Kapitulation der 19. deutschen Armee in Innsbruck

6.5.1945:

US-Truppen besetzen Linz und Steyr, während britische und amerikanische Truppen in Kärnten einziehen und erste französische Truppen den Arlberg überschreiten.

7.5.1945:

Generaloberst Alfred Jodl unterzeichnet in Reims die bedingungslose Kapitulation.

8.–9.5.1945:

Kapitulation der Deutschen Wehrmacht durch Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel in Berlin-Karlshorst; die Gesamtkapitulation tritt um 0 Uhr 01 in Kraft. Damit verbunden ist das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa; Berlin wird in vier Sektoren, d. h. in einen amerikanischen, britischen und französischen Sektor im Westteil und einem sowjetischen Sektor im Ostteil der Stadt geteilt; die Südtiroler Volkspartei (SVP) verkündet ihr Programm und das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol.

23.5.1945:

Die Regierung Karl Dönitz wird in Flensburg verhaftet; Karl Gruber wird nach Aufgabe seiner Agenden als Chef der Widerstandsbewegung von der US-Besatzungsmacht als Landeshauptmann von Tirol bestätigt und offiziell anerkannt.

26.5.1945:

Gründung der Vereinten Nationen/United Nations Organization (VN, UNO) in San Francisco

28.5.1945:

Die US-Militärregierung setzt eine vorläufige Landesregierung in Bayern unter Ministerpräsident Fritz Schäffer ein.

³ „Die Befreiung unserer Heimat Tirol“, in: *Tiroler Nachrichten*, 4.5.1945.

5.6.1945:

Die Siegermächte übernehmen die „oberste Regierungsgewalt“ in Deutschland mit Fraternisierungsverboten in den Westzonen und Fraternisierungserlaubnis in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands.

9./10.6.1945:

Bildung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in der SBZ Deutschlands, die als erste Militäradministration Parteien und Gewerkschaften zulässt.

11.6.1945:

Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der SBZ Deutschlands

15.6.1945:

Gründung der SPD in Berlin mit dem Zentralausschuss-Vorsitzenden Otto Grotewohl

1.7.–4.7.1945:

Beginn der Salzburger Festspiele; die westlichen Siegermächte ziehen ihre Truppen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg ab, worauf die Rote Armee nachrückt – im Gegenzug besetzen Amerikaner und Briten die Westzonen Berlins – die Franzosen folgen am 15.8.

4.7.1945:

Paraphierung des Abkommens zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreich über die Alliierte Kontrolle in Österreich („Erstes Kontrollabkommen“) in der Europäischen Beratenden Kommission in London⁴

6.7.1945:

US-Truppen verlassen Tirol und französische Verbände rücken nach.

8.7.1945:

Erste Besprechung der Ländervertreter Tirols und Salzburgs

9.7.1945:

In der SBZ Deutschlands werden fünf Länder errichtet; Paraphierung des Abkommens der European Advisory Commission (EAC) in London zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreich, betreffend die Besatzungszonen in Österreich und die Verwaltung der Stadt Wien („Zonenabkommen“) in London

11.7.1945:

Erste Sitzung der Alliierten Kommandantura und Beginn der Vier-Mächte-Verwaltung in Berlin

14.7.1945:

KPD, SPD, CDU und LDPD der SBZ müssen sich im „Block antifaschistischer-demokratischer Parteien“ zusammenschließen.

⁴ Csáky, Der Weg, S. 42–44.

16.7.1945:

Erster erfolgreicher Atombombenversuch im US-Staat New Mexico

17.7.–2.8.1945:

Potsdamer Drei-Mächte-Konferenz: Harry S. Truman (USA), Josef W. Stalin (UdSSR) und Winston Churchill bzw. Clement Attlee (Großbritannien) fassen die Potsdamer Beschlüsse mit gemeinsamen Richtlinien für Deutschland: Dezentralisierung, Dekartellisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Reparationsentnahmen in jeder Zone, Belassung Deutschlands als „wirtschaftliche Einheit“ mit zentralen Verwaltungsstellen, Transfer der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten auf „humane Weise“ in den Westen; Verzicht auf österreichische Reparationen, aber Anspruch der Besatzungsmächte auf das „deutsches Eigentum“ (im Ausland) als Kriegsbeute; es erfolgt keine genaue Definition, was unter „deutschem Eigentum“ verstanden wird, was folglich zahlreiche Komplikationen mit sich bringt.⁵

18.7.1945:

Eintreffen der französischen Streitkräfte unter Führung von General Marie Émile Antoine Béthouart in Tirol

24.7.1945:

Abzug der sowjetischen Truppen aus der Steiermark und Einzug der britischen Truppen in Graz

27.7.1945:

In der SBZ Deutschlands werden 11 deutsche Zentralverwaltungen errichtet.

29.7.1945:

Erste ÖVP-Länderkonferenz in Salzburg

30.7.1945:

Erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin

6.8.1945:

Amerikanischer Atombombenabwurf auf Hiroshima mit 70.000 Toten und 130.000 Schwerverwundeten

9.8.1945:

Deklaration der vier Besatzungsmächte über die Zukunft Österreichs: Aufteilung in vier Besatzungszonen; Wien wird in vier Zonen geteilt und der erste Bezirk als gemeinsames Verwaltungsgebiet (internationaler Sektor) aller vier Besatzungsmächte erklärt; zweiter amerikanischer Atombombenabwurf auf Nagasaki mit 20.000 bis 40.000 Toten und 50.000 Schwerverwundeten; die UdSSR erklärt Japan den Krieg.

19.8.1945:

Zweite ÖVP-Vorkonferenz in Salzburg

⁵ Ebd., S. 46 f.

22.8.1945:

Mit einstimmigen Beschluss des Rates der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) wird Österreich als „befreites Land“ in die Hilfsaktion der UNO einbezogen.

25.8.–10.9.1945:

Erstes „Forum Alpbach“ (zunächst „Österreichisches College“) in Tirol

28.8.1945

Zulassung von Parteien in der US-amerikanischen Zone Deutschlands

29.8.1945:

Durch Verfassungsgesetz wird die Aufteilung des Burgenlandes durch das Dritte Reich wieder aufgehoben und das Gebiet wieder zu einem selbständigen Bundesland erklärt.

1.9.1945:

Die Truppen der alliierten Besatzungsmächte übernehmen die vier Besatzungszonen in Wien; bis zum 1.9. war ganz Wien nur von Truppen der Sowjetarmee besetzt.

2.9.1945:

Definitive Kapitulation Japans

3.9.1945:

Beginn von Bodenreformen in der SBZ Deutschlands

4.9.1945:

Großkundgebung für Südtirol in Innsbruck am Rennweg vor dem Stadttheater vor 36.000 Zuhörern

5.9.1945:

Entschließung der Provisorischen Staatsregierung Renner betreffend die Rückgliederung Südtirols an Österreich⁶

11.9.1945:

Alliiertes Rat für Österreich tritt zum ersten Mal zusammen: Anerkennung der Grundsätze der Moskauer Deklaration und der drei politischen Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ)⁷

11.9.–2.10.1945:

Außenministerkonferenz der vier Großmächte in London über die Deutschlandfrage, Frankreich fordert die Abtretung des Ruhrgebiets und der Rheinlande von Deutschland; eine Rückkehr Südtirols zu Österreich wird ausgeschlossen und die Brennergrenze als unveränderbar betrachtet, lediglich kleinere Grenzberichtigungen („minor rectifications“) seien zulässig (14.9.1945).

⁶ Ebd., S. 48 f.

⁷ Ebd., S. 50.

19.9.1945:

Gründung der Länder Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen in der US-Zone Deutschlands

24.9.1945:

Die österr. Regierung beschließt ein Verfassungsgesetz über das Verfahren vor dem Volksgericht und den Verfall des Vermögens von durch dieses Gericht Verurteilten (Volksgerichte wurden zur Aburteilung von Kriegsverbrechern eingerichtet).

24.–26.9.1945:

Im niederösterreichischen Landhaus findet die erste Länderkonferenz Österreichs statt und die provisorische Staatsregierung Renner wird durch Mitglieder aus den westlichen Bundesländern erweitert.⁸

1.10.1945:

Im Alliierten Kontrollrat in Berlin legt Frankreich Veto gegen die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen ein; der Postverkehr in ganz Österreich wird wieder aufgenommen.

5.–7.10.1945:

SPD-Konferenz in Wennigsen/Hannover

6.10.1945:

Die britische Militärverwaltung entlässt Konrad Adenauer als Oberbürgermeister von Köln angeblich wegen Versagens bei der Beseitigung des Bombenschutts.

8.10.1945:

Eine viersprachige Identitätskarte wird für alle Österreicher eingeführt.

9.–10.10.1945:

Zweite Länderkonferenz in Wien: Alle ehemaligen Angehörigen der NSDAP, der SA und der SS sind vom Wahlrecht ausgeschlossen; Gruber, der diese Linie ablehnt, verliert dazu eine Resolution.⁹

12.10.1945:

Wiedererrichtung des österreichischen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshofs und des Staatsrechnungshofes

20.10.1945:

Anerkennung der provisorischen Regierung Renner durch alle vier Besatzungsmächte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf ganz Österreich

25.10.1945:

Dritte Länderkonferenz in Wien: die Sicherung der Volksernährung, Regelung der Flüchtlingsfrage und Novellierung des Verbotsgesetzes vom 8.5.1945 stehen im Mittelpunkt.

⁸ Ebd., S. 52 f.

⁹ Josef Kocensky (Hrsg.), Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945–1955, Wien–München 1970, (4. Auflage) 1984, S. 115 f.

5.11.1945:

Memorandum der österreichischen Regierung betreffend Südtirol

20.11.1945:

Verlegung des Kriegsverbrecherprozesses von Berlin nach Nürnberg; der Alliierte Kontrollrat einigt sich auf einen Plan zur Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen in die vier Besatzungszonen Deutschlands, wovon 6,65 Millionen Personen betroffen sind.

25.11.1945:

Durchführung der ersten Nationalratswahlen in Österreich:

Die ÖVP erhält 85, die SPÖ 76, die KPÖ 4 und die Demokratische Partei keine Mandate.

28.11.1945:

Rücktritt der provisorischen Staatsregierung Renner

12.–15.12.1945:

Österreichisch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen Wien–Prag; nach ersten ergebnislosen Vorverhandlungen wird mit der ČSR der erste Handelsvertrag auf Kompensationsbasis abgeschlossen.

13.–20.12.1945:

Durchführung der ersten Währungsreform in der Zweiten Republik: Reichsmarknoten und Alliierte Militärschillinge werden pro Kopf der Bevölkerung bis zu 150 Reichsmark in Schillingnoten im Verhältnis 1:1 umgetauscht und das übrige Bargeld gesperrt; alle bis April 1945 vorhandenen Konten unterliegen einer 60%igen Sperre.

16.–26.12.1945:

Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR in Moskau (James F. Byrnes, Ernest Bevin, Wjatscheslaw Molotow)

18.12.1945:

Die aufgrund der Nationalratswahlen vom 25.11. gebildete Regierung unter Bundeskanzler Leopold Figl wird vom Alliierten Rat anerkannt.

19.12.1945:

Konstituierung des österreichischen Nationalrates

20.12.1945:

Karl Renner wird durch die Bundesversammlung einstimmig von der Nationalversammlung zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt; Bestellung der österreichischen Bundesregierung unter Leopold Figl

21.12.1945:

Entschließung des Nationalrats betreffend Südtirol¹⁰

¹⁰ Csáky, Der Weg, S. 61.

1946

6.1.1946:

Übergabe der Kronjuwelen und der Reichskleinodien seitens des US-Hochkommissars Mark W. Clark an Bundeskanzler Leopold Figl aus der Nähe von Nürnberg in die Obhut Österreichs

8.1.1946:

Gründung der CSU in Bayern

10.1.1946:

Gründung der „Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen“

22.1.1946:

Erteilung der Agreements für diplomatische Vertreter Österreichs bei den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs; Konrad Adenauer wird zum CDU-Vorsitzenden in der britischen Besatzungszone Deutschlands gewählt.

2.2.1946:

Übermittlung eines „Vorentwurfs“ für einen Vertrag „zur Wiederherstellung“ der Rechtsstellung Österreichs von Karl Gruber an den britischen Vertreter William Mack und den US-Vertreter John J. Erhardt

14.2.1946:

Theodor Körner wird Bürgermeister von Wien.

5.3.1946:

Oppositionsführer Winston Churchill spricht in einer Rede in Fulton/Missouri von einem „Eisernen Vorhang“ von Stettin bis Triest in Europa und warnt vor der expansiven Politik der Sowjetunion; in der US-Zone Deutschlands tritt das Gesetz zur „Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ in Kraft. Die Entnazifizierung wird deutschen Behörden übertragen.

7.3.1946:

Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der SBZ Deutschlands unter Vorsitz von Erich Honecker

8.3.1946:

Ankunft der ersten Lebensmittelsendung der UNRRA

17.3.1946:

Ein Ministerausschuss der britischen Regierung (Premier Clement Attlee, Außenminister Ernest Bevin, Finanzminister Hugh Dalton) entscheidet sich für die Internationalisierung der Ruhrindustrie unter Einbeziehung der UdSSR.

18.3.1946:

Infolge Verzögerungen der UNRRA-Hilfslieferungen müssen die Lebensmittelrationen für die Normalverbraucher in Österreich von 1.550 auf 1.200 Tageskalorien reduziert werden.

23.3.1946:

Wiederaufnahme des Fernsprechverkehrs Österreich–Frankreich

26.3.1946:

Der Alliierte Kontrollrat beschließt die Reduzierung der deutschen Industrie auf 50–55% der Vorkriegszeit und die Verminderung der Rohstahlproduktion auf 5,8 Millionen Tonnen.

31.3.1946:

Die SPD-Mitglieder Westberlins lehnen in einer Urabstimmung die Vereinigung von SPD und KPD ab.

5.4.1946:

Feierliche Unterzeichnung des UNRRA-Vertrages durch Außenminister Karl Gruber und den Leiter der österreichischen UNRRA-Büros General Parminter im Bundeskanzleramt¹¹

10.4.1946:

Wiedereinführung eines beschränkten Postpaketverkehrs im österr. Inland

12.4.1946:

Der formell noch bestehende Völkerbund lädt Österreich ein, als Beobachter an der gegenwärtigen Tagung teilzunehmen¹²; geheimes Memorandum von Karl Gruber (ohne Namensnennung) betreffend die „Bozner Lösung“ der Südtirolerfrage an William Mack (UK): Südtirol einschließlich Bozens, aber ohne die Industriezone, soll zu Österreich kommen.¹³

15.4.1946:

Das britische Außenamt beschließt einen neuen Ruhrplan, verbunden mit einem Verzicht auf eine Internationalisierung der Ruhr. Die Industrie soll deutsch bleiben, aus sicherheitspolitischen Gründen aber sozialisiert, d. h. in öffentlichen Besitz überführt werden. Dafür soll ein neues Land gegründet werden. Zwei Tage später billigt das Kabinett Attlee die Gründung eines Landes Nordrhein-Westfalen.

17.4.1946:

Wiederaufnahme des Briefpostverkehrs Österreichs mit Deutschland

20.4.1946:

Memorandum der österreichischen Bundesregierung über Südtirol an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen¹⁴

22.4.1946:

Südtirol-Kundgebung in Innsbruck für die Wiedervereinigung mit dem südlichen Landesteil: 155.000 Unterschriften wurden gesammelt, was die Siegermächte ignorieren.

¹¹ Kocensky, Dokumentation, S. 14.

¹² Csáky, Der Weg, S. 72.

¹³ Rolf Steininger, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/1946 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987, S. 255–258.

¹⁴ Csáky, Der Weg, S. 72–76.

25.4.–12.7.1946:

Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Paris zur Vorberatung der Friedensverträge mit den „Satellitenstaaten“ des Deutschen Reiches (Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien, Ungarn); auf dieser Konferenz fordert Österreich neuerlich die Rückgliederung Südtirols und schlägt eine Volksabstimmung vor; der sowjetische Außenminister fordert 10 Milliarden Dollar Reparationen von Deutschland, eine Vier-Mächte-Kontrolle des Ruhrgebiets und die Einhaltung des Potsdamer Abkommens, der französische Außenminister Georges Bidault lehnt deutsche Zentralverwaltungen ab und fordert die Abtretung des Ruhrgebiets, der Rheinlande und der Saar. Der britische Außenminister Ernest Bevin und sein US-Amtskollege James F. Byrnes lehnen die französischen und sowjetischen Vorschläge ab und vereinbaren die Zusammenlegung ihrer Zonen in Deutschland.

30.4.1946:

Memorandum der österreichischen Bundesregierung betreffend die Südtirolfrage an die UNO zu Beginn der Pariser Außenministerkonferenz; zu diesem Zeitpunkt wird in Österreich erst bekannt, dass die Außenminister im September 1945 in London bereits für einen Verbleib Südtirols bei Italien votiert hatten.

1.5.1946:

Außenminister Karl Gruber macht der Presse Mitteilung über ein Memorandum, welches allen Regierungen übermittelt wurde, welche den UN angehören¹⁵; die Außenminister bestätigen: Südtirol bleibt bei Italien; das von Österreich geforderte Plebiszit wird abgelehnt, dagegen aber die Möglichkeit der „minor rectifications“ angedeutet; in Folge kommt es am 2.5. zum Generalstreik in Tirol.

3.5.1946:

Der stellvertretende US-Militärgouverneur General Lucius D. Clay stoppt die Reparationslieferungen aus der US-Zone Deutschlands. Frankreich und die UdSSR sollen gezwungen werden, Deutschland gemäß des Potsdamer Abkommens als „wirtschaftliche Einheit“ zu behandeln.

9.5.–11.5.1946:

Erster Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover: Kurt Schumacher wird erster Vorsitzender.

11.5.1946:

Österreichische Note in Sachen Südtirol an den Außenministerrat zur „Pustertal-lösung“ als „kleinere Grenzberichtigung“¹⁶

14.5.1946:

Massenkundgebung für Südtirol auf dem Wiener Rathausplatz

¹⁵ Inhalt des Memorandums vgl. Kocensky, Dokumentation, S. 190 ff.

¹⁶ Ebd., S. 271–273.

20.5.1946:

Welternährungskonferenz in Washington mit einem ständigen Ratssitz für Österreich

23.5.1946:

Stellungnahme Ernest Bevins zur Südtirolfrage im britischen Unterhaus: es sei keine rein ethnische Frage, wirtschaftliche Faktoren gelte es zu berücksichtigen, die Frage des Selbstbestimmungsrechtes sei auf bestimmte Gebiete in Europa schwer anzuwenden.¹⁷

30.5.1946:

Rede Grubers im Außenministerrat der Pariser Konferenz; Forderung nach dem Pustertal als „kleinere Grenzberichtigung“; eine Rechtsverwahrung hinsichtlich der Selbstbestimmung von Südtirol wird eingebracht, wobei Gruber betont, dass Österreich „auf jeden Fall“ beabsichtigt, „zu einem späteren Zeitpunkt das Thema Volksentscheid in Südtirol vor einem zuständigen, internationalen Gremium aufzuwerfen“;¹⁸ die Entscheidung der Alliierten, dass Österreich Südtirol nicht erhalten werde (14.9.1945), wird erneut festgeschrieben.

1.6.1946:

Außenminister Gruber in London, wo er vor den stellvertretenden Außenministern der vier Großmächte die Ansprüche Österreichs auf Südtirol vertritt; auf einer Pressekonferenz erklärt Gruber, Österreich hoffe, „ein Land des Friedens wie die Schweiz zu werden“.¹⁹

5.6.1946:

Churchills Rede im Unterhaus für die Rückgliederung Südtirols zu Österreich

15.6.–13.7.1946:

Fortsetzung der Londoner Konferenz (vom 25. April–16. Mai 1946) in Paris; der Anspruch Österreichs auf Südtirol wird neuerdings abgelehnt; Versuche, den Staatsvertrag in Verhandlung zu bringen, werden infolge interalliierteter Differenzen fallengelassen.

21.6.1946:

Ein britischer Ministerausschuss billigt die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalens.

24.6.1946:

Der Außenministerrat lehnt die Pustertallösung als „kleinere Grenzberichtigung“ ab; Gruber befindet sich in „tiefer Depression“.²⁰

¹⁷ Kocensky, Dokumentation, S. 193.

¹⁸ ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol, Südtirol, Karton 9; KGA, Karton 2, Manuskript 7 S.(englische Fassung u. dt. Übersetzung); Steininger, Los von Rom?, S. 74 f.

¹⁹ Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität, 3. Auflage, Graz–Wien–Köln 1985, S. 101.

²⁰ Steininger, Los von Rom?, S. 79–87, hier S. 88.

28.6.1946:

Zweites Kontrollabkommen für Österreich (Rechte und Pflichten des Alliierten Rates und der Bundesregierung, garantiert deren Unabhängigkeit und Gebietshoheit; Verfassungsgesetze bedürfen der einstimmigen Genehmigung des Alliierten Rates, während die übrigen Gesetze bei mangelnder Stimmeneinheit nach 31 Tagen in Kraft gesetzt werden können; Ermächtigung Österreichs, mit allen Regierungen der Vereinten Nationen diplomatische und konsularische Beziehungen einzugehen).²¹

30.6.1946:

Auf Veranlassung der SMAD in der SBZ wird die Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland gesichert. Der Kontrollrat sperrt auf Verlangen der SMAD die Zonengrenze. Ein Interzonenpass wird eingeführt.

5.7.1946:

Der sowjetische Oberbefehlshaber in Österreich Generaloberst Wladimir Kurasow verlautbart den Befehl zur Übergabe des gesamten „deutschen Eigentums“ in der Sowjetzone an die Sowjetunion („Befehl Nr. 17“).²²

10.7.1946:

Die USA kündigen den Verzicht auf das „deutsche Eigentum“ in ihrer Zone in Österreich an.

25.7.1946:

Das britische Kabinett billigt die wirtschaftliche Zusammenlegung der britischen Zone mit der amerikanischen Zone in Deutschland. Frankreich und die UdSSR lehnen den Anschluss ihrer Zonen in Deutschland ab.

26.7.1946:

Beschluss des ersten Verstaatlichungsgesetzes durch den österr. Nationalrat

30.7.1946:

Dänische Hilfsaktion für österreichische Schulkinder

21.8.1946:

Österreichs Außenminister Karl Gruber vertritt auf der Pariser Friedenskonferenz (29.7.–15.10.) nochmals den Standpunkt Österreichs in der Frage Südtirols; er hält eine Rede vor der Vollversammlung der Pariser Außenministerkonferenz, die in Absprache mit Bundeskanzler Figl entworfen worden ist²³; ein der Konferenz vorgelegtes Südtirol-Memorandum Österreichs ändert nichts an dem Standpunkt der alliierten Außenminister, das Unrecht der Abtrennung Südtirols von Österreich von 1919 nicht wiedergutzumachen und Südtirol bei Italien zu belassen.

²¹ Csáky, Der Weg, S. 83.

²² Ebd., S. 99 f.

²³ ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol Südtirol, Zl. 110.985-pol/46, Karton 4, Manuskript 7 S.; ÖStA, AdR, BKA/AA, KdM, Zl. 711-K/46, Karton 4, 7 S.; KGA, Karton 2, Manuskript 11 S.; TLA, Akten des Landeshauptmannes, Landesstelle für Südtirol, VIII k, Fasz. 3, Pos. 19, Fol. 144–151; Auszug in: Kocensky, Dokumentation, S. 203.

26.8.1946:

Memorandum der österreichischen Regierung mit einem Vorschlag zur Abänderung des Artikels 10 des italienischen Friedensvertragsentwurfs; die Südtiroler Delegation bringt ihr Missfallen zum Ausdruck, dass „vorzeitig alle Karten aufgedeckt werden“.²⁴

30.8.1946:

In der französischen Zone Deutschlands wird das Land Rheinland-Pfalz gegründet.

2.9.1946:

Der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi erklärt, dass die Autonomie Südtirols das ethnische Problem dieser Region nicht lösen könne, wenn sie sich nicht auch auf das Trentino beziehe.²⁵

5.9.1946:

Die Militärgouverneure der britischen und amerikanischen Zone in Deutschland unterzeichnen ein Verwaltungsabkommen zur Bildung von fünf zentralen Verwaltungsstellen der Bizone (Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft, Verkehr, Post und Finanzen); Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Alcide De Gasperi und Karl Gruber, die als Pariser Abkommen im Artikel 10 Bestandteil des italienischen Friedensvertrags werden und Rechte der Südtiroler sichern soll: Mit diesem als „Pariser Vertrag“ in die Geschichte eingehenden Abkommen wurde den deutschsprachigen Südtirolern Gleichberechtigung mit den Italienern und ein bestimmtes Maß an Autonomie zugesprochen;²⁶ die Friedenskonferenz gibt diesem Abkommen am 21.9. ihre Zustimmung.

6.9.1946:

Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes kritisiert in Stuttgart in einer Rede die französische und sowjetische Deutschlandpolitik und kündigt das Zusammengehen von britischer und amerikanischer Zone an. Byrnes schwebt für das zukünftige Deutschland eine Neutralisierung vor.

19.9.1946:

Im Münsterhof der Universität Zürich hält Winston S. Churchill eine Rede, in der u. a. die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ und die Bildung eines Europarates fordert.

30.9./1.10.1946:

Urteilsverkündungen im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess: 12 Todesurteile, sieben (teilweise lebenslange Freiheitsstrafen), drei Freisprüche. Die Führung der NSDAP, die Gestapo, der Sicherheitsdienst und die SS werden zu „verbrecherischen Organisationen“ erklärt, die Deutsche Wehrmacht hingegen davon ausgenommen.

²⁴ Kocensky, Dokumentation, S. 204.

²⁵ Ebd., S. 204.

²⁶ Karl Gruber, Die Südtirol-Verhandlungen in Paris 1946. Erinnerungen aus Anlaß einer historischen Katzenmusik, in: *Die Presse*, 20./21.8.1966, S. 5.

1.10.1946:

Bericht Grubers vor dem österreichischen Ministerrat bzw. vor dem Außenausschuss des Nationalrats über die Pariser Konferenz und den Stand der Südtirolfrage, in dem er ausdrücklich betont, dass Österreich nicht auf Südtirol verzichtet habe.²⁷

6.10.1946:

Die Zensur der Alliierten über österreichische Inlandspost wird aufgehoben.

20.10.1946:

Landtagswahlen in der SBZ Deutschlands und in allen Sektoren Berlins (mit getrennten Listen): die aus KPD und SPD (zwangs-)vereinte SED erringt in der SBZ 43,5% bis 49,1% der Stimmen, in Groß-Berlin, wo alle Parteien zugelassen waren, lediglich 19,8%, die SPD dagegen 48,7%, die CDU 22,2% und die LDPD 9,3%.

29.10.1946:

Die Reise zwischen den Westzonen und der Ostzone Deutschlands ist nur noch mit einem 30 Tage gültigen Interzonenpass möglich.

4.11.–14.12.1946:

Außenministerkonferenz in New York: der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow weigert sich, die Deutschlandfrage zu behandeln; die Verhandlungen der Friedensverträge mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänen und Ungarn werden abgeschlossen; die Sowjetunion erhält das Recht, in Ungarn und Rumänien ihre Streitkräfte zum Schutze der Verbindungslinien nach Österreich zu belassen; Verhandlungen über den Staatsvertrag sollen bei der nächsten Außenministerkonferenz in Moskau erfolgen.

10.11.1946:

Der Verpflegungssatz für Normalverbraucher wird in Österreich von 1.200 auf 1.550 Tageskalorien angehoben.

2.12.1946:

Byrnes und Bevin unterzeichnen in New York das Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenlegung ihrer Zonen zur „Bizone“.

3.12.1946:

Der Alliierte Rat setzt in Österreich die Besatzungskosten von bisher 30% des österreichischen Staatsbudgets auf 15% herab.

11.12.1946:

Österreich ist in der Kontrollkommission für den Freihafen Triest; Jugoslawien meldet territoriale Ansprüche auf Kärnten an.

22.12.1946:

Mit Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und der übrigen französischen Zone wird der wirtschaftliche Anschluss der Saar an Frankreich vollzogen; General Mark Clark ist Beauftragter des Außenministers Byrnes für den österreichischen Staatsvertrag, der am 14.1.1947 in London behandelt werden soll.

²⁷ Steininger, Los von Rom?, S. 348–354; Kocensky, Dokumentation, S. 209.

1947

1.1.1947:

Die britische und amerikanische Zone Deutschlands werden offiziell zur „Bizone“ zusammengeschlossen.

11.1.1947:

Einstellung des Personenverkehrs der Bundesbahnen in Österreich aufgrund Kohlenmangels

14.1.1947:

Appell der österreichischen Bundesregierung an die Bevölkerung, sich durch die Leiden und Not der Zeit nicht zermürben zu lassen

14.1.–25.2.1947:

Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London und der Sonderbeauftragten, Vorbereitung der Außenministerkonferenz für den März; Beginn der österreichischen Staatsvertragsverhandlungen:²⁸ die österreichische Delegation besteht aus Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP), Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), Außenminister Karl Gruber (ÖVP), Vinzenz Schumy (ÖVP), Ernst Koref (SPÖ), Ernst Fischer (KPÖ) und dem Kärntner Landeshauptmann Hans Piesch (SPÖ) und Landesrat Alois Karisch (ÖVP); in einem am 29.1. überreichten Memorandum sind in 21 Paragraphen und 12 Annexen die Bedingungen angeführt, die in einem Staatsvertrag berücksichtigt werden müssten; Figl begründet am 30.1. das Memorandum, Gruber spricht am 31.1. v. a. über das „deutsche Eigentum“ und über die Grenzfragen in Kärnten; Jugoslawien erhebt Anspruch auf ca. 2600 km² österreichischen Territoriums mit ca. 190.000 Einwohnern und 150 Millionen Dollar Reparationen, Forderungen, die vom Sowjetdelegierten unterstützt werden; bis auf 20 Artikel (allerdings wesentliche) werden die übrigen abgeschlossen.²⁹

15.1.1947:

Kanzler Leopold Figl gibt im Nationalrat ein 16 Punkte-Programm bekannt (u. a. Unabhängigkeit Österreichs in den Grenzen von 1937; Schutz durch die Vereinten Nationen als ehemals überfallenes Land; keine Gebietsabtretungen; demokratische Verfassung; Eintritt Österreichs in die Vereinten Nationen nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, Beendigung der Besatzung und Rückzug aller Streitkräfte, keine Reparationen)

16.1.1947:

Titel „Vertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ (kein Friedensvertrag), Trennung der österreichischen von der deutschen Frage; Widerlegung der jugoslawischen Gebietsansprüche (Verainigung des slowenischen Kärntens und der slowenischen Gebietsteile von der Steiermark im östlichen Österreich mit Klagenfurt und Villach), eine Serie end-

²⁸ Kocensky, Dokumentation, S. 362 ff.

²⁹ Ebd., S. 360–378.

loser Verhandlungen beginnt (mit dem Ende der 260. Sitzung am 9.2.1953); „Bericht u. a. über Aufbau und Ausbau des Auswärtigen Dienstes“ im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

18.1.1947:

Gespräch Karl Grubers mit Karl Renner über den sicherheitsrechtlichen Status Österreichs nach Abzug der Besatzungstruppen und einem Staatsvertrag („Sicherheitslücke“)³⁰

22.1.1947:

Neben jugoslawischen Gebietsforderungen werden von Belgrad 11 Milliarden 600 Millionen Dollar Wiedergutmachung verlangt.

31.1.1947:

Außenminister Karl Gruber im Kreuzverhör des sowjetischen Delegierten Fedor Gusew auf der Londoner Außenministerkonferenz³¹

10.2.1947:

Das als „europäische Lösung“ gedachte Gruber-De Gasperi-Abkommen wird im Annex IV des italienischen Friedensvertrages verankert, lässt sich in der Folgezeit jedoch nur eingeschränkt realisieren.

25.2.1947:

Der österreichische Ministerrat beschließt als Bundeshymne das Mozartlied mit dem Text der Dichterin Paula von Preradovic einzuführen.

4.3.1947:

Der Vertrag von Dünkirchen wird zwischen Großbritannien und Frankreich auf 50 Jahre gegen etwaige deutsche kriegerische Absichten geschlossen. Es ist ein Vorläufer des Brüsseler Vertrages (1948).

10.3.–24.4.1947:

Außenministerkonferenz in Moskau im Kulturhaus der Luftfahrtindustrie (George C. Marshall; Wjatscheslaw Molotow; Ernest Bevin, Georges Bidault); unter den österr. Teilnehmern sind Karl Gruber und Minister Peter Krauland vertreten; von 53 Artikeln wird außer der Präambel über 34 eine endgültige Einigung erzielt (z. B. „Anschlußverbot“, Aufstellung eines Bundesheers mit 53.000 Mann und 5.000 Mann Luftwaffenpersonal sowie 90 Flugzeuge; Befreiung von Reparationslasten), offen bleiben die Grenzen von vor 1938 und die Regelung des „deutsche Eigentums“.

12.3.1947:

Verkündung der US-amerikanischen Doktrin des „Containment“ (Eindämmung) des Kommunismus durch Präsident Harry S. Truman

³⁰ Stourzh, Staatsvertrag, S. 17 f.

³¹ Proceedings of the First Conference of the Deputies for Austria held at Lancaster House London 16th January to 25th February 1947. ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1947, Sitzungsprotokolle 1947–1949, Pol. Berichte A; Kocencsky, S. 369 f.; Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1955, S. 142 f.

18.4.1947:

Rede Grubers im Rat der Außenminister bei der Konferenz in Moskau

5.5.1947:

Demonstrationen vor dem Bundeskanzleramt in Wien und dem Sitz der Arbeiterkammer; die Demonstranten fordern Verhandlungen mit den Oststaaten und wollen das Bundeskanzleramt stürmen.³²

12.5.–11.10.1947:

Konferenz der Alliierten Kommission in Wien zur Klärung der offenen Fragen des Staatsvertrages unter besonderer Berücksichtigung des Problems des „deutschen Eigentums“ in Österreich. Nach 85 Sitzungen kommt die Kommission zu keinem positiven Ergebnis; am 8.10. legt der französische Delegierte Paul Chérière einen Plan vor, demzufolge die Sowjetunion 50% der Konzessionsrechte an der laufenden Erdölproduktion in Österreich zugesprochen und alle Anlagen und Schiffe der DDSG in Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie eine bestimmte Zahl von Schiffen bzw. Anlagen der DDSG in Österreich erhalten sollte. Der Rest an „deutschem Eigentum“ soll von Österreich mit einem Betrag von 100 Millionen Dollar, zahlbar in 10 Jahren, abgegolten werden.

29.5.1947:

Britisch-amerikanische Ankündigung zur Neugestaltung der Bizone Deutschlands: ein Wirtschaftsrat und ein Exekutivrat sollen für die Wirtschaftsverwaltung zuständig sein.

30.5.1947:

Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy unter kommunistischen Druck

5.6.1947:

US-Außenminister George C. Marshall hält an der Harvard University eine Rede und verkündet das Versprechen der USA zur Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft³³; zur gleichen Zeit trifft sich Bundeskanzler Figl mit dem Kommunisten Ernst Fischer in der Wohnung des ÖVP-Abgeordneten Rudolf Kristofics-Binder in Wien. Gesprächsgegenstand ist die Möglichkeit einer Regierungsumbildung. Die SPÖ ist von diesen Unterredungen nicht informiert und wird entsprechend heftig reagieren.³⁴

5.–8.6.1947:

Gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München, bei der sich die westdeutschen Länderchefs auf Anordnung der Besatzungsmächte weigern, das Thema

³² Karl Gruber, *Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich*, Wien 1953, S. 164 ff.

³³ *Europa Archiv* 2 (1947), S. 821; Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941–1955*, München (7. Auflage) 1989, S. 199 ff.; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984, S. 61 ff.

³⁴ Josef Leidenfrost, *Karl Gruber und die Westorientierung Österreichs nach 1945*, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost, *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949* (Innsbrucker Forschungen 4), Innsbruck 1988, S. 101–119.

„Einheit Deutschlands“ als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln und jeglichen Kompromiss mit ihren ostdeutschen Amtskollegen ablehnen, die daraufhin am 6.6. abreisen. Die Konferenz scheitert.

9.6.1947:

Der *Wiener Kurier*, das Blatt der amerikanischen Besatzungsmacht, enthüllt aufgrund von Informationen Grubers, der gleichermaßen als „Aufdecker“ fungiert, die vertraulichen Gespräche Figl-Fischer.³⁵

10.6.1947:

Das Abkommen über die Neuordnung der Bizone in Deutschlands (29.5.) tritt in Kraft. Der Bundesparteivorstand der ÖVP tagt im Zusammenhang mit den Figl-Fischer-Gesprächen.³⁶

14.6.1947:

Die SMAD errichtet eine „Deutsche Wirtschaftskommission“ mit fünf Zentralverwaltungen für Industrie, Verkehr, Handel und Versorgung, Land- und Forstwirtschaft; Rede Grubers im Wiener Radio:³⁷ ausgehend von den Figl-Fischer-Gesprächen seien bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion zwecklos, solange keine Zustimmung vom Westen vorhanden sei; Gruber spricht sich auch gegen Zugeständnisse bezüglich eines erweiterten Einflusses der KPÖ in der Regierung aus.

21.6.1947:

Verzicht der USA auf österreichische Beitragszahlungen zu den Besatzungskosten ab 1.7.1947

24.6.1947:

Gruber beauftragt den österreichischen Gesandten in Washington, Ludwig Kleinwächter, sich inoffiziell über den Marshall-Plan zu informieren.

25.6.1947:

Erste Sitzung des Wirtschaftsrats in Frankfurt/Main; Unterzeichnung eines Hilfsabkommens zwischen den USA und Österreich; die am 8.3.1946 angelaufene Hilfsaktion der UNRRA geht Mitte 1947 zu Ende; Österreich hat aus dieser Aktion Lieferungen im Wert von 137 Millionen Dollar erhalten; die USA erklärten sich bereit, Österreich lebenswichtige Güter zur Verfügung zu stellen, deren Verkaufswert die Bundesregierung für Wiederaufbauzwecke verwenden durfte. Die sowje-

³⁵ Adolf Schärf, *Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1955, 1960 (7. Auflage), S. 167–174; Karl Gruber, In Fischers Netzen, in: *Neues Forum*, XIII (Februar 1966), Heft 146, S. 91–98; ident mit Ders., *Zwischen Befreiung und Freiheit*, Wien ²1953, S. 164 ff.; Kocensky, *Dokumentation*, S. 267 ff.

³⁶ Schärf, *Österreichs Erneuerung*, S. 169 f.; Kocensky, *Dokumentation*, S. 267 ff.

³⁷ *Wiener Zeitung*, 15.6.1947; vgl. auch „Österreich wird frei werden“; „Es war unmöglich, die Unterredung Figl-Fischer der Weltöffentlichkeit vorzuenthalten“, in: *Neues Österreich*, 15.6.1947; „Niederlage der kommunistischen Taktik“, in: *Kleines Volksblatt*, 15.6.1947; Reinhold Wagnleitner, *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the U. S. Legation in Vienna 1945–1948* (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 4), Salzburg 1984, S. 217–223, 219; Gruber, *Befreiung*, S. 164–177.

tische Besatzungsmacht protestiert gegen dieses Abkommen als im Widerspruch zur Moskauer Deklaration stehend.³⁸

27.6.–2.7.1947:

Konferenz über das US-amerikanische Hilfsprogramm für Europa (Marshall-Plan) in Paris. Der sowjetische Außenminister Molotow lehnt den Plan ab und spricht sich auch gegen die Einbeziehung Deutschlands in das Wiederaufbauprogramm aus.

28.6.1947:

Der Ministerrat genehmigt Grubers Antrag, durch die Gesandtschaften bei den vier Außenministern das große Interesse Österreichs am Marshall-Plan zu bekunden.

2.7.1947:

Österreich stellt einen Antrag um Aufnahme in die Vereinten Nationen.³⁹

8.7.1947:

Der Ministerrat in Wien trifft eine einstimmige Entscheidung, dass Österreich an der Bildung der europäischen Marshall-Plan-Organisation teilnimmt.⁴⁰

10.7.1947:

Der sowjetische Hochkommissar General Kurassow greift im Alliierten Rat im Zusammenhang mit Österreichs Zusage am Marshall-Plan das „Relief-Abkommen“ an. Es ergeht eine Protestnote an die Bundesregierung.⁴¹

12.7.–22.9.1947:

Konferenz von 16 europäischen Staaten unter Beteiligung Österreichs zur Inangsetzung des Marshall-Plans; die Konferenz tagt, weil eine vom 27.6. bis 2.7.1947 abgehaltene Konferenz der Außenminister in der Frage des Marshall-Plans infolge Ablehnung der Sowjetunion (Molotow) ergebnislos abgebrochen worden war; die österreichische Delegation leitet Botschafter Alois Vollgruber; Gruber lässt am 12.7. wissen, dass es „mit Rücksicht auf die geographische Lage“ die Aufgabe Österreichs sei, „ausgleichend zwischen Ost und West zu wirken“.⁴²

15.7.1947:

Antwortnote Figls an Kurassow⁴³; Eine britische Hilfs- und Kreditaktion für Österreich im Umfang von 10 Millionen Pfund Sterling wird aktiviert.

16.7.1947:

Konstituierung des Committee of European Economic Cooperation (CEEC) in Paris; Österreich meldet einen Bedarf von 660 Millionen Dollar für 1948 an.

³⁸ Wilfried Mähr, *Der Marshallplan in Österreich*, Graz–Wien–Köln 1989, S. 41 ff.

³⁹ Csáky, *Der Weg*, S. 150.

⁴⁰ Stourzh, *Staatsvertrag*, S. 42; Csáky, *Der Weg*, S. 151; Mähr, *Marshallplan*, S. 86 f.; Manfred Rauchensteiner, *Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945–1966*, Wien 1987, S. 107 f.

⁴¹ Mähr, *Marshallplan*, S. 48; William Llyod Stearman, *Die Sowjetunion und Österreich 1945–1995. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen*, Bonn–Wien–Zürich 1962, S. 104.

⁴² Schreiben Zl. 136.796–W–pol/47. ÖStA, AdR, BKA/AA, W–pol 1947, Konvolut 13/9.

⁴³ Csáky, *Der Weg*, S. 151 ff.

1.8.1947:

1. Lohn- und Preisabkommen tritt in Kraft (Verhandlungen der Kammern der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Arbeiter und Angestellten).

22.8.–17.9.1947:

Zahlreiche Unterredungen Grubers auf der Pariser Konferenz

29.8.1947:

Veröffentlichung eines neuen Industriepfanes für die deutsche Bizone: Erhöhung der Rohstahlproduktion auf 10,7 Millionen Tonnen.

12.9.1947:

Ankunft des ersten österreichischen Heimkehrertransports aus der Sowjetunion

16.9.1947:

Formelle Beendigung des Kriegszustandes zwischen Österreich und Großbritannien⁴⁴

22.9.1947:

Maßnahmenkatalog der CEEC zur wirtschaftlichen Kooperation in Europa als Antwort auf die Rede Marshalls vom 5.6.

22.9.–27.9.1947:

Kommunistische Vertreter von überwiegend kommunistisch regierten Ländern (UdSSR, Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn) gründen unter Führung der KPdSU das „Kommunistische Informationsbüro“ (KOMINFORM).

8.10.1947:

General Cherière, Vertreter Frankreichs in der Vertragskommission legt einen Kompromissvorschlag in der Frage des deutschen Eigentums vor, der die Grundlage für die zwei Jahre später getroffene Regelung bildet. Sein Plan gliedert das deutsche Eigentum in zwei Teile: 1. jene Werte, die an Ort und Stelle, den Alliierten zugesprochen werden; 2. jene Ansprüche, deren Gesamtwert festzustellen und in Zahlungs- bzw. Lieferansprüche umzuwandeln ist.⁴⁵

30.10.1947:

Unterzeichnung des GATT-Abkommens von 23 Staaten in Genf (Beseitigung von „Vorzugszöllen“; Zollsenkung für gewerbliche Waren 19%)

8.11.1947:

Einstimmige Aufnahme Österreichs in die UNESCO

10.11.1947:

Erhöhung des täglichen Kaloriensatzes für Normalverbraucher von 1550 auf 1700 Kalorien in Österreich

⁴⁴ Ebd., S. 153 f.

⁴⁵ Stourzh, Staatsvertrag, S. 45 ff.

18.11.1947:

Die österreichische Bundesregierung beschließt mit den Stimmen der SPÖ- und ÖVP-Minister das Währungsschutzgesetz (Verminderung des Banknotenumlaufes, Bereinigung der Konten; 150 Schilling pro Kopf werden im Verhältnis 1:1 umgetauscht, der Rest um 2/3 abgewertet)

19.11.1947:

Infolge Ablehnung des Währungsschutzgesetzes durch die KPÖ tritt Minister Karl Altmann (KPÖ) aus der Bundesregierung aus, an seine Stelle tritt Alfred Migsch (SPÖ); damit beginnt die Zwei-Parteienregierung zwischen ÖVP und SPÖ.

25.11.–5.12.1947:

Vier-Mächte-Außenministerkonferenz in London: Keine Einigung in der Deutschlandfrage (Reparationen, Ruhrgebiet und Zentralregierung)

27.11.–17.12.1947:

Konferenz der Sonderbeauftragten in London über den Staatsvertrag (57.–63. Sitzung); der „Cherrière-Plan“ wird diskutiert, es findet aber keine Einigung beim „deutschen Eigentum“ statt; weitere Behandlung durch die stellvertretenden Außenminister

6.12.–7.12.1947:

Tagung des Ersten „Volkskongresses für Einheit und Frieden“, organisiert von der SED in Berlin mit über 2200 Delegierten.

15.12.1947:

Wirtschaftlicher Anschluss des Saarlandes an Frankreich und politische Unabhängigkeit von Deutschland; Erklärung Grubers über den österreichischen Staatsvertrag: Keine Aussichten auf Einigung, mit den Westmächten würde kein Sondervertrag geschlossen werden; die Westzonen Österreichs können keinen lebensfähigen Staat bilden.⁴⁶

20.12.1947:

Die CDU-Vorsitzenden in der SBZ, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, werden von der SMAD abgesetzt.

1948

1.1.1948:

Inkrafttreten des Benelux-Vertrages (Zollunion); der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) wird Anstalt des öffentlichen Rechts.

2.1.1948:

Das Abkommen Österreichs über die Interimshilfe mit USA wird unterzeichnet: Österreich erhält kostenlose Lieferungen von Lebensmitteln, Kleidern, Kohle und anderen Waren, die bis zum Anlaufen des Marshallplans andauern sollen.

⁴⁶ Kocensky, Dokumentation, S. 394.

3.1.1948:

Frankreich führt den Franc im Saarland ein.

22./23.1.1948:

Generalstreik in Bayern gegen die Wirtschaftspolitik und Hungerrationen.

20.2.–6.5.1948:

Konferenz der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag in London (64.–110. Sitzung), bei der Karl Gruber, Karl Waldbrunner, der Kärntner Landeshauptmann Ferdinand Wedenig und Landesrat Alois Karisch vertreten sind; zur Debatte steht der „Cherrière-Plan“, zu dem die Sowjetunion folgende drei Hauptforderungen an Österreich stellt: 1. Zwei Drittel der Erdölkonzessionen und Erdölproduktion in der Ostzone Österreichs sollen für 50 Jahre der Sowjetunion vorbehalten sein; 2. Ein entsprechender Anteil der Sowjetunion an der DDSG; 3. Die übrigen Teile des „deutschen Eigentums“ in der sowjetischen Zone sollen von Österreich mit einer Zahlung von 200 Millionen Dollar in zwei Jahren abgelöst werden. Die Sowjetunion macht im Verlauf der Verhandlungen Konzessionen hinsichtlich der Erdölrechte und ermäßigt ihre Forderung hinsichtlich Ablöse des „deutschen Eigentums“ auf 150 Millionen Dollar; die jugoslawischen Forderungen werden vom Sowjetdelegierten unterstützt.

23.2.–6.3.1948:

Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Benelux-Staaten) mit der Empfehlung 1. des Beitritts der deutschen Westzonen zum Marshall-Plan, 2. der grundsätzlichen Einigung über eine Kontrolle der Ruhr und 3. der Errichtung eines westdeutschen Staates.

25.2.1948:

Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei

27.2.1948:

Die SMAD erklärt die Entnazifizierung in ihrer deutschen Zone für abgeschlossen.

1.3.1948:

Die drei westlichen Militärgouverneure errichten in Frankfurt/Main die „Bank deutscher Länder“.

2.3.1948:

Ludwig Erhard wird Direktor der Wirtschaftsverwaltung im Wirtschaftsrat der Bizone.

17.3.1948:

Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande): militärische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit werden fixiert. Der Pakt ist offiziell noch gegen die „Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik“ gerichtet, wendet sich aber praktisch schon gegen die sowjetische Expansionspolitik.

17./18.3.1948:

Tagung des 2. Deutschen Volkskongresses in Berlin-Ost

20.3.1948:

Der sowjetische Vertreter verlässt den Alliierten Kontrollrat in Berlin, da die westlichen Vertreter keine Auskunft über die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz zu geben bereit sind.

20.3.–2.6.1948:

Zweite Phase der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz

1.4.1948:

Zwischen dem Saarland und Frankreich wird eine Zollunion errichtet.

3.4.1948:

US-Präsident Harry S. Truman unterzeichnet das Marshall-Plan-Gesetz, das europäische Wiederaufbauprogramm.

16.4.1948:

Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Vorläufer war das im Juli 1947 gegründete Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (CEEC), durch 16 europäische Länder (darunter auch Österreich) mit Sitz in Paris: Koordinierung des European Recovery Program (ERP) sowie Abbau der Handelsschranken und der Devisenkontrollen sind die Ziele; das Abkommen trägt letztlich 18 Unterschriften: Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Türkei und die Vertreter der französischen, britischen und amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland, womit die drei Westzonen auch dem Marshall-Plan angehören).

21.4.1948:

Der Nationalrat beschließt ein Bundesverfassungsgesetz über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vom 17.2.1947 vorgesehenen Sühnefolgen für minderbelastete Personen.

28.4.1948:

Erklärung von Außenminister Gruber vor der Konferenz der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag in London⁴⁷

8.–10.5.1948:

Haager Kongress der Europaverbände; erste Direktiven der OEEC werden an die 16 Mitgliedstaaten versandt.

12.5.1948:

Die Geltungsdauer des Gesetzes über die Anwendung der Todesstrafe wird bis zum 30.7.1950 verlängert.

20.5.1948:

Die Bundesregierung protestiert in einer Note an den Alliierten Rat gegen die Weiterbezahlung von Besatzungskosten.

⁴⁷ ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol, Zl. 113.285-pol/48 (GZl. 112.613-pol/48) Manuskript 8 S.; *Wiener Zeitung*, 29.4.1948; Kocensky, Dokumentation, S. 402–407, 408; Csáky, Der Weg, S. 174–177.

25.5.1948:

Vortrag Grubers an den Ministerrat betreffend Unterzeichnung des OEEC-Abkommens „Vorzugsbehandlung Österreichs im Rahmen des Marshall-Planes“⁴⁸

7.6.1948:

Das Kommuniqué der Empfehlung der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, die am 2. Juni endete, lautet: Gründung eines deutschen Weststaates.

16.6.1948:

Letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin: das Ende der Vier-Mächte-Verwaltung der Stadt ist wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei westlichen und dem sowjetischen Stadtkommandanten gegeben.

20.6.1948:

Währungsreform in den deutschen Westzonen aufgrund eines Gesetzes vom 18.6.

21.6.1948:

Beginn der Währungsumstellung in den Westzonen; Aufhebung der Bewirtschaftung für die meisten Verbrauchsgüter mit Freigabe der Preise

23.6.1948:

Währungsreform im sowjetischen Sektor Berlins unter Einbeziehung West-Berlins; im Gegenzug führen die Westmächte die neue DM in West-Berlin ein; Berlin wird damit in zwei verschiedene Währungszonen gespalten.

23.–24.6.1948:

Die Außenminister von acht mittel- und osteuropäischen Staaten (UdSSR, Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn) lehnen auf einer Konferenz in Warschau die Beschlüsse der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz für Deutschland (Gründung eines deutschen Weststaates) als „rechtswidrig“ und „ungültig“ ab.

24.6.1948–12.5.1949:

Blockade der westlichen Sektoren Berlins auf allen Land- und Wasserwegen durch die sowjetische Besatzungsmacht

25./26.6.1948:

Eine amerikanisch-britisch-kanadische Luftbrücke nach Berlin wird eingerichtet.

30.6.1948:

Die SED-Spitze beschließt einen Zwei-Jahres-Wirtschaftsplan für die SBZ.

27.–29.6.1948:

Bruch zwischen Tito und Stalin

1.7.1948:

Die drei westlichen Militärgouverneure übergeben in Frankfurt/Main den westdeutschen Regierungschefs die „Frankfurter Dokumente“. Gemäß der Londoner

⁴⁸ ÖStA, BMVuvB-MR-Material 1948, 113. Sitzung.

Sechs-Mächte-Konferenz fordern sie die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung für einen westdeutschen Staat; Österreichs Bundeskanzler Figl ist zu Staatsbesuch in der Schweiz.

2.7.1948:

Österreich unterzeichnet das ERP-Abkommen mit USA (Geltungsdauer bis 30.6.1953).⁴⁹

10.7.1948:

Unterzeichnung des OEEC-Vertrages durch Österreich; Die Regierungschefs der deutschen Länder stimmen in Koblenz unter gewissen Bedingungen der Forderung der westlichen Militärgouverneur zu: Das „zu schaffende Gebilde“ des deutschen Weststaates darf nur ein „Provisorium“ sein. Die Worte „Verfassung“ und „Verfassungsgebende Versammlung“ sollen durch „Grundgesetz“ und „Parlamentarischer Rat“ ersetzt werden.⁵⁰

12.7.1948:

Der Plan des britischen Militärgouverneurs Brian Robertson („Robertson-Plan“) geht von der Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion in Deutschland aus und schlägt daher einen Rückzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, die Beteiligung der UdSSR an der Kontrolle des Ruhrgebiets, die Bildung einer Zentralregierung in Berlin und quasi eine Neutralisierung Deutschlands vor. Der Plan wird im britischen Foreign Office als „nicht realisierbar“⁵¹ abgelehnt.

26.7.1948:

Erste Freigabe aus dem Erlös vom Verkauf der Hilfslieferungen des Marshall-Planes durch die US-Regierung (250 Millionen Schilling)

30.7.–18.8.1948:

Donaukonferenz in Belgrad, an der Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ukraine, die Sowjetunion, Ungarn, die Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich und die USA teilnehmen; Österreich ist durch einen Beobachter (Felix Orsini-Rosenberg) vertreten; eine neue von den Oststaaten beschlossene Donaukonvention wurde von den Westmächten und Österreich nicht anerkannt.

10.–23.8.1948:

Deutsche Verfassungsgelehrte der Länder beraten auf der Insel Herrenchiemsee den Parlamentarischen Rat bei seiner Arbeit.

15.–30.8.1948:

In den westdeutschen Landtagen werden die 65 Delegierten für den Parlamentarischen Rat gewählt.

⁴⁹ Csáky, Der Weg, S. 184–193.

⁵⁰ Rolf Steininger, Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 2: 1948–1955, Frankfurt/Main 2002, S. 378.

⁵¹ Ebd.

27.8.1948:

Österreich wird Mitglied des International Monetary Fund (IMF) und der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD).

1.9.1948:

Der Parlamentarische Rat konstituiert sich in Bonn.

13.9.1948:

Erhöhung der Tageskalorien für den österreichischen Normalverbraucher von 1.700 auf 2.100 Kalorien

14.–16.9.1948:

2. Preis- und Lohnabkommen für Österreich

6.10.1948:

Österreichs Außenminister Gruber wird von Bundeskanzler Figl ermächtigt, das Abkommen über das intra-europäische Zahlungssystem (Vorläufer der Europäischen Zahlungsunion, EZU) abzuschließen.

16.10.1948:

Konferenz der Außenminister der am Marshall-Plan teilnehmenden Staaten in Paris; Gruber vertritt dort Österreich; Unterzeichnung des Abkommens über den innereuropäischen Zahlungs- und Rechnungverkehr (Verrechnung und Ziehungsrechte)

22.10.1948:

Der „Deutsche Volksrat“ beendet seine Beratungen in Berlin-Ost über den Verfassungsentwurf der „Deutschen Demokratischen Republik“; die Sowjetunion lässt sich dennoch mit der Genehmigung der Gründung eines ostdeutschen Staates noch ein Jahr Zeit.

11.11.–24.12.1948:

In London einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten auf eine Kontrolle der Ruhrindustrie. Ein „Ruhrstatut“ wird am 29.12. publiziert, welches eine Internationale Behörde vorsieht, die die Produktion und Verteilung von Kohle, Koks- und Stahl überwacht.

12.11.1948:

In den deutschen Westzonen erfolgt ein 24stündiger General- und Demonstrationstreik gegen die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards. Rund 10 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte fordern Preiskontrollen und Mitbestimmung.

30.11.1948:

In Berlin-Ost wird nach Vertreibung des Gesamtberliner Stadtmagistrats aus dem Ostsektor eine Gegenverwaltung geschaffen und von der SMAD anerkannt.

5.12.1948:

Wahlen in den Westsektoren Berlins erbringen einen Sieg der SPD (64,5%) deutlich vor der CDU (19,4%) und der LPD (16.1%).

6.12.1948:

Die österreichische Bundesregierung lässt durch ihre diplomatischen Vertreter in London, Moskau, Paris und Washington gleichlautende Noten überreichen, wonach die Wiederaufnahme der am 6. Mai in London unterbrochenen Staatsvertragsverhandlungen dringlich verlangt wird,⁵² aufgrunddessen werden neue Verhandlungen für den 9. Februar 1949 in Aussicht gestellt.

7.12.1948:

Ernst Reuter (SPD) wird zum Bürgermeister West-Berlins gewählt.

12.–24.12.1948:

Die SED-Führung unter Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht befindet sich zu Unterredungen mit Stalin in Moskau. In einer Besprechung vom 18.12. wird der weitere Kurs der SED festgelegt.

1949

5.–28.1.1949:

Erste Parteikonferenz der SED, die sich als „Partei neuen Typus“ präsentiert und ein „Politbüro“ einrichtet, was auch das Ausscheiden ehemaliger Sozialdemokraten aus der Führung zur Folge hat. Auch „Alt-Kommunisten“ widersetzen sich diesem Transformationsprozess und werden in Lager interniert (u. a. im ehemaligen KZ Buchenwald).

19.1.1949:

Der österreichische Nationalrat fasst gegenüber einem Einspruch des Alliierten Rates einen Beharrungsbeschluss über die Amnestie für Wahlvergehen.

25.1.1949:

Abkommen zur Bildung eines Council of Mutual Economic Assistance (CO-MECON) zu deutsch: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau (Mitglieder sind die Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, DDR, die Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, die ČSR, Ungarn und Kuba).

1.2.1949:

Ein Entwurf des Grundgesetzes wird den westl. Militärgouverneuren vorgelegt.

9.2.–10.5.1949:

Konferenz mit Staatsvertragsverhandlungen der Sonderbeauftragten in London; der jugoslawische Delegierte Aleš Bebler fordert am 24. Februar erneut Grenzberichtigungen und eine Autonomie für die in Österreich verbleibenden Slowenen sowie Reparationen von Österreich.

28.2.1949:

Abgabe einer Erklärung Grubers vor den stellvertretenden Außenministern in London: Alle Forderungen Beblers werden als unberechtigt zurückgewiesen⁵³; in

⁵² Csáky, Der Weg, S. 194 f.

⁵³ Ebd., S. 198–202.

einem österreichischen Memorandum werden die jugoslawischen Behauptungen über die Verhältnisse in Südkärnten widerlegt; Mitte April werden die Verhandlungen unterbrochen.

1.3.1949:

Bemerkungen Grubers zu den Ausführungen des jugoslawischen stellvertretenden Außenministers Bebler vor den Stellvertretern der Außenminister⁵⁴

10.3.1949:

Erklärung von Außenminister Gruber vor der Konferenz der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag in London⁵⁵

1.4.1949:

Die französische Besatzungszone Deutschland wird mit der Bizone zur Trizone zusammengeschlossen.

3.4.1949:

Wahl Grubers zum stellvertretenden Generalsekretär der OEEC; Rede im Sender Rot-Weiß-Rot anlässlich des ersten Jahrestages des Europahilfsprogrammes⁵⁶

4.4.1949:

Unterzeichnung des NATO-Abkommens in Washington (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Kanada, Dänemark, Island, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Portugal, welches ab 24.8.1949 als „Nordatlantik-Pakt“ in Kraft tritt. Der Sitz der NATO ist zunächst Washington (1949–1952), dann Paris (1952–1967) und seit 1967 Brüssel.

6.–8.4.1949:

Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs beschließen in Washington ein Besatzungsstatut für den neuen deutschen Weststaat, welches am 21.9.1949 in Kraft tritt. Die Westmächte behalten sich aber noch zahlreiche Rechte, u. a. die Kontrolle des Außenhandels und der auswärtigen Beziehungen, vor. Der neue Weststaat wird zunächst nicht über innere Souveränität verfügen, d. h. ein noch weitgehend von den Westmächten abhängiges Gebilde sein.

8.4.1949:

Die drei westlichen Besatzungsmächte/Sonderbeauftragten erklären, dass die Westmächte das „deutsche Eigentum“ in ihren Zonen, für welches bereits österreichische Treuhänder bestimmt waren, nicht als deutsche Reparationsleistungen im Sinne der Potsdamer Konferenzbeschlüsse anzusehen und diese Werte Österreich ohne Ablöse zu überlassen sind.⁵⁷

⁵⁴ ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol 1949, Staatsvertrag 1, Bemerkungen ohne Zahl vom 1. März 1949, Karton 121; Alfons Schilcher (Hrsg.), Österreich und die Großmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2), Wien–Salzburg 1980, S. 81 ff.

⁵⁵ Csáky, Der Weg, S. 202.

⁵⁶ „Marshallplan-Straße des Wiederaufbaues“, in: *Wiener Zeitung*, 5.4.1949.

⁵⁷ Stourzh, Staatsvertrag, S. 55 f.

25.4.1949:

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Sonderbeauftragten erfolgt in London. Sie werden ergebnislos weitergeführt bis zum 10. Mai.

5.5.1949:

Das Abkommen zur Gründung des Europarates (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland, Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden) mit Sitz in Straßburg wird in London unterzeichnet und tritt am 3.8.1949 in Kraft.

8.5.1949:

Verabschiedung des Grundgesetzes der „Bundesrepublik Deutschland“, welches vom 23. zum 24.5. Mai in Kraft tritt.

10.5.1949:

Der Parlamentarische Rat wählt auf Drängen Adenauers Bonn zur provisorischen Bundeshauptstadt.

12.5.1949:

Aufhebung der Blockade Berlins durch die Sowjetunion, womit die erste Niederlage Moskaus im Kalten Krieg um Deutschland besiegt wird.

15.–16.5.1949:

Die Wahlen in der deutschen SBZ zum Dritten Deutschen Volkskongress enden mit einem 66,1%-Votum für die Einheitsliste.

23.5.1949:

Das Grundgesetz für die BRD wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und tritt um 0 Uhr zum 24.5. in Kraft.

23.5.–20./26.6.1949:

Der Zusammentritt des Rates der Außenminister erfolgt in Paris; nach langwierigen Debatten wurde das Österreich-Thema auf die Tagesordnung gesetzt; Kompromiss in der Staatsvertrags-Frage: Österreichs Grenzen im Umfang von 1937; Regelung der Frage des „Deutschen Eigentums“ auf der Grundlage des Cherrière-Plans; die UdSSR fordert eine Wiederaufnahme der Arbeit des Alliierten Kontrollrats für Deutschland in Berlin, worauf die Westmächte die Einbeziehung der SBZ in den Geltungsbereich des Grundgesetzes, d. h. den Anschluss der SBZ an die BRD fordern, was Moskau ablehnt.

28.5.1949:

Verhandlungen auf Schloß Oberweis bei Gmunden von ÖVP-Vertretern mit ehemaligen Nationalsozialisten; Julius Raab wurde von der ÖVP-Bundesparteileitung beauftragt, Besprechungen mit einem Kreis ehemals nationalsozialistisch gesinnter Intellektueller zu führen, darunter Univ.-Doz. Taras Borodajkewycz, der ein Forderungsprogramm präsentiert.⁵⁸

⁵⁸ Kocensky, Dokumentation, S. 137 ff.

29.–30.5.1949:

In Berlin-Ost konstituiert sich der Dritte Volkskongress mit 1.400 Mitgliedern und wählt eine Verfassungsgebende Versammlung, den „Deutschen Volksrat“, mit 400 Mitgliedern.

19.6.1949:

Die Konferenz der Außenminister Dean Acheson (USA), Robert Schuman (Frankreich), Ernest Bevin (Großbritannien) und Andrej Wyschinskij (UdSSR) in Paris kommt zu wesentlichen Vereinbarungen: Wyschinskij unterstützt die jugoslawischen Gebietsforderungen nicht mehr; festgelegt werden die territoriale Integrität Österreichs in den Grenzen von 1937, das Minderheitenrechtsschutz für Slowenen und Kroaten in Österreich, keine Reparationszahlungen; über österr. Eigentum auf jugoslawischem Boden kann Jugoslawien frei verfügen; Ablöse für „deutsches Eigentum“ an die Sowjets 150.000.000 Dollar innerhalb von 6 Jahren in frei übertragbarer Währung; die Westmächte akzeptieren unbefristetes Verstaatlichungsverbot für in sowjetisches Eigentum übergegangene Werte in Österreich⁵⁹; vereinbart wird die Frist, den Vertrag bis zum 1.9.1949 unterschriftsreif vorzulegen; das State Department drängt auf einen Abschluss, das War-Department unter Minister Louis A. Johnson spricht sich dagegen aus.⁶⁰

14.8.1949:

Wahlen zum ersten deutschen Bundestag (ohne 5%-Sperrklausel): Das Wahlbündnis zwischen CDU und CSU siegt mit 31% (139 Sitze) knapp vor der SPD mit 29,2% (131 Sitze), der FDP mit 11,9% (52 Sitze), der KPD (5,7%, 15 Sitze), der Bayern-Partei (4,2%, 17 Sitze), der Deutschen Partei (4%, 17 Sitze), dem Zentrum (3,1%, 10 Sitze), der Wiederaufbauvereinigung (2,9%, 12 Sitze), der Deutschen Rechtspartei und Deutschen Konservativen Partei (1,8%, 5 Sitze), dem Südschleswigschen Wählerverband (der Minderheitenpartei der Dänen, 0,3%, 1 Sitz) sowie den Parteilosen (4,8%, 3 Sitze).

1.7.–1.9.1949:

Die Staatsvertragsverhandlungen der Sonderbeauftragten in London bringen keine durchschlagenden Ergebnisse (164.–212. Sitzung); es erfolgt eine Redaktion des Minderheitenschutz-Artikels; neuer Termin für Fortsetzung ist der 22.9.

16.7.1949:

Interview des Staatssekretärs Graf in der *Klagenfurter Zeitung*, in der er einen österreichischen Beitritt zur NATO befürwortet. Es handelt sich um die einzige positive öffentliche Stellungnahme eines Regierungsmitglieds zu dieser Frage.

3.8.1949:

Das Statut des Europarates tritt in Kraft.

24.8.1949:

Der NATO-Gründungsvertrag in Kraft.

⁵⁹ Stourzh, Staatsvertrag, S. 56 f.

⁶⁰ Ebd., S. 64 f.; Csáky, Der Weg, S. 203 f.

29.8.1949:

Explosion der ersten sowjetischen Atombombe

9.9.1949:

Der Alliierte Rat beschließt, den Verband der Unabhängigen (VdU), die Demokratische Union (DU) und die „Ergokratische Partei“ als wahlwerbende Gruppen bei den Nationalratswahlen zuzulassen.

12.9.1949:

Theodor Heuss wird deutscher Bundespräsident.

15.9.1949:

Konrad Adenauer wird mit einer Stimme Mehrheit (seiner eigenen) Bundeskanzler. Er bildet keine Große Koalition wie in Österreich, sondern eine Koalitionsregierung von CDU/CSU, FDP und DP, womit er die SPD in die Opposition zwingt.

16.–28.9.1949:

Die Sowjetführung hatte bis dato mit der offiziellen Gründung eines ostdeutschen Staates gezögert. Die SED-Spitze befindet sich wieder in Moskau, wo der Beschluss zur Gründung der DDR gefasst wird.

23.9.–16.12.1949:

Neue Beratungen der Sonderbeauftragten in New York (213.–246. Sitzung)

30.9.1949:

Beendigung der Berliner Luftbrücke

1.10.1949:

Proklamation der Volksrepublik China; Handelsvertrag Österreichs mit der Trizone

4.10.1949:

Österreich richtet ein Memorandum an die OEEC (unter Hinweis auf die Anpassungsschwierigkeiten an die Liberalisierung sowie die Wirkungslosigkeit der Clearing-Abkommen, die Exporterlöse decken nicht den Konsumbedarf; Zahlungsschwierigkeiten seien nur durch Hilfslieferungen behebbar; Schuldnerposition gegenüber OEEC-Raum; Antrag auf Suspension von Liberalisierungsbestimmungen).

6.10.1949:

Der sowjetische Außenminister Wyschinskij erklärt, die noch unbereinigten Punkte des Staatsvertrages würden keine Schwierigkeiten bieten, sobald die Frage des „deutschen Eigentums“ geregelt sei.

7.10.1949:

Die Bundesrepublik wird durch die Alliierte Hohe Kommission der drei Westmächte ermächtigt, eigene Delegierte für die OEEC zu ernennen; der 2. Deutsche Volksrat erklärt sich zur „Provisorischen Volkskammer“ und setzt die Verfassung der DDR in Kraft, womit ein zweiter deutscher Staat gegründet wird. Der Ost-Berliner Magistrat erklärt Berlin zur „Hauptstadt der DDR“.

9.10.1949:

Nationalrats- und Landtagswahlen finden in ganz Österreich sowie Gemeinderatswahlen in Wien, Linz, Salzburg, Graz und Klagenfurt statt; die ÖVP erringt 77, die SPÖ 67, der VdU 16 und der „Linksblock“ 5 Mandate.

10.10.1949:

Die Verwaltungsfunktionen werden an die Provisorische Regierung der DDR übertragen. An die Stelle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) tritt die Sowjetische Kontrollkommission (SKK).

11.10.1949:

Der ehemalige KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck wird Präsident der DDR; die OEEC erzielt ein Übereinkommen betreffend Liberalisierung des europäischen Handels; Empfehlung der gegenseitigen Aufhebung quantitativer Einfuhrbeschränkungen unter den Teilnehmerstaaten (Grundsatz der Nichtdiskriminierung)

12.10.1949:

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Otto Grotewohl wird DDR-Ministerpräsident. Die Volkskammer bestätigt die provisorische Verfassung der DDR.

12.–14.10.1949:

Die einzelnen Gewerkschaftsverbände Westdeutschlands vereinigen sich in München zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

8.11.1949:

Bestellung der zweiten Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Leopold Figl

18.11.1949:

Einigung der Sonderbeauftragten über Artikel 35 („deutsches Eigentum“): weitgehende Eigentumsübertragung an die Sowjetunion bei Erdölwirtschaft und Donauschifffahrt; parallel dazu laufen Verhandlungen über die Entschädigung westlicher Unternehmen; negative Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaftsstruktur; von 53 Artikeln sind 48 erledigt, Rundfunkberichte künden bereits den Abschluss des Staatsvertrages für die nächsten Tage an; westliche Militärs widersetzen sich aber einem allzu raschen Abschluss des Staatsvertrages.

22.11.1949:

Das Petersberger Abkommen, ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten auf dem Petersberg bei Bonn, dem Sitz der Hohen Kommissare, wird unterzeichnet. Das Ziel ist die Eingliederung der BRD in die westliche Gemeinschaft (Europarat, OEEC, Ruhrstatut). Konsularische Beziehungen werden gestattet, der Verzicht auf Demontagen ausgesprochen; die Bundesrepublik verpflichtet sich, „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“⁶¹; Sitzung der Sonderbeauftragten in New York: der sowjetische Delegierte Georgij N. Zarubin fordert die Weiter-

⁶¹ Steininger, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 381.

führung der Verhandlungen bezüglich Artikel 48 durch direkte Verhandlungen zwischen Moskau und Wien.

3.12.1949:

Abschluss des 3. Lohn- und Preisabkommens für Österreich

1950

9.1.1950:

Die Sonderbeauftragten nehmen in London die Staatsvertrags-Verhandlungen auf (247.–258. Sitzungen bis 15.12.1950).

24.1.1950:

Das Politbüro der SED beschließt die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die Regierung der DDR verabschiedet einen „Beschluss über die Abwehr von Sabotage“ und empfiehlt die Bildung eines solchen Ministeriums.

8.2.1950:

Nach einstimmigem Beschluss der Volkskammer der DDR über das „Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit“ wird ein gleichnamiges Ministerium gebildet.

15.2.1950:

250. Sitzung der Sonderbeauftragten; nach zwei Stunden erfolgt ein ergebnisloser Abbruch der österreichischen Staatsvertragsverhandlungen.

16.2.1950:

In der DDR wird Wilhelm Zaisser zum Minister für Staatssicherheit und Erich Mielke zum Staatssekretär ernannt.

8.3.1950:

Debatte im Nationalrat anlässlich des Besatzungskostengesetzes, dessen Geltungsdauer auf 1950 erstreckt werden soll, über außenpolitische Fragen; Gruber verliest eine Note⁶²

14.3.1950:

Stellungnahme Grubers im Nationalrat über Neutralitätspolitik⁶³

21.4.1950:

In Waldheim (Sachsen) werden die von der sowjetischen Besatzungsmacht nach Auflösung der Internierungslager nicht freigelassenen Gefangenen der deutschen Gerichtsbarkeit überstellt. In als Schauprozesse zu bezeichnenden Verhandlungen, unter Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, werden bis Juni mehr als 3400 wegen Kriegs- und NS-Verbrechen Angeklagte zu hohen Zuchthausstrafen und 32 von

⁶² *Stenographisches Protokoll des Nationalrats (StPN)*, 16. Sitzung, 8.3.1950, S. 368–370; Kocensky, Dokumentation, S. 421 ff.

⁶³ *StPN*, 18. Sitzung, 14.3.1950, S. 504–508; „Außenminister gegen kommunistische Staatsvertragskampagne“, in: *WZ*, 15.3.1950.

ihnen zum Tode verurteilt. Nach internationalen Protesten werden schon 1952 zahlreiche Urteile revidiert.

22.4.1950:

Letzter auf dem Kompensationsprinzip beruhender Handelsvertrag Österreichs mit Italien, der dann dem Clearingprinzip weichen muss

3.–6.5.1950:

Die SED-Führung befindet sich in Moskau und berät sich mit dem Politbüro der KPdSU über den III. Parteitag der SED.

4.5.1950:

Ergebnisloser Verlauf der 253. Deputy-Sitzung in London

5.5.1950:

Ein Artikel in der *Prawda* deutet die Junktimierung des Abschlusses des Staatsvertrages mit der Triest-Frage an, was fortgesetzt von sowjetischer Seite ins Spiel gebracht wird.

9.5.1950:

Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt die Vergemeinschaftung der Europäischen Kohle- und Stahlerzeugung (zurückgehend auf einen Plan von Jean Monnet) vor.

11.5.1950:

US-General Geoffrey Keyes teilt mit, dass die US-Zonenkontrolle in Österreich an der Ennsbrücke für alle nach Westen fahrenden Züge eingestellt wird.

11.–13.5.1950:

Drei-Mächte-Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in London

19.5.1950:

Veröffentlichung der Erklärung der Londoner Drei-Mächte-Konferenz über den Staatsvertrag mit Österreich

27.–30.5.1950:

Erstes Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin

15.6.1950:

Der deutsche Bundestag beschließt den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.

20.6.1950:

Verhandlungsbeginn zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zwischen Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Italien und den Benelux-Staaten auf Basis des Schuman-Plans

25.6.1950:

Beginn des Koreakrieges; die Staatsvertragsverhandlungen bewegen sich bis März 1953 nicht mehr entscheidend weiter.

11.6.1950:

Bericht im österreichischen Ministerrat über die Verhandlungen mit der OEEC in Paris⁶⁴

6.7.1950:

Im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wird die Oder-Neiße-Linie als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze“ betitelt und als neue polnische Westgrenze festgelegt. Sie wird zu einer am schärfsten bewachten Grenzen in Europa. Der Vertrag wurde von DDR-Außenminister Georg Dertinger unterzeichnet.

20.–24.7.1950:

Auf dem III. Parteitag der SED wird ein neues Parteistatut verabschiedet und die Umwandlung des Parteivorstandes in ein Zentralkomitee (ZK) beschlossen.

25.7.1950:

Das ZK der SED wählt das Politbüro, das Sekretariat des ZK und die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK). Vorsitzende der Partei werden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl; Generalsekretär des ZK wird Walter Ulbricht.

18.8.1950:

Der OEEC-Rat beschließt ein Liberalisierungsprogramm: Bis 1955 erfolgt eine 90%ige Liberalisierung des innereuropäischen Handels mit Industriewaren (Befreiung von Exportrestriktionen).

23.8.1950:

Die SED beginnt mit Parteisäuberungen (Noel Field-Affäre): Leo Bauer, Chefredakteur des Deutschlandsenders und zwei Tage später auch Willi Kreikemeyer, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, werden verhaftet.

29.8.1950:

In einem „Sicherheitsmemorandum“ Adenauers empfiehlt er die Aufstellung und Bewaffnung deutscher Streitkräfte.

12.–18.9.1950:

Westliche Außenministerkonferenz in New York

19.9.1950:

Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) als Unterorganisation der OEEC, rückwirkend mit 1.7.1950, die unter den OEEC-Staaten einen multilateralen Zahlungsausgleich („Clearing“, langfristiges Ziel: „Konvertibilität“) herbeiführt; Österreich ist von Anfang an assoziiertes Mitglied.

21.9.1950:

In einer Note nimmt die UdSSR die Ersetzung der militärischen Oberbefehlshaber durch zivile Hochkommissäre in Österreich zur Kenntnis.

⁶⁴ *Wiener Zeitung*, 12.7.1950.

26.9.1950:

Der österreichische Ministerrat genehmigt die in den Preis- und Lohnfragen erfolgten Vereinbarungen. Am gleichen Tag stimmt auch eine Vorständekonferenz des Gewerkschaftsbundes gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion den Vereinbarungen zu; kommunistische Agitatoren versuchen das Lohn- und Preisabkommen zu nutzen, um Arbeitsniederlegungen in Industriegebieten herbeizuführen; es folgen Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften; die Streikbewegung betrifft Wien, Industriegebiete Niederösterreichs, der Steiermark und besonders Linz und Oberösterreich; es bilden sich illegale Gewerkschaftskomitees und es folgen Sabotageakte gegen Verkehrsmittel; die Aktionen werden von der Regierung und ihr nahestehenden Kräften als politischer Umsturzversuch der Kommunisten interpretiert, während Vertreter der westlichen Besatzungsmächte darin nur „disturbances“ erblicken.

27.9.1950:

Bundeskanzler Figl empfängt im Beisein von Vizekanzler Schärf eine Delegation von Streikenden und sagt die Weiterleitung der Resolution an Ministerrat und Gewerkschaftsbund zu; in einer öffentlichen Erklärung betont Figl die Notwendigkeit des Abbaus der Subventionen, verurteilt aber zugleich die kommunistischen Versuche, die Bevölkerung aufzuwiegeln.

28./29.9.1950:

Die DDR wird Mitglied im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem Gegenstück zur OEEC.

29.9.1950:

Neuerliche Unruhen, gewaltsame Verhinderung des Straßenverkehrs; Versuch der Besetzung des Gewerkschaftshauses durch Kommunisten, die auf Lastwagen mit sowjetischen Kennzeichen anfahren; die Polizei verhindert die Besetzung; die westlichen Besatzungsmächte protestieren im Alliierten Rat gegen die „Unterstützung“ der Kommunisten durch die sowjetische Besatzungsmacht.

30.9.1950:

Eine aus kommunistischen Betriebsräten gebildete „Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz“ beschließt ein bis 3.10. befristetes Ultimatum an die österreichische Regierung (Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhungen oder eine Verdopplung der im Preis- und Lohnabkommen vorgesehenen Erhöhung der Löhne und Gehälter, weiters gesetzlicher Preisstopp und keine weitere Schillingabwertung): bei Nichterfüllung erfolge ein Streik in ganz Österreich am 4.10.

3.10.1950:

Die österreichische Bundesregierung ruft auf, sich durch „terroristische Aktionen“ nicht einschüchtern zu lassen und die Freiheit des Landes zu verteidigen; im Ministerrat wird festgehalten, dass ein Eingehen auf die kommunistischen Forderungen nicht in Frage komme.

4.10.1950:

Die kommunistische Streikparole wird nur in einzelnen Betrieben befolgt, z. B. in den Steyr-Werken in Oberösterreich; verschiedene Aktionen erfolgen in Wien und Niederösterreich, v. a. in Wiener Neustadt, wo eine gewaltsame Besetzung des Postamtes erfolgt.

5.10.1950:

Diverse Stör- und Sabotageversuche in Wien, vor allem gegen den Straßenbahnverkehr und auf den Zufahrtsstraßen nach Wien; die kommunistische Betriebsrätekonferenz fasst am Abend des 5.10. mit 400 gegen 3 Stimmen den Beschluss, die Streiks zu beenden und die Arbeit am 6.10. wieder aufzunehmen, womit die Streikbewegung gescheitert ist; die Bundesregierung erlässt einen Aufruf, in dem auf das „eigentliche Ziel“ der Terroraktionen, „Österreich in die Arme des Kommunismus zu treiben“, hingewiesen und dem österreichischen Volk, allen voran der Exekutive, für den geleisteten Widerstand gedankt wird.

6.10.–10.11.1950:

Dreiwöchige Vortragsreise Grubers in den USA als „ambassador of good will“

7.10.1950:

UNO-Truppen überschreiten in Korea den 38. Breitengrad.

11.10.1950:

Bundesinnenminister Gustav Heinemann (CDU) tritt aus Protest gegen die Politik der „Wiederbewaffnung“ von Adenauer zurück.

15.10.1950:

Erste Wahlen zur Volkskammer der DDR: Die von der SED dominierte Einheitsliste der Nationalen Front erhält bei einer Wahlbeteiligung von 98,44% nach offiziellen Angaben 99,7% der Stimmen.

24.10.1950:

Der französische Ministerpräsident René Pleven schlägt die Bildung einer integrierten europäischen Armee, das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), vor.

26./27.10.1950:

Das ZK der SED beschließt die Überprüfung aller Parteimitglieder und Kandidaten der Partei. Theodor Blank (CDU) übernimmt die Leitung der neugeschaffenen „Dienststelle des Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ (Dienststelle), ein Euphemismus, der den geplanten Aufbau deutscher Streitkräfte bemänteln soll.

4.11.1950:

Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Rom

28.11.1950:

Militärisches Eingreifen der Chinesen in Korea

30.11.1950:

DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl schlägt vor, einen paritätisch zusammengesetzten „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat“ zu bilden.

15.12.1950:

Auf der 258. Sitzung der stellvertretenden Außenminister („Deputies“) wird die Vertagung des österreichischen Staatsvertrags bis zum Frühjahr 1951 beschlossen.

16.12.1950:

US-Präsident Harry S. Truman verkündet den „nationalen Notstand“ in den USA.

19.12.1950:

Die Westmächte treffen die Grundsatzentscheidung für die „Wiederbewaffnung“ der Bundesrepublik.

31.12.1950:

Tod des österreichischen Bundespräsidenten Karl Renner

1951

1.1.1951:

Die Wirtschaft der DDR folgt dem ersten Fünfjahrplan.

9.–12.1.1951:

Geheimkonferenz der sozialistischen Staaten in Moskau: Stalin verordnet den „Volksdemokratien“ ein Aufrüstungsprogramm.

15.1.1951:

In Paris setzen die Verhandlungen über die EVG ein; Konrad Adenauer lehnt Otto Grotewohls Vorschlag eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rats“ vom 30.11.1950 ab und fordert „freie Wahlen“ als ersten Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands.

20.1.1951:

Der Oberbefehlshaber der NATO Dwight D. Eisenhower gibt bei einem Besuch in Bad Homburg eine Ehrenerklärung für die Soldaten der Deutschen Wehrmacht ab (die für die „Wiederbewaffnung“ der Bundesrepublik benötigt werden).

7.2.1951:

Im sowjetischen Außenministerium legt der Diplomat Michail G. Gribanow Außenminister Wyschinskij einen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland vor.

14.2.1951:

Georgi N. Schukow und Wladimir Semjonow berichten aus Berlin-Ost nach Moskau, Ulbricht gehe von einer planvollen Umsetzung der Remilitarisierungspläne Westdeutschlands durch die USA aus.

15.2.1951:

Konferenz in Paris über die im Pleven-Plan vorgeschlagene EVG

18.2.1951:

Wyschinskij empfiehlt dem vormaligen sowjetischen Außenminister und im Außenministerium arbeitenden Diplomaten Molotow, die „Bewegung für eine Neutralisierung Deutschlands“ im Interesse der UdSSR auszunutzen, „da sie die Verwirklichung der anglo-amerikanischen Pläne der Remilitarisierung Deutschlands erschwert“.⁶⁵ Wyschinskij berichtet, dass es Ulbricht für möglich halte, dass die UdSSR selbst mit einem Neutralisierungsvorschlag für Deutschland hervortrete.

20.2.1951:

Der sowjetische Diplomat Andrej Gromyko berichtet Molotow, dass die amerikanische, britische und französische Regierung gegen eine Neutralisierung Deutschlands seien.

21.2.1951:

Die SED-Führung bespricht mit Schukow und Semjonow die Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs für Deutschland.

24.2.1951:

Gromyko empfiehlt Stalin die Unterstützung der von der SED-Führung angeregten Initiative eines Appells an die vier Mächte zum Zwecke des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, um die Remilitarisierung Westdeutschlands zu erschweren.

5.3.1951:

Die Stellvertreter der vier Außenminister nehmen in Paris die Verhandlungen über den Staatsvertrag wieder auf, um sich über die Tagesordnung zu einigen. Als der sowjetische Delegierte die Behandlung der Triester Frage aufwirft, wird die Sitzung ohne greifbares Ergebnis geschlossen.

6.3.1951:

Die erste Revision des Besatzungsstatuts räumt der Bundesrepublik mehr „innere Souveränität“ ein.

12.3.1951:

Im Korea-Krieg besetzen die Streitkräfte der UNO nach Abzug der kommunistischen Verbände die Hauptstadt Seoul wieder.

15.3.1951:

Neugründung des Auswärtigen Amtes in Bonn, Bundeskanzler Adenauer wird erster Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Er führt fortan beide Positionen in Personalunion.

16.3.1951:

Der Bundesgrenzschutz (BGS) wird geschaffen.

⁶⁵ Peter Ruggenthaler (Hrsg.), *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 95), München 2007, S. 237.

19.3.1951:

Paraphierung des Vertrages über die Bildung der Kohle- und Stahlunion in Paris (Schuman-Plan, eigentlich Monnet-Plan).

10.4.1951:

Der britische Außenminister Ernest Bevin stirbt, sein Nachfolger wird Herbert Morrison.

18.4.1951:

Unterzeichnung des Vertrages zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (Belgien, Bundesrepublik Frankreich, Italien, Niederlande und Luxemburg). Der Vertrag ist begrenzt auf 50 Jahre und sieht eine Hohe Behörde in Luxemburg vor; die Saarfrage bleibt bis zur Regelung durch einen Friedensvertrag ungelöst; Österreich tritt mit Rücksicht auf die noch nicht entschiedenen Staatsvertragsverhandlungen, d. h. aus integritäts- und souveränitätspolitischen Gründen, nicht bei, schließt aber im Rahmen des GATT 1956 ein Zoll- und Preisabkommen mit der EGKS ab.

22.4.1951:

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der DDR konstituiert sich.

26.4.1951:

Die Leitung und Kontrolle der Sozialversicherung wird dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der DDR übertragen.

3.5.1951:

Die Bundesrepublik wird gleichberechtigtes Mitglied im Europarat.

4.5.1951:

Die drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern werden zum neuen Bundesland Baden-Württemberg zusammengeführt.

21.5.1951:

Paritätische Mitbestimmung der Montanindustrie in der Bundesrepublik

27.5.1951:

Volkswahl Theodor Körners zum österreichischen Bundespräsidenten

19.6.1951:

Der Nationalrat genehmigt den GATT-Beitritt Österreichs.

2.6.1951:

Nach 74 Sitzungen im Palais Marbre Rose wird die Pariser Konferenz der Deputies über den Staatsvertrag als ergebnislos für beendet erklärt.

9.7.1951:

Großbritannien beendet den Kriegszustand mit Deutschland.

10.7.1951:

Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen für Korea

13.7.1951:

Frankreich beendet den Kriegszustand mit Deutschland.

18.7.1951:

Robert Havemann wird von der West-Berliner Polizei beim Verteilen von Flugblättern festgenommen.

19.7.1951:

Das Ministerium des Innern der DDR verbietet allen in der DDR zugelassenen Kraftfahrzeugen die Durchfahrt durch West-Berlin.

30.7.1951:

Die DDR-Führer fordern in einer internen Beratung mit sowjetischen Vertretern in Berlin eine verstärkte Kampagne gegen die „Wiederbewaffnung“ Westdeutschlands und die Umsetzung eines Deutschlandplans nach Abschluss eines Friedensvertrages.

31.7.1951:

Der sowjetische Diplomat Valerian A. Zorin berichtet der Sowjetführung auf Basis nachrichtendienstlicher Informationen, dass die USA auf den Abschluss der Verhandlungen über den „Pleven-Plan“ drängen und mit der Remilitarisierung Westdeutschlands Ende 1951 beginnen wollen.

5.–19.8.1951:

In Berlin-Ost finden die 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt.

3.8.1951:

Das erste Stalin-Denkmal wird in Deutschland in Berlin-Ost enthüllt.

16.8.1951:

Auf Beschluss des Politbüros der KPdSU wird der Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) unter der Tarnbezeichnung „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten“ gegründet.

27.8.1951:

Das KPdSU-Politbüro befasst sich mit der weiteren Vorgehensweise in Deutschlandfrage auf Grundlage der Gespräche mit der SED-Führung.

3.9.1951:

Unterzeichnung eines französisch-sowjetischen Handelsabkommens in Paris.

5.9.1951:

Der sowjetische Diplomat Zorin berichtet der Sowjetführung, dass die Vorbereitungen zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte angeblich abgeschlossen seien.

8.9.1951:

Das Politbüro der KPdSU beschließt das weitere strategische Vorgehen in der Deutschlandfrage in enger Absprache mit der SED-Führung.

8.9.1951:

Unterzeichnung des Friedensvertrags von San Francisco zwischen Japan und den Alliierten ohne die Sowjetunion. Gleichzeitig erfolgt der Abschluss eines amerikanisch-japanischen Sicherheitspaktes.

10.–14.9.1951:

Außenminister-Konferenz Frankreichs, Großbritanniens u. der USA in Washington

14.9.1951:

Die Außenminister der USA, Großbritannien und Frankreichs kündigen die Aufhebung des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik für 1952 an.

15.9.1951:

Die DDR-Volkskammer ruft die Abgeordneten des deutschen Bundestages zur Bildung eines deutsch-deutschen Gremiums auf. Adenauer beurteilt diese Initiative als ein „rein taktisches Manöver“⁶⁶ der DDR, was auch immer das heißen mochte.

27.9.1951:

Der deutsche Bundestag fordert als Reaktion auf den Vorstoß der DDR-Volkskammer die Überprüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen in der DDR durch eine internationale Expertenkommission.

28.9.1951:

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nimmt seine Arbeit auf.

30.9.1951:

Außenminister Wyschinskij legt Molotow einen Entwurf von Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland vor.

8.10.1951:

Die Rationierung aller Lebensmittel, bis auf die für Fleisch, Fett und Zucker, wird in der DDR aufgehoben.

18.10.1951:

Die Deutsche Volkspolizei besetzt die zum US-Sektor von Berlin gehörende Enklave Berlin-Steinstücken, muss sie aber am 23.10. auf Befehl der Sowjetischen Kontrollkommission wieder räumen.

19.10.1951:

Österreich wird Mitglied des GATT unter Annahme der unbedingten „Meistbegünstigungsklausel“.

24.10.1951:

Die USA beenden den Kriegszustand mit Deutschland.

25.10.1951:

Wahlen in Großbritannien: Churchill wird wieder Premier und Verteidigungsminister, Eden Außenminister.

⁶⁶ Ruggenthaler, Stalins großer Bluff, S. 238.

26.10.1951:

Winston Churchill bildet eine neue Regierung; Anthony Eden wird wieder Außenminister.

31.10.1951:

Das Politbüro der KPdSU „empfiehlt“ der DDR-Führung, die ablehnende Haltung des deutschen Bundestages zum Appell der DDR-Volkskammer vom 15.9.1951 zu kritisieren; Note von Außenminister Gruber an die Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich der Wiederaufnahme der Beratungen des Staatsvertrages⁶⁷

1.11.1951:

Die DDR-Volkskammer beschließt ein Gesetz über den Fünfjahres-Plan (1951–1955) und über die Notenbank.

22.11.1951:

Verabschiedung des Entwurfes des „Generalvertrages“ (den Adenauer aus propagandistischen Motiven „Deutschlandvertrag“ bezeichnet haben will) mit der angeblichen Aufhebung des Besatzungsstatuts.

28.11.1951:

Der britische Außenminister Anthony Eden lehnt eine Beteiligung britischer Truppen an der EVG ab.

24.11.1951:

Österreich erhält einen Beobachterstatus beim Europarat mit einer ständigen Beobachterdelegation in Straßburg sowie das Rederecht in der Vollversammlung, ist aber ohne Stimmrecht.

8.12.1951:

Ein UN-Ausschuss beschäftigt sich mit der Frage der Möglichkeit der Überprüfung der Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland. Die DDR-Delegierten lehnen eine solche Untersuchung durch die UNO ab.

11.12.1951:

Die Beratende Versammlung des Europarats empfiehlt dem Ministerkomitee die Aufnahme Österreichs.

20.12.1951:

Die UNO-Generalversammlung beschließt gegen die Stimmen der so genannten „Ostblock“-Staaten die Entsendung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen.

1952

2.1.1952:

Der Sowjetführung werden Probleme und Komplikationen bei den Verhandlungen über den „Generalvertrag“ bekannt.

⁶⁷ Csáky, Der Weg, S. 223 f.

9.1.1952:

Im sowjetischen Außenministerium erhält Molotow Informationen über die unzureichende Bewachung der innerdeutschen Grenze; die DDR-Volkskammer verabschiedet ein Gesetz für freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung.

11.1.1952:

Ratifizierung des Vertrages über die EGKS durch den Bundestag

15.1.1952:

Die DDR-Regierung verweigert einer UN-Kontrollkommission, die die Voraussetzungen für freie Wahlen überprüfen soll, die Einreise.

19.1.1952:

Ankündigung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik, was massive Proteste auslöst („Ohne-mich“-Bewegung), die in Folge in größeren Städten mit Polizei-Einsätzen und Wasserwerfern unterdrückt wird.

21.1.1952:

Die sowjetischen Delegierten nehmen nicht an der Sitzung der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag teil; Beginn der sowjetischen „Schweigephase“⁶⁸ zur Österreichfrage.

23.1.1952:

Das Politbüro der KPdSU untersagt Schukow, mit den westlichen Hohen Kommissaren bezüglich der Einberufung einer Konferenz der Besatzungsmächte zur Frage der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen in Kontakt zu treten.

25.1.1952:

Gromyko empfiehlt Stalin, die DDR-Regierung möge sich nunmehr mit einem Appell an die vier Besatzungsmächte wenden, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

27.1.1952:

Der Sowjetführung wird zugetragen, Adenauer befürchte ein „verlockendes sowjetisches Angebot“⁶⁹ vor Abschluss des EVG-Vertrages.

28./29.1.1952:

Mit dem ÖVP-„Parteitag der neuen Konzepte“ beginnt eine Kursänderung der österreichischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion.

31.1.1952:

Die Sowjetführung bringt in Erfahrung, dass die US-Regierung mit der Möglichkeit eines Scheiterns der EVG rechne und alternative Verteidigungspläne für Europa ausarbeite.

⁶⁸ Ruggenthaler, Stalins großer Bluff, S. 239.

⁶⁹ Ebd.

3.2.1952:

Der Grundstein für die ersten neuen Wohngebäude wird an der Stalinallee in Ost-Berlin gelegt.

2.2.1952:

Wyschinskij übermittelt Stalin die vom Politbüro der KPdSU am 30.1. geforderte Überarbeitung der Strategie des weiteren Vorgehens in der Deutschlandfrage.

6.2.1952:

Vorschlag einer Wahlordnung des deutschen Bundestages für freie Wahlen für Gesamtdeutschland

8.2.1952:

Der SED-Führung wird von der kommunistischen Allunionspartei empfohlen, sich in den nächsten Tagen mit einem Appell an die vier Großmächte in der deutschen Frage zu wenden; Zustimmung des deutschen Bundestages zu einem bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag gegen die Stimmen der SPD.

13.2.1952:

Die DDR-Führung wendet sich mit einem Appell an die vier Mächte; Pieck, Grotewohl und Ulbricht bitten Stalin, nach Moskau zu kommen, um die für Juli anberaumte II. SED-Parteikonferenz vorzubereiten.

14.–18.2.1952:

Gromyko bittet Molotow und Stalin um Prüfung des weiteren Vorgehens in der Deutschlandfrage.

18.2.1952:

Es sickern Nachrichten durch, dass Griechenland und die Türkei Mitglieder der NATO werden und ein NATO-Nahost-Kommando geschaffen werden soll.

20.–25.2.1952:

Tagung des NATO-Rates in Lissabon: Aufnahme Griechenlands und der Türkei, Beschluss eines wirtschaftlichen Rüstungsplans in der Höhe von 300 Milliarden Dollar bis 1954, Aufstellung von 50 Divisionen in Europa bis Ende 1952.

3.–6.3. 1952:

Gromyko empfiehlt Stalin und Molotow die Absendung einer Note, um der Bekanntmachung des Entwurfes des „Generalvertrages“ in der Bundesrepublik zuvorzukommen und die Lage der Westmächte und der westdeutschen Regierung noch mehr zu „verkomplizieren“.⁷⁰

6.3.1952:

Gromyko und Molotow formulieren den Text der Note und des Entwurfs für Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland.

8.3.1952:

Das Politbüro segnet die Note ab.

⁷⁰ Ebd., S. 240.

10.3.1952:

Mit der ersten Stalin-Note an die westlichen Botschafter in Moskau legt die sowjetische Regierung einen Entwurf für einen Friedensvertrag für ein koalitionsfreies, geeintes Deutschland, ausgestattet mit einer Nationalarmee, vor. Es ist ein Angebot für alle Fälle (Eventualitäten) und daher auch ernstgemeint.

13.3.1952:

Die USA, Großbritannien und Frankreich übermitteln dem sowjetischen Außenministerium einen neuen Entwurf des österr. Staatsvertrages („Kurzvertrag“).⁷¹

16.3.1952:

Besuch der UNO-Kommission in Bonn, die zum erwartungsgemäßen Ergebnis kommt, dass freie Wahlen in der Bundesrepublik möglich seien; für Ost-Berlin erhält sie keine Einreiseerlaubnis.

17.3.1952:

Besprechung der drei Hohen Kommissare mit Adenauer im Palais Schaumburg in Bonn über die Stalin-Note. Auf die Frage des französischen Hohen Kommissars, ob er bestimmte Wünsche habe, macht Adenauer völlig klar, dass er die Note und deren Inhalt ablehne.

19.3.1952:

Die Sowjetunion drängt in einem Vorschlag im Rahmen der UNO auf Abrüstung in Europa.

25.3.1952:

Die Note Stalins wird von den Westmächten als „Störmanöver“ gegen die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt. Die westlichen Botschafter fordern in der von ihnen in Moskau überreichten Note im Gegenzug „freie Wahlen“ unter UN-Aufsicht.

31.3.1952:

Der österreichische Kommunist Josef Dobretsberger empfiehlt Raab eine „Finnland-Lösung“ für Österreich.

1.4.–7.4.1952:

Grotewohl, Pieck und Ulbricht haben eine Unterredung mit Stalin in Moskau.

2.4.1952:

In einer Rede Grubers im Nationalrat wird die von den Kommunisten vertretene Neutralität in Form einer Neutralisierung als ein „trojanisches Pferd“ zur Errichtung einer Volksdemokratie abgelehnt, aber eine begrifflich klar festgelegte, völkerrechtlichen Normen entsprechende Neutralität als eine „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet.

9.4.1952:

In der zweiten Stalin-Note erklärt sich die Sowjetunion zu freien gesamtdeutschen Wahlen bereit unter der Bedingung, dass die Wahlen nicht unter UN-, sondern

⁷¹ Csáky, Der Weg, S. 227–230.

unter Vier-Mächte-Kontrolle stattfinden. Außerdem bietet sie einen Friedensvertrag an. Das Angebot ist ernstgemeint, wird aber wieder vom Westen abgelehnt.

11.4.1952:

Adenauer, an den das Angebot gar nicht gerichtet war, lässt sogleich die westlichen Vertreter seine Ablehnung der zweiten Stalin-Note wissen.

22.4.1952:

SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher wendet sich in einem persönlichen Brief an Adenauer, in dem er den Bundeskanzler auffordert, die Ernsthaftigkeit der Stalin-Note vom 9.4. zu prüfen, was von diesem abgelehnt wird.

23.4.1952:

Die bundesdeutsch-französischen Verhandlungen in der Saarfrage scheitern.

28.4.1952:

Der Friedensvertrag zwischen den USA und ihren westlichen Verbündeten und Japan tritt in Kraft. Die UdSSR erklärt den Vertrag für rechtswidrig; die Sowjetunion übergibt 66 von 213 Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) an die DDR. Diese werden in Volkseigene Betriebe (VEB) umgewandelt.

6.5.1952:

Der NATO-Rat billigt eine automatische Beistandsverpflichtung zwischen NATO- und EVG-Mitgliedern.

7.–10.5.1952:

Bundeskanzler Figl besucht London.

8.5.1952:

DDR-Außenminister Georg Dertinger kündigt den Aufbau nationaler Streitkräfte an.

9.5.1952:

Zweite Note der Westmächte zum „Kurzvertrag“

12.5.1952:

Wyschinskij empfiehlt Stalin, nicht auf den „Kurzvertrag“ einzugehen, um nicht die Aufmerksamkeit hinsichtlich der Deutschlandfrage abzuschwächen.⁷²

12.–16.5.1952:

Bundeskanzler Figl besucht Washington.

13.5.1952:

Die Westmächte lehnen die zweite Stalin-Note ab: Ein Friedensvertrag sei erst möglich, wenn durch gesamtdeutsche freie Wahlen eine deutsche Regierung gebildet worden sei, Adenauer ist mit der westlichen Ablehnung „rundum zufrieden“, die seinen „vollen Beifall“ findet; die Deutsche Grenzpolizei (DGP) wird dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterstellt.

⁷² Ruggenthaler, Stalins großer Bluff, S. 240.

24.5.1952:

Dritte Stalin-Note, die das Ende der „Notenschlacht“ (so Anthony Eden) einläutet.

24.–25.5.1952:

Außenministerkonferenz der Westmächte und der Bundesrepublik

25.–28.5.1952:

Bundeskanzler Figl besucht New York.

26.5.1952:

Unterzeichnung des „Generalvertrages“ in Bonn; die DDR riegelt verschärft ihre Grenzen ab. Ein fünf Kilometer breiter Sperrgürtel entlang der innerdeutschen Grenze wird eingerichtet; die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen der DDR und West-Berlin wird geschlossen. Nur noch die Sektorengrenzen in Berlin sind frei passierbar, die Einrichtung einer fünf Kilometer breiten Sperrzone entlang der Demarkationslinie zur Bundesrepublik Deutschland beginnt. Damit verbunden ist die Zwangsumsiedlung von über 12.000 Anwohnern auf DDR-Gebiet.

27.5.1952:

Auf Anordnung der SED werden die Telefonleitungen zwischen West-Berlin und der DDR gekappt; Unterzeichnung des Vertrages zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) seitens der Regierungen von Belgien, der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, der Niederlande und Luxemburgs in Paris.

29.–30.5.1952:

Bundeskanzler Figl besucht Paris.

1.6.1952:

West-Berliner, die in die DDR einreisen wollen, müssen in Berlin-Ost eine Genehmigung beantragen.

3.6.1952:

Britisches Militär und West-Berliner Polizei blockieren den (Ost-)Berliner Rundfunk im Haus des Rundfunks in der Masurenallee in (West-)Berlin-Charlottenburg. Zu den Eingeschlossenen zählt Karl-Eduard von Schnitzler.

8.6.1952:

In Merxleben wird die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) der DDR gegründet.

19.–24.6.1952:

Staatsbesuch Außenministers Gruber in Jugoslawien; nach Abschluss der Beratungen in Belgrad und Empfang durch die jugoslawische Regierung erfolgt eine Zusammenkunft mit Marschall Tito auf Brioni; Kommuniqué über den offiziellen Besuch in Jugoslawien.⁷³

⁷³ Csáky, Der Weg, S. 268.

29.–30.6.1952:

Besuch des US-Außenministers Dean Acheson in Wien. Es kommt zu Gesprächen mit Bundespräsident Theodor Körner, Leopold Figl, Adolf Schärf und Karl Gruber.

1.7.1952:

Die Hauptverwaltung Ausbildung mit den Volkspolizei-Bereitschaften im Ministerium des Innern (Mdi) erhält die Bezeichnung „Kasernierte Volkspolizei“ in der DDR.

3.7.1952:

Der Nationalrat billigt einstimmig eine von der Bundesregierung vorgelegte Erklärung, in der sich Österreich zur Einhaltung aller Mitgliedspflichten für den Fall einer Aufnahme in die UN verpflichtet; am gleichen Tag hält der Generalsekretär der UN Trygve Lie vor dem Plenum des Nationalrats eine Rede über Österreich und die UN, in der er versichert, alles zu tun, um die möglichst rasche Aufnahme Österreichs in die UN herbeizuführen.

9.–12.7.1952:

Zum Abschluss der II. Parteikonferenz der SED wird der „planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR“ zur grundlegenden Aufgabe erklärt. Teil dieses Programms ist die Umwandlung der DDR zu einem Staat, der nach dem marxistisch-leninistischen Strukturprinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut sein soll.

10./11.7.1952:

Ablehnende Antwort der Westmächte auf die dritte Stalin-Note

11.7.1952:

Die französische Nationalversammlung genehmigt das französisch-sowjetische Handelsabkommen.

12.7.1952:

Die II. Parteikonferenz der SED proklamiert den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR.

25.7.1952:

Der EGKS-Vertrag tritt in Kraft. Erstmals übertragen sechs europäische Staaten einer supranationalen Organisation nationale Hoheitsrechte.

19.7.1952:

In einer amtlichen Erklärung gibt die österreichische Bundesregierung bekannt, dass sie alle bei den Mitgliedstaaten den Vereinten Nationen akkreditierten österreichischen Missionschefs angewiesen hat, ein Memorandum über die Aufhebung der Besetzung und die Wiederherstellung der Souveränität Österreichs zu überreichen.⁷⁴

23.7.1952:

Der EGKS-Vertrag tritt in Kraft.

⁷⁴ Ebd., S. 275.

23.7.1952:

Die fünf Länder der DDR (Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen) werden in 14 Bezirke und 217 Kreise aufgeteilt. Die Länderkammer der DDR bleibt noch bis 1958 bestehen.

1.8.1952:

Die Transportpolizei wird in der DDR dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unterstellt.

7.8.1952:

Die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) wird in der DDR gegründet.

8.8.1952:

Der Alliierte Rat in Wien billigt einstimmig die Resolution des Nationalrates vom 3.7. über die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen.

14.8.1952:

Die Sowjets lehnen den Kurzvertrag vom 13.3. als mit dem Potsdamer Abkommen nicht in Einklang stehend ab.

20.8.1952:

Tod des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher; der sowjetische Hochkommissar beschuldigt die österreichische Regierung einer undemokratischen Politik und die Vier-Mächte-Beschlüsse über die Demokratisierung Österreichs zu verletzen.

23.8.1952:

Die vierte Stalin-Note erzeugt Unsicherheit bei Adenauer, ob diese die Haltung der Westmächte, v. a. Frankreichs, beeinflussen könnte.

27.8.1952:

Nach seiner Rückkehr aus den USA erklärt Gruber, dass sich Brasilien und Mexiko bereitfinden würden, die Österreichfrage vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu bringen.⁷⁵

29.8.1952:

Der brasilianische UN-Delegierte João Carlos Muniz stellt den Antrag an die Generalversammlung der UNO, den Staatsvertrag auf die Tagesordnung zu setzen.

31.8.1952:

Der Staatssekretär des französischen Außenamtes Maurice Schumann trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Wien ein.

10.9.1952:

Vertrag über die „Wiedergutmachung“ der BRD mit Israel (3 Milliarden DM gehen an Israel, 450 Millionen DM an jüdische Opfer-Organisationen und Verbände).

23.9.1952:

Antwort der Westmächte auf die vierte Stalin-Note; der britische Außenminister Anthony Eden trifft zu einem offiziellen Besuch in Wien ein.

⁷⁵ *Neue Wiener Tageszeitung*, 28.8.1952; Kocensky, Dokumentation, S. 435.

24.9.1952:

In einer Note verlangt die Sowjetunion erneut die Überprüfung der Demilitarisierung und Entnazifizierung Österreichs und fordert kategorisch die Zurücknahme des Kurzvertrages, sodann sie bereit wäre, an einer Vier-Mächte-Konferenz über Österreich teilzunehmen.

28.9.1952:

Erich Ollenhauer wird auf dem SPD-Parteitag zum Nachfolger des verstorbenen Kurt Schumacher gewählt.

5.–14.10.1952:

Am XIX. Parteitag der KPdSU bezeichnet Stalin den bereits seit 1949 entmachteten ehemaligen sowjetischen Außenminister Molotow als einen „britischen Spion“.

15.–22.10.1952:

Staatsbesuche des österreichischen Bundeskanzlers Figl in Belgien, Luxemburg und Holland; plötzlicher Abbruch des Besuches infolge krisenhafter Entwicklung bei den Budgetverhandlungen unter den Koalitionspartnern in Wien.

23.10.1952:

Infolge Unstimmigkeiten über die Aufstellung des Budgets 1953 kommt es zu einer Gesamtdemission der Regierung Figl; Gesandter Löwenthal in Washington teilt Gruber mit, dass Marshall auf der erfolglosen Konferenz von Moskau 1947 vor dem Hintergrund der fruchtlosen Gespräche über Österreich die Idee für das ERP bekommen hätte.⁷⁶

28.10.1952:

Rede Grubers im Nationalrat⁷⁷ über die Bemühungen Österreichs um den Abschluss des Staatsvertrages; der Nationalrat stimmt gegen die fünf Stimmen des „Linksblocks“ einer EntschlieÙung zu, in der die von der Bundesregierung unternommenen Schritte, die Vereinten Nationen zu einer baldigen Lösung der Österreich-Frage zu aktivieren, gebilligt werden⁷⁸; Bundeskanzler Figl teilt in einer Sitzung des Nationalrats mit, dass die gesamte Regierung wegen des Nichtzustandekommens eines Ministerratsbeschlusses über das Budget 1953 ihre Demission gegeben hat, dass sie aber vom Bundespräsidenten in unveränderter Zusammensetzung neu ernannt wurde.

30.10.1952:

Der Nationalrat beschließt seine vorzeitige Auflösung; mit Zustimmung des Hauptausschusses wurde der 22.2.1953 als Tag für die Neuwahlen bestimmt.

4.11.1952:

Dwight D. Eisenhower wird zum neuen US-Präsidenten gewählt.

⁷⁶ Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Graz–Wien–Köln 1979, S. 207; Ders., *Die Zwei*, S. 177.

⁷⁷ ÖStA, AdR, BKA/AA KdM, Zl. 130.643–K/52, Manuskript 13 S.; *StNP*, 100. Sitzung, 28.10. 1952, S. 3951–3957; *WZ*, 29.10.1952; Csáky, *Der Weg*, S. 278–280.

⁷⁸ Csáky, *Der Weg*, S. 280.

6.11.1952:

Erste Wasserstoffbomben-Explosion der USA

19.11.1952:

Welturaufführung des Österreich-Films „1. April 2000“

24.11.1952:

Gruber begibt sich in die Vereinigten Staaten, um in New York am Sitz der Vereinten Nationen mit den Vertretern jener Staaten Kontakt aufzunehmen, die die Unterstützung des brasilianischen Antrages zur Debattierung der Österreichfrage zugesichert hatten.

27.11.1952:

Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner seitens der DDR

11.12.1952:

Der Handelsminister der DDR, Karl Hamann, wird wegen „Sabotage an der Versorgung“ verhaftet und 1954 zu zehn Jahren Haft verurteilt.

15.12.1952:

Die Reisefreiheit von Einzelpersonen in der DDR wird auf einen Umkreis von 100 km beschränkt; Markus Wolf wird Leiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN).

17.12.1952:

Österreichs Außenminister Gruber hält eine Rede vor der VII. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York⁷⁹; im Politischen Ausschuss der UN-Generalversammlung wird über eine Resolution debattiert, die der GV in der Frage des Staatsvertrages vorgelegt werden soll; die Resolution enthält einen dringenden Appell an die Regierungen der vier Besatzungsmächte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um über den Staatsvertrag zu einer Übereinstimmung zu gelangen, mit der Österreich wieder seine vollständige Souveränität zurückerlangen soll.⁸⁰ Gruber weist alle Beschuldigungen zurück, die von sowjetischer Seite gegen Österreich erhoben werden.⁸¹

20.12.1952:

Die Österreichfrage ist vor der UNO, es erfolgt die Resolution Nr. 613 (VII) der Generalversammlung der Vereinten Nationen über den Abschluss des österreichischen Staatsvertrages; die Generalversammlung nimmt die vom Politischen Ausschuss beantragte Resolution mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wie im Politischen Ausschuss an und appelliert an die betreffenden Regierungen, den

⁷⁹ ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol 1952, Staatsvertrag 1 B, Zl. 157.890-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52), Manuskript 8 S.; Csáky, Der Weg, S. 280–284.

⁸⁰ Csáky, Der Weg, S. 284.

⁸¹ Statement by Austrian Foreign Minister Dr. Karl Gruber before the Security Committee of the United Nations Assembly. ÖStA AdR. BKA/AA, II-pol 1953, STV 1–4, Karton 254, Manuskript 7 S.

Staatsvertrag mit Österreich abzuschließen; 48:0 Stimmen dafür, 2 Enthaltungen (Pakistan und Afghanistan), während die Sowjets und die übrigen sogenannten Ostblock-Staaten nicht teilgenommen hatten.

21.12.1952:

Das staatliche Fernsehen der DDR (Deutscher Fernsehfunk) beginnt mit Versuchssendungen aus Berlin-Adlershof.

24.12.1952:

Stalin unterstreicht in einem Interview mit der *New York Times* das Interesse der UdSSR an einem Ende des Krieges in Korea, den er selbst mitprovoziert und mitgetragen hatte.

1953

4.1.1953:

Die Parteizeitung der SED *Neues Deutschland* publiziert die „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský“ (Rudolf Slánský war seit 1945 Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, wurde im September 1951 abgesetzt, zwei Monate später verhaftet und im November 1952 wegen angeblicher „titoistischer“ und „zionistischer Verfehlungen“ zum Tode verurteilt und mit elf anderen Delinquenten hingerichtet). Der größte Schauprozess der tschechischen Nachkriegszeit führt zur Hinrichtung zahlreicher Juden, die hohe Stellungen innehatten. Die sowjetische Führung benutzt den Vorwand einer „Ärzteverschwörung“, um politisch unbequeme Genossen auszuschalten. Der Prozess zieht zahlreiche Verurteilungen in den Ländern des realexistierenden Sozialismus in den Folgejahren nach sich.

10.1.1953:

Amtsantritt von Präsident Dwight D. Eisenhower; John Foster Dulles wird US-Außenminister.

12.1.1953:

In gleichlautenden Noten der drei Westmächte an die Sowjetregierung verweisen diese auf die in der UN-Generalversammlung beschlossene Resolution über Österreich und schlagen „an Stelle des fruchtlosen Notenaustausches“ eine neue Zusammenkunft der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag in London vor.

15.1.1953

Der Außenminister und stellvertretende Vorsitzende der CDU der DDR, Georg Dertinger, wird verhaftet.

28.1.1953:

Radio Moskau gibt bekannt, dass die Sowjetunion zur Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen bereit wäre, wenn die Westmächte den Kurzvertrag zurückzögen

29.–31.1.1953:

Konferenz der westeuropäischen Verkehrsminister

6.–9.2.1953:

Die 259. und 260. Sitzung der Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag tagt in London; der sowjetische Botschafter in London Andrej Gromyko besteht auf einen formellen Verzicht der Westmächte auf den Kurzvertrag.

9.2.1953:

260. Sitzung der Sonderbeauftragten; Gromyko besteht auf einer formellen Zurücknahme des Kurzvertrages, worauf er dann bereit sein werde, gewisse mit dem österreichischen Staatsvertrag zusammenhängende Fragen zu erörtern. Daraufhin vertagen die Stellvertreter die Sitzung.

10.2.1953:

Eröffnung des gemeinsamen Marktes der EGKS für Kohle, Eisenerz und Schrott (für Stahl am 1.5); die „Aktion Rose“ wird in den Badeorten der Ostseeküste, Rügen und Usedom gestartet, mit dem Ziel der Verstaatlichung von Hotel- und Dienstleistungsbetrieben. Viele Hoteliers und Gästehausbesitzer wurden nach ihrer Enteignung unter dem Vorwand von Wirtschaftsdelikten oder Agententätigkeit für den Westen zu Zuchthausstrafen verurteilt. Viele Familien werden im Rahmen der „Küstenbereinigungsaktion“ in andere Gebiete der DDR umgesiedelt. In Thüringen startet eine ähnlich gelagerte „Aktion Oberhof“.

22.2.1953:

Durchführung der 3. Nationalratswahlen in Österreich: Bei einer Wahlbeteiligung von 96% erhält die ÖVP 74, die SPÖ 73, der Wahlverband der Unabhängigen (WdU) 14 und die KPÖ/Volksopposition (VO) 4 Mandate.

27.2.1953:

Unterzeichnung des Londoner Schuldenabkommens seitens der Bundesrepublik

5.3.1953:

Josef Stalin stirbt; der DDR-Ministerrat ordnet „Landestrauer“ an; es setzt die Phase des politischen „Tauwetters“ ein: an Stalins Stelle tritt die Troika, bestehend aus Nikita S. Chruschtschow, Georgj Malenkov und Lawrenti Berjia, die zunächst gemeinsam regieren.

10.3.1953:

Entwurf der Gemeinsamen Versammlung der EGKS zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)

19.3.1953:

Der deutsche Bundestag ratifiziert mit großer Mehrheit von 224 gegen 165 Stimmen bei zwei Enthaltungen den General- und den EVG-Vertrag.

2.4.1953:

Enthebung der mit der Weiterührung der Geschäfte betrauten Regierung Figl und Ernennung des Nationalrats Raab zum Bundeskanzler; sein erklärtes Ziel sind „normale“ Beziehungen zur Sowjetunion und die Wiedererlangung der Souveränität als staatspolitischer Konsens; es erfolgt der erstmalige Eintritt Bruno Kreiskys in die Regierung als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten.

7.–9.4.1953:

Erster Staatsbesuch Adenauers in den USA

14.4.1953:

Im österreichischen Ministerrat wird für die Montanunion (EGKS) ein österreichischer Beobachter bestellt, der dem Präsidenten der EGKS am 19.5. ein Beglaubigungsschreiben überreicht.

15.4.1953:

Bundeskanzler Julius Raab gibt im Nationalrat eine Regierungserklärung ab, in der er die Freiheit Österreichs als oberstes Ziel der auswärtigen Politik seiner Regierung bezeichnet.⁸²

21.4.1953:

Die Evangelische Kirche protestiert gegen den Kirchenkampf der SED und das Vorgehen der DDR-Regierung gegen die evangelische Jugendorganisation „Junge Gemeinde“ und die evangelische Studentengemeinde.

28.4.1953:

Das Ministerium des Innern der DDR bezeichnet die „Junge Gemeinde“ als illegal.

1.5.1953:

Eröffnung des gemeinsamen Marktes der EGKS

4.5.1953:

Die Kursvereinheitlichung Dollar–Schilling wird mit 26:1 festgelegt.

11.5.1953:

Churchill spricht sich für eine „einsame Pilgerfahrt nach Moskau“, einen Drei-Mächte-Gipfel und die Neutralisierung Deutschlands aus, worauf Adenauer interveniert und diesen Vorschlag ablehnt. Im britischen Unterhaus gibt Staatsminister Selwyn Lloyd bekannt, dass die nächste Sitzung der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag für den 30.5. einberufen wird.

13./14.5.1953:

Auf der 13. Tagung des ZK der SED fällt ein Beschluss über die Erhöhung der Arbeitsnormen in den volkseigenen Betrieben (VEB) der DDR um mindestens 10%; Ulbricht und Grotewohl werden nach Moskau zitiert und erhalten dort die Anweisung der Sowjetführung, zur „Gesundung der Lage“ in der DDR beizutragen.⁸³

15.5.1953:

Der deutsche Bundesrat ratifiziert den General- und EVG-Vertrag.

19.5.1953:

Die österreichische Bundesregierung bezeichnet die Schaffung einer ständigen Beobachterdelegation bei der Hohen Behörde als „Grenze des Möglichen“.

⁸² Csáky, *Der Weg*, S. 285; Rauchensteiner, *Die Zwei*, S. 197.

⁸³ Steininger, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 383.

19.–20.5.1953:

Besuch von Außenminister Karl Gruber und Staatssekretär Bruno Kreisky in Bonn; Tischrede beim Besuch Adenauers;⁸⁴ im Mittelpunkt stehen Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Bonn.⁸⁵

26.5.1953:

Der sowjetische Delegierte Jakob Malik teilt mit, dass die Einladung zur Sitzung der Sonderbeauftragten abgelehnt wird, da die Einberufung derartiger Konferenzen dem Außenministerrat vorbehalten sei. Malik schlägt die weitere Behandlung der Österreichfrage durch Meinungs austausch auf diplomatischem Wege vor; das Forum der Sonderbeauftragten ist damit de-facto aufgelöst.

28./29.5.1953:

Die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) wird in der DDR aufgelöst und das Amt des „Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland“ eingerichtet. Wladimir S. Semjonow wird erster Hoher Kommissar. Der ostdeutsche Teilstaat bleibt weiterhin ohne Souveränität.

6.6.1953:

Außerordentliche Sitzung des Politbüros des ZK der SED; Reise Grubers nach London anlässlich der Krönung von Königin Elisabeth II.

8./9.6.1953:

Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich hebt die ständige Kontrolle an den Demarkationslinien für den Personen- und Lastenverkehr auf.

9.6.1953:

Kommuniqué des Politbüros der SED mit der Verlautbarung der Einleitung eines „Neuen Kurses“ in der DDR; die Regelung der Arbeitsnormen bleibt davon unberührt.

10.6.1953:

Resolution des deutschen Bundestages zum Thema „Sofortprogramm zur Wiedervereinigung“ mit der Forderung nach Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschlands

12.6.1953:

Radiorede von Julius Raab, wonach es nichts nütze, „den russischen Bären in den Schwanzstummel zu zwicken“.

16.6.1953:

In der arbeitenden Bevölkerung der DDR regt sich seit Mitte Mai Widerstand gegen den Beschluss über die Erhöhung der Arbeitsnormen. Das Politbüro der SED hatte Selbstkritik geübt und einen „Neuen Kurs“ verkündet. Die „Maßnahmen zum Aufbau des Sozialismus“ von 1952 werden zurückgenommen, die Erhöhung der Arbeitsnormen bleibt jedoch ausdrücklich bestehen. Darauf treten Bauarbeiter der Ost-Berliner Stalinallee aus Protest gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Streik.

⁸⁴ PAdAA Bonn, Dokumentensammlung in der Stiftung Bruno Kreisky-Archiv (Stefan Lütgenau), Manuskript 2 S.; Csáky, Der Weg, S. 286 f.

⁸⁵ Csáky, Der Weg, S. 286 f.

17.6.1953:

Die Unruhen in der DDR entwickeln sich zu einer Massenerhebung gegen das SED-Regime ausgehend von Arbeiterprotesten gegen die Normenerhöhungen. Die Ost-Berliner Streikbewegung greift auf andere Städte der DDR über. Der sowjetische Militärbefehlshaber übernimmt die Regierungsgewalt und setzt sowjetische Truppen gegen Streikende und Demonstranten ein. Der Aufstand wird blutig niedergeschlagen. Das ZK der SED erklärt den Volksaufstand zu einem vom Westen gelenkten Putsch „faschistischer Provokateure“.

20.6.1953:

Gruber trifft den indischen Ministerpräsidenten Nehru auf dem Bürgenstock bei Luzern in der Schweiz; anwesend sind der indische Botschafter in Moskau, Menon, und der indische Gesandte in Wien, Gundevia, bei denen Gruber um Vermittlung in der Staatsvertragsfrage bei den Sowjets angesucht hatte.

22.6.1953:

Außenpolitischer Gedankenaustausch im Bundeskanzleramt⁸⁶ zum Thema zukünftiger österreichischer Außenpolitik unter dem Aspekt der Allianzfreiheit

24.–26.6.1953:

Das Zentralkomitee (ZK) der SED beschließt eine neue Resolution „Der Neue Kurs und die Aufgaben der Partei“. Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt werden als Sündenböcke ausgemacht und aus dem ZK ausgeschlossen.

26.6.1953:

An Stelle von General Wladimir Swiridow wird Iwan Iwanowitsch Iljitschow zum sowjetischen Hochkommissar in Österreich ernannt; der Leiter des sowjetischen Geheimdienstes, Volkskommissar und Minister des Innern, Lawrenti Berjia, wird in Moskau verhaftet.

27.6.1953:

Die Deutsche Grenzpolizei (DGP) wird aus dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Ministerium des Innern (Mdi) umgegliedert.

29.6.1953:

„Allianzfreiheit“ dient Österreich als Verhandlungselement: eine „Informations“-Schrift zum österreichisch-deutschen Verhältnis und zur Paktfreiheit wird dem indischen Gesandten in Wien überreicht.⁸⁷

30.6.1953:

Gespräch des indischen Botschafters in Moskau, K. P. S. Menon, mit dem wieder eingesetzten Außenminister Molotow bezüglich der internationalen Position Österreichs; Gespräch des österreichischen politischen Vertreters in Moskau,

⁸⁶ Aktennotiz über eine außenpolitische Ansprache beim HBKA. KGA, Karton 22, Mappe Ausw. Politik; *Neues Österreich*, 21.6.1953; 24.6.1953.

⁸⁷ „Notiz von Herrn Bundesminister Dr. Gruber am 29.6.53 dem Herrn indischen Gesandten Gundevia übergeben, die Notiz wurde vorher zwischen dem Herrn BM u. d. H. Staatssek. Dr. Kreisky abgestimmt“. KGA, Karton 22, Mappe Ausw. Politik.

Norbert Bischoff, mit Molotow und Übergabe einer österreichischen Aufzeichnung.

1.7.1953:

Ende der direkten Wirtschaftshilfe aus den USA; seit Anlaufen des Marshall-Plans hatte Österreich insgesamt 960 Millionen Dollar erhalten, wovon 277 Millionen auf dem Wege indirekter Hilfe einschließlich Zuteilungen durch die EZU zur Verfügung gestellt wurden; Österreich tritt der EZU als Vollmitglied bei.

8.7.1953:

Der österreichische Nationalrat genehmigt einstimmig die am 12.8.1949 in Genf von 61 Staaten unterzeichneten Genfer Abkommen zum Schutze der Opfer des Krieges.

9.7.1953:

Lawrentij Berija, für die Massenmorde unter dem Verbrecher Stalin mitverantwortlich, wird all seiner Partei- und Staatsämter enthoben.

15.7.1953:

Note der Westmächte an die Sowjetführung, in der freie Wahlen in ganz Deutschland und die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung als zentrale Punkte für eine Vier-Mächte-Gipfelkonferenz gefordert werden.

17.7.1953:

Österreich und die Sowjetregierung unterzeichnen einen Vertrag über die Überlassung der Anlagen des als angeblich ehemaliges deutsches Eigentum von den Sowjets beschlagnahmten Donau-Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug an Österreich.

18.–23.7.1953:

Der DDR-Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, wird entlassen. Sein Nachfolger wird Ernst Wollweber. Das MfS wird als Staatssekretariat für Staatssicherheit (StfS) in das MfI eingegliedert. Der Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) wird als „Hauptabteilung XV“ in den Staatssicherheitsdienst eingegliedert. Auf der 15. Tagung des Zentralkomitees (ZK) der SED werden Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt aus dem ZK ausgeschlossen. Walter Ulbricht wird zum 1. Sekretär (bisher „Generalsekretär“) des ZK gewählt.

27.7.1953:

Waffenstillstand im Koreakrieg

29.7.1953:

Dem Botschafter Österreichs in Moskau wird eine sowjetische Note überreicht, in der die Zurückziehung des Kurzvertrages als Vorbedingung für weitere Verhandlungen über den Staatsvertrag verlangt wird. Österreich und die Westmächte nehmen diese Forderung in Noten vom 19. bzw. vom 17.8. an.⁸⁸

⁸⁸ Csáky, Der Weg, S. 292–296.

30.7.1953:

Verzicht der Sowjetunion auf die österreichischen Beitragsleistungen zu den Besatzungskosten ab 1.8.1953

4.8.1953:

Der 17. Juni wird durch ein Bundesgesetz zum „Tag der deutschen Einheit“ bestimmt; die Sowjetunion schlägt in einer Note vor, die VR China zu einer Konferenz der Außenminister beizuziehen, u. a. auch über die Deutschlandfrage.

11.8.1953:

Der Sowjet-Hochkommissar Iljitschow teilt in einer Note an Bundeskanzler Raab mit, dass die Sowjetbehörden in Österreich ab 12.8.1953 die Zonenzensur innerhalb der Sowjetzone aufheben.

12.8.1953:

Die erste sowjetische Wasserstoffbombe wird gezündet.

14.8.1953:

Der Alliierte Rat beschließt, die Vier-Mächte-Zensur über die internationalen Post-, Telegraphen-, Telefon- und Fernschreibverbindungen mit 15.8.1953 aufzuheben.

15.8.1953:

Sowjetische Note in der Deutschlandfrage

19.8.1953:

Verzicht Großbritanniens auf die österreichischen Beitragsleistungen zu den Besatzungskosten ab 1.1.1954

3.9.1953:

Presseerklärung von John F. Dulles zur Deutschlandfrage

4.9.1953:

Der britische Hochkommissar teilt mit, dass ab 1.1.1954 die britischen Besatzungstruppen in Österreich auf ein Bataillon reduziert werden.

6.9.1953:

Die zweiten Wahlen zum deutschen Bundestag bringen der CDU/CSU einen Sieg mit 45,2%, die klar vor der SPD (28,8%) liegen, gefolgt von der FDP (9,5%), dem GB/BHE (5,9%) und der DP (3,2%).

10.9.1953:

Note der österreichischen Bundesregierung an die Regierungen der vier Großmächte, betreffend die unmittelbare Teilnahme Österreichs an den Staatsvertragsverhandlungen⁸⁹

19.9.1953:

Der Quai d'Orsay teilt der österreichischen Botschaft in Paris mit, dass Frankreich ab 1.1.1954 in Österreich keine Besatzungskosten mehr einheben wird.

⁸⁹ Ebd., S. 298.

23.9.1953:

Bericht von Außenminister Dr. Karl Gruber über die Antwortnote der Bundesregierung an die sowjetische Regierung vor dem Hauptausschuss des Nationalrates.⁹⁰ Eine Nichtteilnahme Österreichs an militärischen Bündnissen sei nicht gleichbedeutend mit dem Ausschluss Österreichs aus der internationalen Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet; Österreichische Note mit unzweideutigem Verzicht auf den Kurzvertrag, den die Westmächte formell noch einmal ausdrücklich am 25.11. leisten; der Hauptausschuss des Nationalrats nimmt zustimmend den von Gruber vorgetragenen Bericht der Bundesregierung mit dem politischen Grundsatz „Frei von militärischen Blöcken“ zur Kenntnis. In einer an die Sowjetregierung gerichteten Note distanziert sich Österreich endgültig vom „Kurzvertrag“ und erklärt seine Bereitschaft, auf Grundlage des „alten“ Vertragsentwurfs zu verhandeln.

24.9.1953:

Dementi Grubers über ein angeblich bestehendes Geheimabkommen zwischen Österreich und Jugoslawien betreffend Triest (infolge einer Vorsprache des italienischen Botschafters in Wien)⁹¹

27.–30.9.1953:

Staatsbesuch des Bundeskanzlers Raab in Paris in Begleitung von Außenminister Gruber und Staatssekretär Bruno Kreisky;⁹² im Schlusskommuniqué hält die französische Regierung fest, dass die Wiederherstellung der vollkommenen Unabhängigkeit Österreichs ein wesentliches Ziel ihrer Politik sei.

7.11.1953:

Erste Exemplare eines Buchs von Außenminister Grubers „Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich“ erscheinen im Ullstein-Verlag, welches durch die vorzeitige Kundmachung in der Tageszeitung *Die Presse* eine politische Affäre auslöst.

12.11.1953:

Wien und Belgrad tauschen Botschafter aus;⁹³ Rücktritt Grubers aufgrund seines Buches, welches zu heftigen Debatten führt und führende Persönlichkeiten der ÖVP betrifft;⁹⁴ Gruber bietet seine Demission an, wobei er in einem von der Bundesparteileitung eingesetzten Fünferkomitee erklärt, dass einige Stellen seines Buches von der Öffentlichkeit missgedeutet würden.⁹⁵

⁹⁰ Ebd., S. 298–300.

⁹¹ Chronologische Quartalsübersicht. ÖStA, AdR, BKA/AA, KdM, Karton 25.

⁹² Csáky, *Der Weg*, S. 301.

⁹³ „Jugoslawischer Staatsbesuch abgeschlossen. Beziehungen Wien–Belgrad gefestigt“, in: *Kleines Volksblatt*, 21.11.1953.

⁹⁴ Kocensky, *Dokumentation*, S. 150 ff.

⁹⁵ „Die Beratungen des Fünferkomitees“, in: *Kleines Volksblatt*, 12.11.1953; „Dr. Gruber zurückgetreten. Er bleibt jedoch bis zur Bestellung eines Nachfolgers im Amt – Der Außenminister erklärt: ‚Ich wollte die Gesinnungsfestigkeit meiner Parteifreunde nicht anzweifeln und bedaure die Mißdeutungen meiner Veröffentlichungen“; „In der Stunde der Bewährung“, beides in: *Neue*

14.11.1953:

Die westlichen Alliierten verzichten in Deutschland auf den Interzonenpass, die Sowjetunion folgt, aber DDR-Bürger benötigen trotzdem eine Genehmigung für Fahrten nach Westdeutschland; der Rücktritt von Außenminister Gruber ist definitiv.⁹⁶

25.11.1953:

Auf Vorschlag Raabs wird Figl vom Bundespräsidenten zum Außenminister ernannt.

15.12.1953:

Beginn der Liberalisierung von Importen aus den OEEC-Staaten; nach einem Beschluss des österreichischen Ministerrates vom 22.9.1953 wurde die Liberalisierung ab 15.12.1953 mit 50% festgesetzt; der am 8. 7.1952 vom MfS aus West-Berlin entführte Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen Walter Linse wird in Moskau hingerichtet.

16.12.1953:

Parlamentarischer Initiativantrag der Abgeordneten Bruno Pittermann (SPÖ), Barthold Stürgkh (ÖVP) und Genossen zum Beitritt Österreichs zum Europarat⁹⁷

23.12.1953:

Hinrichtung Berjias in Moskau

1954

1.1.1954:

Großbritannien und Frankreich verzichten auf alle Besatzungskosten in Österreich; später auch die Sowjetunion; die letzten 33 Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) werden mit Ausnahme der Wismut AG an die DDR übergeben und in VEB umgewandelt.

4.1.1954:

Der Schriftsteller Johannes R. Becher wird Minister im neu gebildeten Ministerium für Kultur der DDR.

19.1.1954:

Karl Gruber wird österreichischer Botschafter in den USA⁹⁸ (bis 1957).

23.1.1954:

Der im Juli 1953 aus dem Amt entlassene und aus dem ZK der SED ausgestoßene Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, wird auch aus der SED ausgeschlossen.

Wiener Tageszeitung, 13.11.1953; „Rücktritt des Außenministers Dr. Gruber“; „Ein Schlußwort“, beides in: *Kleines Volksblatt*, 14.11.1953; *Wiener Zeitung*, 14.11.1953. Friedrich Funder „Dr. Karl Gruber“, in: *Die Furche*, 14.11.1953.

⁹⁶ „Rücktritt Dr. Grubers offiziell“, in: *Neue Wiener Tageszeitung*, 15.11.1953.

⁹⁷ Csáky, *Der Weg*, S. 316 f.

⁹⁸ Kocensky, *Dokumentation*, S. 152.

25.1.–18.2.1954:

Die Berliner Außenministerkonferenz tagt über die Deutschland-, Österreich- und die Triestfrage; eine österreichische Delegation (darunter Bruno Kreisky, Leopold Figl, Norbert Bischoff, Josef Schöner) nimmt – im Unterschied zur Bundesrepublik – zum ersten Mal als gleichberechtigter Partner an den Staatsvertragsverhandlungen mit den Außenministern der vier Siegermächte teil; Figl betont die österreichische Politik der Allianzfreiheit und keine militärischen Stützpunkte auf seinem Territorium zuzulassen; die Konferenz endet in allen Fragen offiziell ergebnislos.

28.1.1954:

Das Handelsdirektorium der OEEC in Paris behandelt die Frage der österreichischen Liberalisierung.

29.1.1954:

Tito erklärt anlässlich seiner Wiederwahl als Präsident der jugoslawischen Volksrepublik, dass Jugoslawien den Kampf Österreichs um sein Recht nach Unabhängigkeit moralisch unterstützen werde.

12.2.1954:

Österreichs Außenminister Figl gibt im Rahmen der Berliner Außenministerkonferenz eine Erklärung zur Nichtteilnahme Österreichs an Militärbündnissen ab.

13.2.1954:

Die US-amerikanische Außenminister Dulles erklärt sich in Berlin intern bereit, eine freiwillig erklärte Neutralität Österreichs entsprechend jener der Schweiz zu akzeptieren, spricht sich allerdings gegen eine gewaltsam durch andere Staaten auferlegte Neutralität aus; die Erklärung Figls, Österreich habe nicht die Absicht, ein militärisches Bündnis mit irgendeinem Staat einzugehen, wird zur Kenntnis genommen; Molotow hält weiter an der Junktimierung der Österreich-Frage mit der deutschen Friedensvertragsregelung fest; die Verhandlungen kommen zu keinem Abschluss.⁹⁹

14.2.1954:

US-Außenminister Dulles beantragt in einer Sitzung der Berliner Außenministerkonferenz im Namen der westlichen Außenminister die Annahme sämtlicher noch offener Artikel des Staatsvertrags auf Grundlage der seinerzeitigen sowjetischen Vorschläge, womit die sofortige Annahme und Unterzeichnung des Staatsvertrags für den 18.2. möglich erscheint.

23.2.1954:

Rede Adenauers in West-Berlin; Bundeskanzler Raab teilt im Ministerrat mit, dass Österreich von der OEEC eine Ralonge von 35 Millionen Dollar bis 30.6.1954 erhält, wofür sich Österreich verpflichtet, bis zu diesem Datum die 75%ige Liberalisierung in Kraft zu setzen; der Initialkredit beträgt 70 Millionen Dollar.

25.2.1954:

Bundestagsentschließung für eine gemeinsame deutsche Außenpolitik

⁹⁹ Csáky, Der Weg, S. 322–336.

3.3.1954:

Der Ministerrat hebt den Visumzwang für alle Staatsangehörigen der OEEC-Staaten auf.

5.3.1954:

Der OEEC-Rat beschließt, die bisherige Ralonge (Anschubfinanzierung) Österreichs von 35 Millionen auf 60 Millionen zu erhöhen.

25.3.1954:

Eine Erklärung der Sowjetunion über die Gewährung der „Souveränität“ der DDR wird veröffentlicht.

26.3.1954:

Die DDR erhält weitere „Souveränitätsrechte“.

27.3.1954:

Die DDR-Regierung gibt ihre Souveränitätserklärung ab; Österreichs Bundespräsident Theodor Körner und Bundeskanzler Julius Raab eröffnen im Parlament die 2. Plenarkonferenz der „Europäischen Versammlung der politischen Jugend“.

30.3.–6.4.1954:

IV. Parteitag der SED

7.4.1954:

Die Bundesrepublik erklärt die Souveränitätserklärung der DDR für „nichtig“ und erklärt ihren „Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen“.

9.4.1954:

Wien wünscht die sofortige Aufnahme von Zollverhandlungen mit der EGKS.

14.5.1954:

Das Internationale Olympische Komitee (IOK) lehnt die Aufnahme des Nationalen Olympischen Komitees der DDR (NOK) ab.

26.4./8.5.–21.7.1954:

Ostasien- und Indochina-Konferenz in Genf

7.5.1954:

Die französische Festung Dien Bien Phu in Indochina fällt.

5.–7.6.1954:

In Ost-Berlin findet das II. Deutschlandtreffen der Jugend statt.

9.6.1954:

Der am 15.1.1953 verhaftete ehemalige Außenminister der DDR und ehemalige stellvertretende CDU-Vorsitzende Georg Dertinger wird wegen Spionage zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

16.–19.6.1954:

Besuch Bundeskanzler Raabs in London bei Winston Churchill und Königin Elisabeth II.

30.6.1954:

Die EZU wird um ein Jahr verlängert, Österreich als Gläubigerstaat werden 13.750.000 Dollar sofort und 22.250.000 Dollar in Raten als Rückzahlung zugesprochen; der österreichische Delegierte Direktor Herbert Prack wird zum Generalberichterstatter des Exekutivkomitees der OEEC gewählt.

4.7.1954:

Die Bundesrepublik wird Fußballweltmeister (Das „Wunder von Bern“).

20.7.1954:

Waffenstillstand in Indochina, Teilung Vietnams

22.7.1954:

Vorschlag der österreichischen Bundesregierung an die Sowjetunion, in Wien ein „Fünferkomitee“ unter Beiziehung österreichischer Vertreter zur Weiterführung der Staatsvertragsverhandlungen einzusetzen.

23.7.1954:

Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Otto John, gibt im DDR-Rundfunk seinen Wechsel in die DDR bekannt. Ihm folgt am 21.8. der CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack.

12.8.1954:

Die Sowjetunion lehnt den österreichischen Vorschlag vom 22.7. ab.

19.–22.8.1954:

Brüsseler Konferenz der EGKS-Staatenvertreter

30.8.1954:

Die französische Nationalversammlung setzt das Projekt der EVG von der Tagesordnung ab: damit ist auch das EPG-Projekt gescheitert, Adenauer trägt sich mit Rücktrittsgedanken, hat aber auch schon die NATO-Option als Ersatzlösung im Sinne.

7.9.1954:

Der österreichische Ministerrat beschließt neuerdings, an die sowjetische Regierung mit der Bitte heranzutreten, die in der Sowjetunion noch in Haft befindlichen Österreicher zu amnestieren und sie nach Österreich zu entlassen.

11.–15.9.1954:

Der britische Außenminister Eden unternimmt eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte (Brüssel, Bonn, Rom und Paris) zur Erzielung einer sicherheitspolitischen Ersatzlösung für die gescheiterte EVG.

16.9.1954:

Der freie Zahlungsverkehr wird mit allen EZU-Ländern aufgenommen; Adenauer fordert bei einem Besuch von Dulles in Bonn die „volle Souveränität“ für die Bundesrepublik; Raab führt am ÖVP-Parteitag Grundsätzliches zur Staatsvertragsfrage aus.

28.9.–3.10.1954:

Neun-Mächte-Konferenz in London; eine Ersatzlösung für die gescheiterte EVG wird erwogen (NATO-Mitgliedschaft der BRD).

5.10.1954:

Unterzeichnung des Londoner Abkommens zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Italien und Jugoslawien in der Triest-Frage; im Zusammenhang damit erfolgt der Abzug britischer und US-Truppen aus Triest.

12.10.1954:

Abkommen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über die Räumung des Kriegsmarinestützpunktes Port Arthur; österreichische Note an die Sowjetunion, die den Vorschlag zur Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen in Wien enthält.

13.10.1954:

Bundeskanzler Raab gibt Erklärungen ab, dass die Bundesregierung Pläne in Bezug auf die Beibehaltung von Militärbasen auf österreichischem Territorium ablehne.

15.10.1954:

Im Alliierten Rat in Wien beantragt der sowjetische Hochkommissar, dass die vier Hochkommissare in ihren Zonen Maßnahmen treffen sollten, um die Aktivitäten von „faschistischen und militärischen Organisationen“ zu verbieten. Die österreichische Regierung soll aufgefordert werden, Vier-Mächte-Beschlüsse, die die Betätigung solcher Organisationen verbieten, durchzuführen. Die drei westlichen Vertreter lehnen die sowjetischen Anträge ab.

17.10.1954:

Bei den DDR-Volkskammer-Wahlen entfallen nach offiziellen Angaben 99,46 % auf die Einheitslisten.

19.–23.10.1954:

Pariser Konferenz

23.10.1954:

Die Konferenz in Paris lädt die Bundesrepublik zum Eintritt in die NATO ein und erkennt den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland für Gesamtdeutschland an; Abschluss der seit 19.10. in Paris währenden Verhandlungen mit Unterzeichnung der „Pariser Verträge“ (Abkommen, Protokolle und Briefwechsel) über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, das Saarstatut („Europäisierung“ der Saar), die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) und den NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland; mit der Gründung der WEU treten Italien und die Bundesrepublik dem Brüsseler Pakt bei; die Bundesrepublik soll „souverän“ werden. Dabei handelt es sich um partielle innere Souveränität, die alliierten Vorbehaltsrechte bleiben bestehen, auch die Bundesrepublik entwickelt sich zu einem von den westlichen Siegermächten, v. a. von den Amerikanern und Briten, überwachten Staat; Adenauer wagt in einer Pressekonferenz in Paris die Behauptung, dass die gesamte atlantische Gemeinschaft für das Ziel der Wiedervereinigung „mit Macht eintre-

ten“ würde, um diese „bald in Frieden und Freiheit“ zu bekommen, was sich in beiden Fällen als Fehleinschätzung und Irrtum erweisen sollte.

25.10.1954:

Die Unterzeichnung der Pariser Verträge sieht den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO nach dem Scheitern der EVG vor.

30.10.1954:

Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, wonach Österreicher, die durch den „Anschluss“ 1938 deutsche Staatsbürger geworden waren und noch in Deutschland lebten, weiterhin als „Deutsche“ zu betrachten seien.

1.11.1954:

Beginn des Algerien-Kriegs

13.11.1954:

Vorschlag der Sowjetunion an 23 europäische Staaten sowie die USA, vom 29.11. bis 2.12. an einer Konferenz in Moskau teilzunehmen und dann anschließend auch eine solche Konferenz in Paris einzuberufen, um ein gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem zu schaffen. Der Vorstoß wird in Folge vom Westen wie auch von Österreich abgelehnt; ein „Zentraler Ausschuss für Jugendweihe“ wird in der DDR gegründet. Im *Neuen Deutschland* erscheint ein „Aufruf zur Vorbereitung der Jugendweihe 1955“.

21.11.1954:

Das Kabinett Adenauer billigt einen Gesetzesentwurf, wonach das „Reichsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ vom 13.3.1938 gegenstandslos sein und damit die durch das Verwaltungsgerichtsurteil entstandene Unsicherheit beseitigt werden sollte.

21.11.–17.12.1954:

Staatsbesuch des Bundeskanzler Raab in den USA¹⁰⁰ und Kanada; auf der Rückreise hält sich Raab einen Tag in Paris auf, wo er mit Pierre Mendès-France zusammentrifft, mit dem er bereits in New York am 21. November eine Aussprache hatte.

22.11.1954:

Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France hält in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Rede, in der er sich für den Abschluss des Staatsvertrages einsetzt, indem genaue Räumungsbestimmungen festgelegt werden müssten (diese Ideen gehen u. a. auf Vorschläge Kreiskys zurück); die Österreich-Frage soll als vertrauensbildende Maßnahme gelöst werden; die Rede Mendès-France' war mit Raab abgestimmt. Die Erklärung sieht einen Stufenplan für den Abzug der alliierten Truppen aus Österreich vor.

24.11.1954:

Die Vertreter der drei Westmächte bei den Vereinten Nationen legen einen Bericht über die Österreich-Frage vor, in dem sie die Sowjetunion beschuldigen, den

¹⁰⁰ Ebd., S. 350 f.

Abschluss des Staatsvertrages verhindert zu haben und gleichzeitig bekräftigen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu einer Lösung zu kommen.

26.11.1954:

Pressekonzferenz von Bundeskanzler Julius Raab in New York

27.11.1954:

Österreichs Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff, überreicht dem sowjetischen Außenministerium die Antwort auf die Einladung, an einer Konferenz in Moskau zur Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa teilzunehmen, die vom 20.11. bis 2.12.1954 stattfindet. In der Note erklärt die Bundesregierung, dass sie nur dann in der Lage wäre, an dieser Konferenz teilzunehmen, wenn diese unter Mitwirkung zumindest aller an der noch andauernden Besatzung Österreichs beteiligten Mächte abgehalten würde. Nach vorliegenden Informationen sei dies aber nicht der Fall.¹⁰¹

8.12.1954:

Nach Berichten aus Paris wurde der französische Geschäftsträger in Moskau angewiesen, mit der sowjetischen Regierung Verbindung aufzunehmen und deren Aufmerksamkeit auf die von Ministerpräsidenten Mendès-France vor den Vereinten Nationen gehaltenen Rede über die österreichische Frage zu lenken.

9.12.1954:

Note der Sowjetunion in Bezug auf die Pariser Verträge, wonach diese im Falle ihrer Ratifizierung Verhandlungen über die Wiedervereinigung verunmöglichen.

11.12.1954:

Erklärung Molotows

14.12.1954:

Der österreichische Ministerrat beschließt den Verzicht auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EGKS.

16.12.1954:

Note der Sowjetunion, im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge durch Frankreich den sowjetisch-französischen Bündnis- und Beistandsvertrag vom 10.12.1944 zu kündigen.

17.12.1954:

Bischoff wird die Antwort der Sowjetregierung auf die Note vom 27. November überreicht: Die Sowjetregierung stellt in ihrer Antwort mit Bedauern fest, dass es die österreichische Regierung abgelehnt habe, an der europäischen Staatenkonferenz in Moskau zur Schaffung eines europäischen Systems teilzunehmen. Es hätte auch den Interessen Österreichs entsprochen, sich an dieser Konferenz im Hinblick darauf zu beteiligen, dass die Pariser Pläne einer Remilitarisierung Deutschlands die Anschlussgefahr verstärken und ein Hindernis für die endgültige Regelung der österreichischen Frage darstellen.

¹⁰¹ Ebd., S. 351.

21.12.1954:

Außerordentliche Sitzung des Alliierten Rates in Wien mit sowjetischen Beschuldigungen an die französische und amerikanische Besatzungsmacht wegen der Präsenz von US-Truppen in der französischen Besatzungszone; sowjetische Andeutungen über die Gefährdung der Einheit Österreichs; der sowjetische Hochkommissar fordert die Zurückziehung der US-Truppen aus dem Gebiete der französischen Zone und bringt eine Resolution ein, in der die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Tirol als eine Verletzung des Kontrollabkommens bezeichnet wird; die westlichen Vertreter verwahren sich gegen die Einberufung der Sitzung; der US-Hochkommissar verweist darauf, dass es in der französischen Zone nur 300 amerikanische Verwaltungs- und Versorgungstruppen gebe, deren Stand schon seit langem bekannt sei; ein EGKS-Assoziierungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich wird geschlossen.

23.12.1954:

Aus Anlass des Weihnachtsfestes erlässt der österreichische Bundespräsident eine Amnestie für 1149 Strafgefangene, unter denen sich auch mehrere wegen politischer Delikte verurteilte Personen befinden.

27./29.12.1954:

Die französische Nationalversammlung ratifiziert die Pariser Verträge.

28.12.1954:

Ein Transport von 55 Heimkehrern aus der Sowjetunion trifft in Wien ein; die Heimkehrer werden von Innenminister Oskar Helmer, Bürgermeister Franz Jonas und Staatssekretär Bruno Kreisky sowie von einer großen Menschenmenge begrüßt.

29.12.1954:

Der sowjetische Hochkommissar Iljitschow teilt Raab mit, dass die Filmzensur in der Sowjetzone aufgehoben wird.

29./30.12.1954:

Ratifizierung der Pariser Verträge durch die französische Nationalversammlung

1955

10.1.1955:

Auf Anweisung des Magistrats von Berlin-Ost müssen West-Berliner und Westdeutsche in den gastronomischen Einrichtungen in Berlin-Ost mit West-Mark zum Kurs 1:1 zahlen.

15.1.1955:

Die Sowjetunion bietet in einer Erklärung zur Deutschlandfrage freie und gesamtdeutsche Wahlen unter Vier-Mächte-Kontrolle in ganz Deutschland an, sollte die Bundesrepublik auf die Ratifizierung der Pariser Verträge verzichten. Diese schreiben die bundesdeutsche Mitgliedschaft in der NATO, den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf atomare, biologische und chemische Waffen (ABC-Waffen),

die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der WEU, das Europäische Saarstatut und die Gewährung der „vollen Souveränität“ der Bundesrepublik Deutschland fest.

19.1.1955:

Der „Österreichische Friedensrat“ veröffentlicht auf einer Großkundgebung in Wien einen „Aufruf an die Völker Europas“, in dem gegen die „Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht“ protestiert wird.

22.1.1955:

Adenauer lehnt das sowjetische Angebot vom 15.1. ab.

25.1.1955:

Die Sowjetunion erklärt den Kriegszustand mit Deutschland und damit auch mit der Bundesrepublik formell für beendet.

1.2.1955:

Der österreichische Ministerrat beschließt die Bildung eines Komitees zur weiteren Behandlung der von den jüdischen Organisationen gegenüber Österreich geltend gemachten Forderungen, die „Wiedergutmachungsverhandlungen“ entwickeln sich in Folge sehr schleppend und werden erst 1961 abgeschlossen.

8.2.1955:

Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet, in der er die Bereitschaft zur Lösung des Junktims Österreich-Deutschlandfrage andeutet.¹⁰²

27.2.1955:

Ratifizierung der Pariser Verträge durch den deutschen Bundestag

14.3.1955:

Geheim-Bericht von Bischoff an Figl

16.3.1955:

Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung zur Erklärung von Molotow vom 8.2.¹⁰³

17.3.1955:

Die Volkspolizei-Bereitschaften werden in der DDR in das Staatssekretariat für Staatssicherheit überführt.

20.3.1955:

Rundfunkrede Raabs¹⁰⁴

23.3.1955:

Erklärung von US-Präsident Eisenhower zu einer möglichen Vier-Mächte-Konferenz

24.3.1955:

Einladung der Sowjetregierung an Bundeskanzler Raab zu Gesprächen in Moskau

¹⁰² Ebd., S. 351 ff.

¹⁰³ Ebd., S. 353 f.

¹⁰⁴ Ebd., S. 355 f.

26./27.3.1955:

Ratifizierung der Pariser Verträge durch den französischen Conseil de la République (Rat der Republik)

27.3.1955:

Die erste „Jugendweihe“ in Ost-Berlin findet statt. Sie soll als sozialistisches Gegenstück die kirchliche Konfirmation/Firmung ablösen.

28.3.1955:

Österreichische Botschafterkonferenz im Bundeskanzleramt (Raab, Schärf, Figl, Kreisky, Wildner, Schöner, Bischoff, Gruber, Schwarzenberg und Vollgruber) in Wien¹⁰⁵

30.3.1955:

Paul Merker wird in der DDR zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt; die Straßbenutzungsgebühren werden im Transit Bundesrepublik–West-Berlin für Pkw auf 30 Mark, für Lkw auf 100 bis 550 Mark erhöht.

1.4.1955:

Die Deutsche Lufthansa nimmt den Liniendienst in der Bundesrepublik auf.

11.–15.4.1955:

Moskauer Verhandlungen der österreichischen Regierungsdelegation mit sowjetischen Regierungsvertretern, deren Ergebnisse im „Moskauer Memorandum“ (15.4.) (militärische Bündnis- und Basenfreiheit, Neutralität, territoriale Integrität, Truppenabzug, Korrektur des Staatsvertragsentwurfs von 1949, Ablöselieferungen, Erdöl, Donauschiffahrt, österreichischer-sowjetischer Handel) als Verwendungszusage festgelegt werden.¹⁰⁶

14.4.1955:

Adenauer hält eine Rede in Lüneburg, in der er ohne das Österreich-Beispiel vor Augen zu haben, kundtut, dass ein Deutschland ohne Bündnis „den Sowjets ausgeliefert sein“ würde.

18.–24.4.1955:

Konferenz von Bandung (Indonesien) der blockfreien Staaten unter Beteiligung von 23 asiatischen und sechs afrikanischen Staaten.

19.4.1955:

SPD-Vorsitzender Erich Ollenhauer macht in einer Rede in Osnabrück auf die Möglichkeit aufmerksam, gemeinsam mit dem Westen wie dem Osten ein „System der kollektiven Sicherheit“ aufzubauen.

21.4.1955:

Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA, bei der Präsident Eisenhower erklärt, dass der sowjetische Schachzug in der Österreichfrage mit Blick auf das eigentliche Ziel Deutschland erfolgt sei.

¹⁰⁵ Schilcher, Österreich und die Großmächte, S. 250–264; Kocensky, Dokumentation, S.453.

¹⁰⁶ Csáky, Der Weg, S. 362–365; 365–366.

23.–28.4.1955:

Das Institut für Demoskopie in Allensbach führt eine geheime Blitzumfrage unter den Deutschen zur Österreichlösung und ihrer Anwendbarkeit auf die Deutschlandfrage durch.

25.4.1955:

Adenauer hält eine Rede auf dem Jahresbankett der ausländischen Presse in Bonn, in der er festhält, dass die Österreichlösung „keinesfalls als Muster für ‚Wesen und Methode der Regelung des deutschen Problems‘ dienen“ dürfe.

26.4.1955:

Ein Memorandum des britischen Premier Harold Macmillan sieht vor, dass eine Anerkennung der Neutralität Österreichs mit einer wirkungsvollen internationalen Garantie der territorialen Integrität verknüpft werden sollte, wozu das britische Kabinett seine Zustimmung erteilt.

27.4.–5.5.1955:

Experten-Konferenz der Westmächte zur Vorbereitung der Genfer Konferenz zu den Themen „Wiedervereinigung“ und „europäische Sicherheit“ unter Beiziehung von Adenauers außenpolitischem Berater Herbert Blankenhorn.

28.4.1955:

Im Nationalen Sicherheitsrat der USA wird eine eventuelle Verletzung der territorialen Integrität Österreichs als Bedrohung für den Frieden erachtet, eine Angelegenheit, die den Vereinten Nationen zur Kenntnis zu bringen sei.

29./30.4.1955:

Unterredungen zwischen Adenauer mit Frankreichs Außenminister Antoine Pinay in Bonn

1.5.1955:

Erstmals nehmen bewaffnete „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ an den Maidemonstrationen in der DDR teil.

2.–13.5.1955:

Wiener Botschafterkonferenz der vier Besatzungsmächte und Vertreter der österreichischen Bundesregierung (Überarbeitung des Staatsvertragsentwurfs von 1949, Klärung offener Fragen: Präambelfrage; Repatriierung „versetzter Personen“; Beschränkung österreichischer Streitkräfte; Truppenabzug und deutsches Eigentum)

5.5.1955:

Inkrafttreten der Pariser Verträge; offiziell verkündetes Ende des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland (nicht in Berlin): die Bundesrepublik wird „souverän“ und als NATO-Mitglied am 9.5. militärischer und politischer Verbündeter der USA. Praktisch erlangt die BRD nur eine innere Teil-Souveränität und bleibt kontrolliert und überwacht von den westlichen Siegermächten, v. a. den USA.

7.5.1955:

Stellungnahme Raabs zur österreichischen Neutralität¹⁰⁷

9.5.1955:

Beim NATO-Ministertreffen in Paris wird die Frage einer Garantie für Österreich kritisch beurteilt. Durch eine NATO-Staaten-Garantie bestünde die Gefahr, dass auch andere NATO-Staaten in einen kriegerischen Konflikt hineingezogen werden könnten.

10.5.1955:

Paraphierung des „Wiener Memorandums“ durch das Vereinigte Königreich, die USA und Österreich¹⁰⁸ sowie des „österreichisch-französischen Memorandums“ (Verhandlungen über Eigentumsfragen und Erdölgesellschaften); Unterbreitung eines sowjetischen Vorschlags an die Westmächte, indem die Auflösung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien zur Vorbedingung von Abrüstung gemacht wurde.

11.–14.5.1955:

Im polnischen Staatsratsgebäude in Warschau findet die zweite „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit Europas“ statt; in einer Rede erklärt Bulganin am 11.5., dass die Errichtung eines geeinten, freien und demokratischen Deutschlands nicht nur notwendig, sondern bei gutem Willen auch ohne weiteres realisierbar sei. Er verweist auf den hierfür erforderlichen Verzicht Deutschlands auf die Remilitarisierung und kritisierte den fehlenden Willen der Westmächte, hinnehmbare Vorschläge zu unterbreiten.

14.5.1955:

Bekanntgabe der Reise Bulganins und Chruschtschows zu Tito nach Belgrad; Unterzeichnung des Warschauer Paktes; die DDR wird offiziell Mitglied des Warschauer Paktes. Die Aufnahme der NVA erfolgt allerdings erst erkennbar verzögert zu Beginn 1956; die Außenministerkonferenz der vier Unterzeichnerstaaten des Staatsvertrags findet im Beisein des österreichischen Außenministers Figl in Wien statt, die die Ergebnisse der Botschafterkonferenz billigt und zuletzt noch die Streichung der „Verantwortungsklausel“ aus der Präambel des Staatsvertragsentwurfs.

15.5.1955:

Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages (Figl für Österreich, Dulles für die USA, Molotow für die Sowjetunion, Macmillan für Großbritannien, Pinay für Frankreich)¹⁰⁹; die Deutsche Grenzpolizei (DG) der DDR wird wieder in das Staatssekretariat für Staatssicherheit eingegliedert.

18.5.1955:

US-Präsident Dwight D. Eisenhower gibt auf einer Pressekonferenz zu erkennen, die Idee von einem neutralen Staatengürtel in Mitteleuropa positiv zu beurteilen

¹⁰⁷ Ebd., S. 370 f.

¹⁰⁸ Ebd., S. 371–376.

¹⁰⁹ Ebd., S. 380–406.

und einen solchen praktisch auch für möglich zu halten, wenn die betreffenden Staaten so stark bewaffnet seien wie die Schweiz; Adenauer ist alarmiert, interveniert bei Dulles und lässt alle seine Missionschef abberufen, um sie in seinem Kurort auf Bühlerhöhe (25.5.) zum Rapport einzubestellen.

20.5.1955:

Benelux-Memorandum zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes

24.5.1955:

US-Außenminister Dulles dementiert Neutralisierungspläne des State Departments und gibt – im Unterschied zu seinem Präsidenten – seine persönliche Ablehnung für eine mögliche deutsche Neutralität bekannt.

26.5.1955:

Eine sowjetische Note bezeichnet in der Frage amerikanische Äußerungen betreffend die Änderung des sozialistischen Staatenverbundes als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten als unvereinbar mit der UN-Charta.

27.5.1955:

In einer Regierungserklärung verweist Adenauer auf die Notwendigkeit freier Wahlen als einzigen Weg zur Wiedervereinigung. Vor der Bildung einer so legitimierten handlungsfreien Regierung sollten keine Verhandlungen über den Friedensvertrag durchgeführt werden. Allein auf der Grundlage einer begrenzten kontrollierten Rüstung ließe sich ein wirkliches Sicherheitssystem aufbauen, das auch Deutschland wolle.

27.5.–2.6.1955:

Besuch Bulganins und Chruschtschows in Belgrad und versuchte Verständigung mit Tito-Jugoslawien

1.6.1955:

Walter Ulbricht begrüßt die Österreichlösung und empfiehlt diese als Modell für die Lösung der Deutschlandfrage auf der ZK-Tagung der SED in Berlin-Niederschönhausen.

1.–3.6.1955:

Außenministerkonferenz der sechs EGKS-Staaten in Messina zur Wiederankurbelung der westeuropäischen Integrationsbestrebungen

2.6.1955:

Das ZK der SED verabschiedet ein 10-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands.

4.6.1955:

Der Warschauer Vertrag tritt in Kraft.

7.6.1955:

Zustimmung des Nationalrats zum Staatsvertrag; Entschließung des Nationalrats über die Neutralität Österreichs; sowjetische Note an die deutsche Bundesregierung mit der offiziellen Einladung an Bundeskanzler Adenauer nach Moskau

7.–22.6.1955:

Besuch des indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Pandit Nehru in der UdSSR

8.6.1955:

Zustimmung des Bundesrats zum Staatsvertrag und Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde durch Bundespräsident Theodor Körner

10.6.1955:

Die drastischen Erhöhungen der Straßenbenutzungsgebühren im West-Berlin-Transit werden teilweise wieder zurückgenommen. Das Nationale Olympische Komitee der DDR wird provisorisches Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOK).

12.–19.6.1955:

US-Reise Adenauers in die USA, u. a. um alle Unklarheiten in Sachen Deutschlandpolitik und amerikanischen Neutralisierungsüberlegungen für Deutschland mit dem State Departement und dem Präsidenten zu beseitigen und diesbezügliche Auffassungsdifferenzen auszuräumen.

14.6.1955:

Auf einem Presseempfang in Washington weist Adenauer auf die Unvergleichbarkeit der Lage Österreichs mit der Deutschlands hin; zeitgleich erfolgt die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Staatsvertrag durch Österreich.

21.6.1955:

Erregte Debatte im deutschen Bundestag über die deutsche Eigentumsregelung im österreichischen Staatsvertrag. Es kommt zu verbalen Entgleisungen, u. a. auch durch Bundeskanzler Adenauer.

23.6.1955:

Molotow schlägt vor den Vereinten Nationen eine Vereinbarung zwischen den vier Mächten über den Abzug ihrer Truppen aus Deutschland mit Ausnahme zeitweilig dort zu belassender kleinerer Kontingente vor.

5.7.1955:

Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Staatsvertrags durch die Sowjetunion

9.7.1955:

Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Staatsvertrags durch die USA

9.–12.7.1955:

Besuch einer sowjetischen Delegation (u. a. Bulganin, Chruschtschow und Mikojan) in Belgrad bei Tito

12.7.1955:

In einer sowjetischen Deutschland-Erklärung wird festgehalten, dass die UdSSR für die Wiederherstellung der deutschen Einheit eintrete und dabei die berechtigten Interessen des deutschen Volkes in gebührender Weise berücksichtige. Die Wiedervereinigung könne „Schritt für Schritt durch eine Entspannung der internationalen Lage verwirklicht“ werden.

18.–23.7.1955:

Erster Vier-Mächte-Gipfel in Genf nach der letzten Gipfel-Konferenz von Potsdam 1945

19.7.1955:

Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Staatsvertrags durch Großbritannien; vertrauliches Gespräch zwischen Bulganin und Eden über die Deutschlandfrage und die deutsche Wiedervereinigung in Genf

22.7.1955:

Figl erklärt den westlichen Botschaftern in Wien, dass Österreich keineswegs eine einseitige Garantie der Sowjetunion akzeptieren werde.

26.7.1955:

Auf der Rückreise von der Genfer Gipfelkonferenz macht Nikita S. Chruschtschow in Berlin-Ost Station und verkündet auf einer Großkundgebung in einer öffentlichen Rede, dass auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zwei souveräne Staaten entstanden seien und verkündet in diesem Zusammenhang die Zwei-Staaten-Theorie.

27.7.1955:

Inkrafttreten des Staatsvertrags mit Hinterlegung der letzten noch ausständigen Ratifikationsurkunde durch Frankreich¹¹⁰; Beginn der 90-tägigen Räumungsfrist für die Besatzungstruppen; Inkrafttreten der Abkommen zwischen Österreich und der UdSSR über Waren- und Erdöllieferungen; Resolution des Alliierten Rates anlässlich seiner letzten Sitzung¹¹¹

8.–14.9.1955:

Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Moskau; Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion; Freilassung der angeblich letzten deutschen (9.626) Kriegsgefangenen

17.–20.9.1955:

DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl besucht Moskau. Die UdSSR erklärt die DDR zu einem „souveränen“ Staat.

19.9.1955:

Sowjetische Ankündigung der Räumung des Marinestützpunktes Porkkala in Finnland

20.9.1955:

Die UdSSR bestätigt die „volle Souveränität“ der DDR. Das Amt des sowjetischen Hochkommissars wird aufgehoben und ein Beistandsvertrag mit der DDR abgeschlossen.

26.9.1955:

Ein Gesetz über das Staatswappen und die Flagge der DDR wird verabschiedet.

¹¹⁰ Stourzh, Staatsvertrag, S. 169.

¹¹¹ Csáky, Der Weg, S. 437.

23.10.1955:

Die saarländische Bevölkerung lehnt das Saarstatut („Europäisierung“ der Saar) mit 67,7% ab. Damit spricht sie sich auch für die Eingliederung des Saargebiets in das Gebiet der Bundesrepublik aus.

25.10.1955:

Ende der Räumungspflicht für die Besatzungstruppen in Österreich

26.10.1955:

Der Nationalrat beschließt ein Bundesverfassungsgesetz über die „immerwährende Neutralität“ Österreichs.¹¹²

27.10.1955:

Auf seiner 25. Tagung kündigt das ZK der SED eine Staatsbeteiligung an Privatunternehmen an.

27.10.–16.11.1955:

Vier-Mächte-Außenminister-Konferenz in Genf bringt kein Ergebnis in der Deutschlandfrage

5.11.1955:

Inkrafttreten des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs

17.11.1955:

Besuch des deutschen Außenministers Heinrich von Brentano im Beisein von Staatssekretär Walter Hallstein in Wien

18.11.–19.12.1955:

Reise Bulganins und Chruschtschows nach Südostasien (Indien, Burma, Afghanistan)

29.11.1955:

Die Sowjetunion erklärt, der sowjetische Sektor (Berlin-Ost) sei Bestandteil der DDR und unterliege nicht mehr der Kontrolle durch die Alliierten. Die Westmächte weisen dies unter Hinweis auf den Vier-Mächte-Status der Stadt zurück.

1.12.1955:

Die sowjetischen Truppen geben die Sicherung der Außengrenzen der DDR an die Deutsche Grenzpolizei (DGP) ab; das Staatssekretariat für Staatssicherheit wird wieder Ministerium. Minister wird Ernst Wollweber, Stellvertreter Erich Mielke.

6.12.1955:

Anerkennung der Neutralität durch die vier Signatarmächte des Staatsvertrags

14.12.1955:

Österreich wird Mitglied der Vereinten Nationen (UN).¹¹³

¹¹² Ebd., S. 444.

¹¹³ Schilcher, Österreich und die Großmächte, S. 348 f.

16.12.1955:

Der deutsche Botschafter in London, Hans von Herwarth, teilt dem ranghöchsten Beamten des britischen Foreign Office und Experten in Deutschlandfragen, Sir Ivone Kirkpatrick, im Auftrag Adenauers streng vertraulich mit, dass der deutsche Bundeskanzler selbst eine aus freien Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung mit außenpolitischer Handlungsfreiheit missbillige, zumal er kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, könnte eine zukünftige deutsche Regierung wieder einen Handel mit den Russen „auf deutsche Kosten“ eingehen. Konsequenterweise fühle er (Adenauer) daher, dass die Integration Westdeutschlands in den Westen viel wichtiger sei als die Vereinigung Deutschlands.

31.12.1955:

Nach Angaben des Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen sind 1955 bis zu Jahresende mehr als 250.000 Flüchtlinge aus der DDR und Ost-Berlin gezählt worden.



Belvedere-Balkon-Szene 15. Mai 1955, Prater Museum (Foto: Michael Gehler 2014).